

Kurzschriftlicher Bericht

27. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 9. März 2006

Inhalt:

Trauerkundgebung für den verstorbenen Landeshauptmann-Stellvertreter a.D. und Ersten Präsidenten a.D. Dr. Rupert Hartl

Fragestunde:

L-8107/1-XXVI: Anfrage der Abg. Moser an Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl (Seite 5)

L-8108/1-XXVI: Anfrage des Abg. Mag. Steinkellner an Landesrat Ackerl (Seite 7)

L-8110/1-XXVI: Anfrage des Abg. Stanek an Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl (Seite 8)

Verlesung und Zuweisung des Einganges (Seite 11)

Dringlichkeitsanträge:

Beilage 833/2006: Initiativantrag betreffend Ökoenergien und Energieeffizienz als nationales und europäisches Forschungsziel.

Redner/in: Abg. Makor-Winkelbauer (Seite 13)
 Abg. Schwarz (Seite 14)
 Abg. Steinkogler (Seite 15)
 Abg. Dr. Brunmair (Seite 16)

Beilage 835/2006: Initiativantrag betreffend die Ehrenamtlichkeit in Katastrophenfällen.

Redner: Abg. Pilsner (Seite 16)
 Abg. Dr. Aichinger (Seite 18)
 Abg. Hirz (Seite 19)
 Abg. Dr. Brunmair (Seite 21)

Beilage 836/2006: Initiativantrag betreffend Semesterteilung im Maturajahr abschaffen und Maturavorbereitung verbessern.

Redner: Abg. Dr. Frais (Seite 21)
 Abg. Mag. Stelzer (Seite 22)
 Abg. Hirz (Seite 23)
 Abg. Mag. Steinkellner (Seite 24)

Beilage 837/2006: Initiativantrag betreffend die Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten im Sinne des europäischen Subsidiaritätsprinzips.

Redner/in: Abg. Kapeller (Seite 25)
 Abg. Schwarz (Seite 25)
 Abg. Mag. Strugl (Seite 27)
 Abg. Mag. Steinkellner (Seite 28)

Beilage 838/2006: Vorlage der Landesregierung betreffend allfälligen Austritt der Energie AG Oberösterreich aus der EnergieAllianz.

Redner/in: Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 29)
Abg. Trübswasser (Seite 31)
Abg. Präsidentin Weichsler (Seite 32)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 33)

Aktuelle Stunde über das Thema:

"Rekordarbeitslosigkeit auch in Oberösterreich - Maßnahmen für eine beschäftigungswirksame Wirtschaftspolitik "

Redner/innen: Abg. Dr. Frais (Seite 35)
Abg. Mag. Strugl (Seite 37)
Abg. Trübswasser (Seite 41)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 42)
Landesrat Anschober (Seite 44)
Abg. Mag. Jahn (Seite 47)
Abg. Eisenrauch (Seite 50)
Abg. Schwarz (Seite 50)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 51)
Abg. Ing. Sulzbacher (Seite 53)
Landesrat Sigl (Seite 54)

Dringlichkeitsantrag:

Beilage 839/2006: Initiativantrag betreffend eine beschäftigungswirksame Wirtschaftspolitik.

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 839/2006: Initiativantrag betreffend eine beschäftigungswirksame Wirtschaftspolitik.

Berichterstatter: Abg. Dr. Frais (Seite 58)

Redner/innen: Abg. Stanek (Seite 58)
Abg. Schwarz (Seite 60)
Landesrat Dr. Kepplinger (Seite 62)
Abg. Moser (Seite 64)
Abg. Mag. Jahn (Seite 66)

Beilage 824/2006: Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Grundverkehrsgesetz 1994 geändert wird (Oö. Grundverkehrsgesetz-Novelle 2006).

Berichterstatter: Abg. Schillhuber (Seite 69)

Redner/in: Abg. Schillhuber (Seite 69)
Abg. Wageneder (Seite 69)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 70)
Abg. Trübswasser (Seite 71)
Abg. Schenner (Seite 71)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 73)
Landesrat Dr. Stockinger (Seite 74)

Beilage 825/2005: Bericht des Ausschusses für Umweltangelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Umweltschutzgesetz 1996 geändert wird (Oö. Umweltschutzgesetz-Novelle 2006).

Berichterstatterin: Abg. Schwarz (Seite 76)

Redner: Abg. Steinkogler (Seite 76)
Abg. Makor-Winkelbauer (Seite 77)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 78)

Beilage 833/2006: Initiativantrag betreffend Ökoenergien und Energieeffizienz als nationales und europäisches Forschungsziel.

Berichterstatter: Abg. Makor-Winkelbauer (Seite 78)

Beilage 836/2006: Initiativantrag betreffend Semesterteilung im Maturajahr abschaffen und Maturavorbereitung verbessern.

Berichterstatter: Abg. Dr. Frais (Seite 78)

Beilage 837/2006: Initiativantrag betreffend die Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten im Sinne des europäischen Subsidiaritätsprinzips.

Berichterstatter: Abg. Kapeller (Seite 79)

Beilage 838/2006: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend allfälligen Austritt der Energie AG Oberösterreich aus der EnergieAllianz.

Berichterstatter: Landesrat Stockinger (Seite 79)

Vorsitz: Erste Präsidentin Orthner
Zweite Präsidentin Weichsler

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Bernhofer

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Dr. Pühringer, die Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider und Hiesl, die Landesräte Ackerl, Anschober, Dr. Kepplinger, Sigl, Dr. Stockinger und Dr. Stöger

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. Aspöck und Abg. Präsidentin Eisenriegler

Landesamtsdirektor Dr. Pesendorfer

Landtagsdirektor Dr. Hörtenhuber

Amtsschriftführer: HR Dr. Hörmanseder

(Beginn der Sitzung: 10 Uhr 04 Minuten)

Erste Präsidentin: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 27. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags und bitte Sie, sich für eine Trauerkundgebung für den am vergangenen Montag verstorbenen Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Rupert Hartl zu erheben.

Das Land Oberösterreich hat einen großen Politiker verloren, die Sozialdemokratische Partei einen ihrer Spitzenrepräsentanten. Am 2. April dieses Jahres wäre Dr. Rupert Hartl 85 Jahre alt geworden. Was wir mit der politischen Arbeit von Dr. Hartl immer verbinden werden, ist sein besonderes Engagement für die Schwächeren in unserer Gesellschaft. Dr. Rupert Hartl hat 15 Jahre in verschiedenen Funktionen die Oberösterreichische Landespolitik mitgeformt und mitgeprägt und als Politiker dazu beigetragen, dass Oberösterreich gerade im Bereich der Sozialpolitik Mitte der siebziger Jahre neue Wege gegangen ist.

Rupert Hartl wurde am 2. April 1921 in Reichenau im Mühlviertel geboren. Nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft und seiner Mittelschulzeit am Kollegium Petrinum, wo er Klassenkollege seines späteren Regierungskollegen Landeshauptmann Dr. Erwin Wenzl war, studierte er in Graz und Innsbruck Rechtswissenschaften und schlug zunächst die Richterlaufbahn ein. Sein Engagement als Gewerkschafter, Hartl war von 1956 bis 1964 erster Vorsitzender der Gewerkschaftssektion Richter und Staatsanwälte für Oberösterreich, brachte ihn in die Politik. 1967 zog er in den Landtag ein und wurde Erster Präsident des Oberösterreichischen Landtags. Im Juli 1969 erfolgte seine Bestellung zum Landesrat für die Ressorts Soziales und Gesundheit. Von 1974 bis 1982 war er Landeshauptmann-Stellvertreter, er war in diesen Jahren auch Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs. In seiner Zeit als Regierungsmitglied lieferte er die Grundlagen für ein neues Krankenanstaltengesetz, für den ersten oberösterreichischen Spitalplan und für ein neues Sozialhilfegesetz. Ich erinnere mich gut an die Feier zu seinem 80. Geburtstag, dort hat er sein politisches Credo "Aus Gnade Recht machen" ausgeführt. So hat er sein Ressort auch geführt, aus dem Wohlfahrtsressort wurde ein umfassendes Sozialressort. Kernpunkt der modernen Sozialpolitik Oberösterreichs war und ist das Sozialhilfegesetz, das den Schwächeren in der Gesellschaft einen Rechtsanspruch auf die Absicherung ihrer existenziellen Bedürfnisse sichert. Dr. Rupert Hartl gehört damit zu den Architekten des leistungsfähigen Sozialsystems unserer Heimat. Darüber hinaus hat sich Dr. Hartl als Gemeindereferent für die Anliegen der oberösterreichischen Gemeinden, insbesondere auch der finanziell schwächeren Gemeinden eingesetzt, weil er wusste, dass die Gemeinde ein starkes Stück Heimat für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ist.

Dr. Rupert Hartl war über Parteigrenzen hinweg ein angesehener Mann, der stets das Gemeinsame über das Trennende gestellt hat. Sein ambitioniertes politisches Engagement, sein ausgeprägter Sinn für Gerechtigkeit, seine menschliche Ausstrahlung und seine persönliche Integrität und der Wille dem Land und seinen Menschen zu dienen haben ihn ausgezeichnet. Politik war für ihn immer die Suche nach der besseren gerechten Lösung. Das ist sein Vermächtnis. Wir trauern um einen großen Politiker und einen Menschen, der unserem Land und seinen Menschen gedient hat. Das Land Oberösterreich, der Oberösterreichische Landtag wird Dr. Rupert Hartl stets ein ehrendes Andenken bewahren. Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, ich darf Sie nochmals zur heutigen Landtagssitzung sehr herzlich begrüßen, die 27. in dieser Legislaturperiode. Ich darf sehr herzlich begrüßen den Herrn Landeshauptmann, die Mitglieder der Oberösterreichischen Landesregierung, die Damen und Herren Abgeordneten, die anwesenden Bundesräte, die Damen und Herren auf

der Zuhörer- und Zuschauergalerie, die Bediensteten des Hauses und die Vertreter der Medien. Die Frau Kollegin Dritte Präsidentin Eisenriegler und der Herr Ing. Aspöck sind von der heutigen Landtagssitzung entschuldigt.

Mit dieser heutigen Landtagssitzung findet auch so etwas wie eine Premiere statt, ein Premiere in der Öffentlichkeitsarbeit des Landes und des Oberösterreichischen Landtags. Diese 27. Sitzung ist die erste Landtagssitzung, die im Rahmen eines Pilotprojektes live im Internet übertragen wird, damit haben alle Bürgerinnen und Bürger mit einem Web-Zugang die Möglichkeit, die Debatte des Plenums in Echtzeit am Computerbildschirm zu verfolgen. Ich darf bei dieser Gelegenheit herzlich auch alle Damen und Herren begrüßen, die uns über das Internet heute zusehen. Mit drei Kameras wird die Sitzung des Landtags in das Internet übertragen, wenn man so will weltweit. Ein Titelgenerator wird es ermöglichen, die jeweiligen Tagesordnungspunkte und die Namen der Rednerinnen und Redner im Übertragungsbild auch einzublenden.

Diese Art der Übertragung ist auch für uns Neuland, es wurde zunächst einmal vereinbart, dass wir drei Sitzungen im Rahmen eines Pilotprojekts übertragen, heute, am 6. April 2006 und am 11. Mai 2006. Dann werden wir uns überlegen, ob es zu einer Dauereinrichtung werden wird, das heißt, es wird auch davon abhängen, wie weit die Schulen in unserem Land, wie weit die Bürgerinnen und Bürger Interesse an einer Livezuschaltung an unseren Landtagssitzungen haben, ich hoffe es sehr.

Nach diesem kurzen Exkurs im Pilotprojekt "Oö. Landtag live im Internet" möchte ich mit der Tagesordnung beginnen, die wie immer zu Beginn der Sitzung amtlichen Mitteilungen. Die Niederschrift über die letzte Sitzung des Landtags liegt vom 10. bis zum 24. März 2006 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf. Die stenografischen Protokolle über die beiden letzten Sitzungen haben Sie auf Ihren Plätzen. Wir beginnen diese Sitzung mit einer Fragestunde. Eine Zusammenstellung der Anfragen haben Sie ebenfalls auf Ihren Plätzen vorgefunden, und ich beginne mit der Anfrage der Frau Abgeordneten Helga Moser an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl, bitte sehr.

Abg. **Moser:** Noch einmal einen guten Morgen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich stelle Ihnen folgende Anfrage: Anrainer und Autofahrer beklagen gefährliche Planungsfehler an der B1 der Wiener Bundesstraße im Bereich von Vöcklamarkt. Neue Verkehrsinseln, die den Verkehr sicherer machen sollten, bewirken das Gegenteil. Konkret wurde angesprochen, dass die Baumaßnahmen zu Staus führen, Oberflächenwässer nicht abrinnen können und die dort angebrachten Straßenverkehrszeichen für Verwirrung sorgen, das Land Oberösterreich soll Fehler eingestanden und Verbesserung versprochen haben. Meine Frage in diesem Zusammenhang: Welche zusätzlichen Kosten erwachsen dem Land Oberösterreich in Folge dieser Fehlplanung?

Erste Präsidentin: Bitte, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Frau Abgeordnete, es geht um zwei Bereiche. Es geht um den Kreuzungsbereich mit der Zufahrt zum Altstoffsammelzentrum, und es geht um einen 160 Meter langen Kurvenabschnitt zur Eisenbahnkreuzung mit der Linie Vöcklamarkt-Attersee. Zum ersten Bereich, zum Kreuzungsbereich: Entgegen den Behauptungen handelt es sich nicht um einen Planungsfehler, vielmehr wurde die ursprünglich volltaugliche LKW-Zufahrt zum ASZ zugunsten einer Verbesserung der Quermöglichkeit der Bundesstraße 1 durch PKWs umgebaut. Die Lage des ASZ der Gemeinde Vöcklamarkt fordert das Überqueren der relativ breiten B1 von Vöcklamarkt kommend, was sich als sehr ungünstig darge-

stellt hat. Durch geringfügige Umbauten und ein Versetzen einer kleinen Verkehrsinsel sollte das Ziel, eine übersichtliche PKW-Zufahrt zum ASZ zu schaffen, erreicht werden. Die zusätzlichen Umbaukosten werden 3.000 Euro betragen, es trägt einen Teil davon das planende Ingenieurbüro. Es war vorgesehen, den Umbau noch im Herbst 2005 durchzuführen, durch den frühzeitigen Wintereinbruch war es allerdings nicht mehr möglich. Nach Einsetzen einer besseren Witterung soll das aber nachgeholt werden.

Zum zweiten Teil: In diesem Abschnitt war eine Mittelinsel vorgesehen, um das Überholen vor der Eisenbahnkreuzung zu verhindern, die Baumaßnahme war verhandelt und bewilligt. In diesem Verfahren dürfte allerdings wenig bedacht worden sein, dass bei einer Fahrstreifenbreite von 3,50 Meter, bei einem hängen gebliebenen Fahrzeug oder bei einem langsamen Verkehrsteilnehmer kein Vorbeifahren möglich ist, daher hat man entschieden, die Insel nur am Anfang und am Ende zu belassen und den Mittelbereich zu entfernen, um Behinderungen des Verkehrsflusses auf der Bundesstraße 1 hintanzustellen. Die Kosten dieses Umbaus liegen bei zirka 7.000 Euro und werden von der Landesstraßenverwaltung getragen. Die beiden geschilderten Adaptierungsmaßnahmen liegen deutlich unter einem Prozent der Bausumme.

Zum Thema Stau ist festzuhalten, dass die Auffülllängen für ein überdurchschnittliches Erfordernis bemessen wurden. In Spitzenverkehrsstunden kann eine kurzfristige Staubindung dennoch nicht ausgeschlossen werden, weil es nahezu unmöglich ist, den Ausbau auf den schlimmsten Zustand, auf den jeweiligen Worst-case, abzustellen.

Zur Oberflächenwasserproblematik wird festgestellt, dass die extremen winterlichen Verhältnisse, es lag teilweise über einen Meter Schnee in den Versickerungsbecken, das Problem des Nichtabtrinnens verursacht haben. Der heurige Winter ist aber, da werden Sie mir Recht geben, als doch etwas atypisch zu bezeichnen. Die von der Verkehrsbehörde anzuordnenden Verkehrszeichen wurden so aufgestellt, dass sie nach Ansicht der Verkehrsbehörde von einem aufmerksamen Verkehrsteilnehmer auch richtig wahrgenommen werden.

Abg. **Moser:** Eine Zusatzfrage. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich teile Ihre Meinung, dass man natürlich auch aufpassen muss und dass jeder Autofahrer angehalten ist, so zu fahren, dass er Verkehrszeichen sieht. Aber gerade in dem Bereich haben wir auch ein großes Tourismusaufkommen, ich denke, wir müssten es berücksichtigen, daher meine Zusatzfrage: Glauben Sie, dass es in anderen, bei anderen Kreisverkehren, die in Oberösterreich jetzt geplant worden sind oder sich in Bau befinden, auch solche Probleme auftreten könnten?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Frau Abgeordnete, ich habe mir das selber angeschaut dort in Vöcklamarkt. Ich kenne die problematische Situation, ich verhehle auch nicht, dass dort und da auch Fehler gemacht worden sind, das ist mein Zugang zum ganzen Bauwesen. Wir haben in Oberösterreich immer durchschnittlich 500 bis 1.000 laufende Bauvorhaben. Die Bauvorhaben, ob das Umbauten sind, Veränderungen sind im Straßenverlauf, werden an sich von studierten Diplomingenieuren, von Fachleuten, von Zivilingenieuren geplant. Trotzdem kommt man manchmal drauf, dass auch dort einmal ein Fehler passiert. Das gestehe ich ein! Das gestehe ich aber auch unseren Leuten zu, dass man nicht alles genau vorhersehen kann. Die Leute halten sich an die RVS, das ist die Richtlinienverordnung im Straßenbau, und trotzdem kommt man manchmal drauf, dass man noch ein bisschen nachbessern muss. Um diese Nachsicht bitte ich auch, niemand ist fehlerfrei. Ich behaupte, dass kein Fehler bewusst gemacht wird, ich hoffe, dass nicht ein Fehler zwei Mal gemacht wird. Ich kann es nicht ausschließen, dass von Zeit zu Zeit Dinge noch etwas nachgebessert wer-

den müssen, das ist aber auch im allgemeinen Leben so, dass man manchmal etwas nacharbeiten muss.

Abg. **Moser**: Ich teile Ihre Meinung, dass jeder einmal Fehler machen kann. Ich möchte jetzt auf Ihre letzte Bemerkung eingehen und Sie fragen: Denken Sie daran oder ist dieser Fall Auslöser für Sie, die Richtlinienverordnung neu zu überdenken bzw. vielleicht auch zu adaptieren?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl**: Frau Abgeordnete, ich darf dir sagen, die Richtlinienverordnung kriegen wir von höheren Instanzen, die können wir nicht verändern, die passt auch. Was wir immer tun müssen, ist, die Größe haben, anzuerkennen, dass etwas schief gelaufen ist, das nicht zu verteidigen, sondern besser zu machen, bei den Dienstbesprechungen diese Fehler auch nachzubesprechen, dass andere nach Möglichkeit den Fehler nicht noch einmal machen.

Abg. **Moser**: Danke.

Erste Präsidentin: Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Danke, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl. Die nächste Anfrage ist die des Herrn Klubobmannes Steinkellner an den Herrn Landesrat Ackerl, bitte.

Abg. **Mag. Steinkellner**: Sehr geehrter Herr Landesrat! Die starken Schneefälle im Februar, so bei der Einbringung der Anfrage, die Schneefälle dauern an, dieses Jahres verlangen von Oberösterreichs Feuerwehren einen unermüdlichen Einsatz fast rund um die Uhr. In der Zeit vom 10. 2. bis einschließlich 14. 2. 2006 haben rund 25.000 Oberösterreichische Feuerwehrmitglieder mehr als 260.000 Stunden unentgeltlich Gefahrenabwehr geleistet. Trotzdem war es den Einsatzkräften vieler Orts möglich, Dächer von der Schneelast zu befreien und damit größeren Schaden zu verhindern. In wie vielen Fällen wurde von der Möglichkeit des § 10 SHG 98 (Sozialhilfeempfänger haben ihre Arbeitskraft in zumutbarer Weise einzusetzen) Gebrauch gemacht, um die Feuerwehrkräfte beim Schneeräumen zu unterstützen?

Erste Präsidentin: Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat **Ackerl**: In keinen. Sie wurden nicht aufgefordert und nicht eingeladen, nicht beschäftigt.

Erste Präsidentin: Zwei Zusatzfragen.

Abg. **Mag. Steinkellner**: Herr Landesrat! Unsere Gesellschaft leistet Erhebliches in einem Sozialstaat auch für die Sozialhilfeempfänger. Im Rahmen einer Katastrophe, halten Sie es dann auch für richtig, Sozialhilfeempfänger nicht im Katastrophendienst einzusetzen?

Landesrat **Ackerl**: Sie haben selbst angeführt, Sozialhilfeempfänger haben ihre Arbeitskraft in zumutbarer Weise einzusetzen. Die Frage der Zumutbarkeit ist vom Sozialhilfverband, vom Sozialhilfeträger zu klären. Die Bemühungspflicht besteht darin, dass eine zumutbare Arbeit angenommen werden muss. Wenn der Sozialhilfeträger der Auffassung ist, dass die in Frage kommende Person für die Aufgabe nicht geeignet ist, Sie werden zugeben, Schneeräumen auf Dächern ist nicht in jeder Hinsicht jedermanns oder jederfrau Sache, wird also diese Arbeit nicht angeordnet werden. Es steht nicht im Ermessen des Sozialhilfeempfängers zu entscheiden, ob er eine Arbeit annimmt, sondern es ist im Ermessen der Sozialhilfe-

verbände. Und wenn das nicht gemacht wurde, dann kann man davon ausgehen, dass die Sozialhilfeverbände dafür keine Notwendigkeit gesehen haben.

Abg. Mag. Steinkellner: Herr Landesrat! Es geht natürlich nicht nur um die Schneeräumung auf Dächern, es geht um Schneeräumung allgemein. 260.000 freiwillige, ehrenamtliche Stunden wurden durch die Feuerwehren geleistet. Halten Sie es hier nicht für sinnvoll, eine Gesetzesänderung dem Landtag vorzuschlagen, damit Sozialhilfeempfänger im Rahmen von Katastrophenhilfen mehr eingesetzt werden?

Landesrat Ackerl: Herr Kollege Steinkellner! Ich halte es in dem Fall nicht für sinnvoll, weil ja die nötigen Instrumentarien vorhanden sind. Mich würde interessieren, in welchem Ausmaß Sie freiwillig beim Schneeräumen der Feuerwehren teilgenommen haben.

Erste Präsidentin: Danke. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Darf ich darauf antworten? Ist leider laut Geschäftsordnung nicht möglich!") Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Bitte Herr Dr. Brunmair.

Abg. Dr. Brunmair: Herr Landesrat! Sie haben konkret diese Frage Schneeräumung aktuell mit Nein beantwortet, dass also der § 10 nicht in Anspruch genommen wurde. Ist überhaupt für Sie ein Fall oder eine Gelegenheit erinnerlich, wo dieser Paragraph angewendet wurde von den Sozialhilfeverbänden, seit wir das neue Sozialhilfegesetz haben? Und das sind ja jetzt, glaube ich, sieben, acht Jahre bereits.

Landesrat Ackerl: Selbstverständlich! Die Stadt Linz zum Beispiel beschäftigt mehrere hundert Sozialhilfearbeiter, wo das Gesetz angewendet wird. Und es gibt auch immer wieder Einzelfälle, wo Gemeinden in Zusammenarbeit mit dem Sozialhilfeverband Menschen in sehr schwierigen persönlichen Situationen eine Rehabilitationsmöglichkeit im Rahmen von Arbeit, die auch begleitet wird, verschaffen. Es dürfte Ihnen angesichts der Größenordnung der Sozialhilfeempfänger, von den in Frage kommenden, wir haben ja 2.569 Leistungsbezieher, und sie können davon ausgehen, dass davon nur ein Teil überhaupt in Frage käme, bewusst sein, dass ein Großteil davon auch einer Begleitung bedarf und die Gemeinden dann auf Grund ihrer personellen Ausstattung davor zurückschrecken, das zu tun.

Es wäre vielleicht möglich, wenn der Sozialhilfeverband als Gemeindeverband eigens dafür Kräfte beschäftigen würde. Die Sozialhilfeverbände wissen von uns, dass wir das für sinnvoll erachten würden, zumindest bei jenen, die sich in einem Alter befinden, wo eine soziale Rehabilitation oder eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt Sinn macht, eine derartige Überlegung und Maßnahme auch angebracht ist. Aber die Zahl der Sozialhilfeempfänger, die sich in Beschäftigung befinden, im Verhältnis ist mehrere hundert aber auf die große Stadt Linz beschränkt.

Abg. Dr. Brunmair: Aber ein gewisses Potenzial ist offensichtlich vorhanden.

Landesrat Ackerl: Ja.

Erste Präsidentin: Ich danke Ihnen. Weitere Wortmeldungen dazu gibt es nicht. Danke Herr Landesrat Ackerl. Die nächste Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Stanek an den Herrn Landesrat Hiesl. Bitte.

Abg. Stanek: Die Umfahrung Neubau ist ein lang gehegter Wunsch der Gemeinde Horsching. Der Baubeginn war mit der Gemeinde bereits vereinbart. In den Oö. Nachrichten

vom 26. Jänner 2006 war zu lesen, dass es nunmehr zu Verzögerungen bei diesem Umfahrungsprojekt kommt bzw. das Projekt gänzlich fallen könnte. Welche konkreten Schritte sind erforderlich, damit die Umfahrungspläne nun in die Umsetzungsphase kommen, sodass die geplante Verkehrsfreigabe, die mit Juli 2007 angedacht war, eingehalten werden kann?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl**: Herr Abgeordneter! Die Umfahrung Neubau ist ein dringliches Projekt. Sie hat schon einen sehr langen Planungsvorlauf. Planungsbeginn war zu Beginn der 90er-Jahre. Wir haben dort einen täglichen Verkehr von rund 20.000 Fahrzeugen, davon 19 Prozent LKW-Anteil. Anfang des Jahres 2004 musste die Weiterverfolgung des Projektes in dieser Form gestoppt werden, da das Projekt infolge einer sehr langen Grünbrücke mit 374 Meter auf ca. 32 Millionen Euro angewachsen war. Es folgten zahlreiche Gespräche mit der Gemeinde, den Sachverständigen und den Behördenvertretern, um zu einer machbaren und auch finanzierbaren Lösung zu gelangen.

Am 31. Jänner 2005 habe ich nach einem abschließenden Gespräch am Vortag mit dem Hörschinger Bürgermeister Korepp das Ergebnis der Verhandlungen auch in der Öffentlichkeit präsentiert. Wir sind übereingekommen, dass wir die Grünbrücke auf 177 Meter Länge reduzieren. Damit ist auch gelungen, die Kosten auf 27,5 Millionen Euro zu reduzieren. Nachdem aus Sicht der Landesplanungsstellen auch eine Variante um 24 Millionen Euro sämtliche technische Anforderungen und Anforderungen an den Anrainerschutz erfüllt hätte, haben wir uns mit der Gemeinde Hörsching darauf geeinigt, dass die Differenz zwischen den Kosten der beiden Varianten je zur Hälfte von der Gemeinde Hörsching und dem Land Oberösterreich getragen werden.

Bürgermeister Korepp hat wenige Tage danach in einer amtlichen Mitteilung der Marktgemeinde Hörsching die gesamte Bevölkerung von Hörsching über dieses Verhandlungsergebnis informiert und sich gleichzeitig über die Einigung mit dem Land erfreut gezeigt. Zu diesem Zeitpunkt lag auch eine schriftliche positive Stellungnahme der Umweltschutzbehörde zu diesem Projekt vor. Die aktuelle Entwicklung war so, dass Ende 2005 die Verordnung für die Umfahrung Neubau in die Landesregierung von mir eingebracht wurde. Die Verordnung ist Voraussetzung für die Durchführung der Grundeinlösen und die Ausschreibung des Bauauftrages. Leider hat die SPÖ-Fraktion in der Landesregierung zweimal verlangt, dass dieses Projekt zurückgestellt wird, obwohl man bereits in der Landtagssitzung am 6. Oktober die mehrjährige Finanzierung für dieses Bauvorhaben einstimmig hier im Landtag beschlossen hat. Die SPÖ verlangt, dass es zu weiteren Gesprächen mit der Umweltschutzbehörde kommen soll, da Umweltschutzanwalt Dr. Wimmer zwischenzeitig die ursprünglich positive Stellungnahme zurückgezogen hat.

Nachdem ich persönlich mehrfach mit dem Umweltschutzanwalt die Situation besprochen habe, kenne ich seine Beweggründe. Er fühlt sich einem Anrainer verpflichtet, gleichzeitig gilt es allerdings festzustellen, dass hinsichtlich der Anrainer sämtliche Vorschriften in Bezug auf Lärmschutz und dergleichen eingehalten werden. Nachdem wir unsere jeweiligen Standpunkte akzeptieren und es, wie gesagt, eine Fülle von Gesprächen zwischen mir und dem Umweltschutzanwalt Dr. Wimmer gegeben hat, werden auch weitere Gespräche mit ihm keine Veränderung seines Standpunktes ergeben. Daher glaube ich, dass, solange die SPÖ in der Regierung der vorliegenden Trassenverordnung nicht die Zustimmung geben wird, auch ein weiterer Vorgang nicht möglich ist. Wir müssen extrem darauf achten, dass uns die Kosten nicht davon laufen und vor allem nicht die Standards in eine Höhe geschraubt werden, dass wir sie in anderen Bereichen dann auch einhalten müssen bzw. woanders nicht einhalten könnten. Und es geht nicht nur um die Baukosten, es geht immer um die Betriebskosten, und

die Betriebskosten von langen Grünbrücken sind extrem teuer. Es ist der siebzigfache Wert von einer offenen Trassenführung für die Erhaltung, für den Betrieb anzusetzen.

Erste Präsidentin: Eine Zusatzfrage?

Abg. **Stanek:** Zusatzfrage: Herr Landesrat Ackerl hat ja in einem ORF-Interview am 31. Jänner 2006 gemeint, ich zitiere, wir sind nie informiert worden, ich nehme an, dass er damit die SPÖ gemeint hat. Hat es je seitens der SPÖ den Wunsch nach einer Information gegeben bzw. wenn ja, wurde diesem Wunsch seitens des Bauressorts Rechnung getragen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Herr Abgeordneter! Erstens waren wir immer mit der Gemeinde Hörsching in allen Gesprächen auf gleicher Informationshöhe. Hörsching hat einen SPÖ-Bürgermeister, daher gehe ich einmal davon aus, dass dort die Information zugänglich war.

Zum Zweiten: Es hat ein einziges Mal von Landeshauptmann-Stellvertreter Haider, nämlich in einem Brief am 22. November 2005, das Ersuchen um eine Information in einem konkreten Anrainerproblem bei mir gegeben. Bereits am 5. Dezember 2005, also zwei Wochen später, habe ich dieses Informationsersuchen auch beantwortet. Im Zuge des Budgetlandtages 2005 hat der Kollege Haider zudem das Angebot nach weiteren Informationen erhalten, weil ich in der darauf folgenden Regierungssitzung die Verordnung für Neubau ein weiteres Mal in die Regierung bringen wollte. Weder seitens des Kollegen Haider noch seitens der SPÖ ist man auf dieses Informationsangebot zurückgekommen. Nachdem noch am 6. Oktober im Landtag die Finanzierung mitbeschlossen wurde und sicherlich auch Kontakte zwischen dem Bürgermeister Korepp und der SPÖ und den Spitzen der Landespartei gegeben waren, kann ich davon ausgehen, dass in jedem Fall ausreichende Information gegeben war.

Erste Präsidentin: Eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Stanek:** Ja, ich habe eine weitere Zusatzfrage. Du hast bei der Beantwortung meiner ersten Frage gesagt, der Umweltanwalt hat seine ursprünglich positive Stellungnahme zum Projekt zurückgezogen und hast auch kurz erklärt, warum das deiner Ansicht nach der Fall ist. Meine Frage geht jetzt in die Richtung: Gibt es eine Verpflichtung der Oberösterreichischen Landesregierung, sich der Meinung der Umweltschaft anzuschließen, sodass dies vielleicht Grund sein könnte, dass die SPÖ dem Projekt bisher die Unterstützung versagt hat?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Dort merke ich grundsätzlich an, dass wir bei allen Planungen, die jetzt ablaufen, in einem sehr vernünftigen Miteinander mit dem Dr. Wimmer, mit der Landesumweltschaft, vorgehen. Wir haben seit Beginn dieser Periode eine andere Vorgehensweise gewählt bei den Planungsabläufen, und ich darf dezidiert bestätigen, dass wir in einem vernünftigen Miteinander die laufenden Projekte abhandeln. Bei Hörsching handelt es sich um ein so genanntes Altprojekt. Die Planungen gehen zu Beginn der 90er-Jahre zurück. Aber zur Frage möchte ich schon erwähnen, dass sämtliche Grenzwerte, die vor allem die Anrainer schützen sollen, in diesem Projekt eingehalten werden. Daher war es verständlich, dass die Umweltschaft zunächst eine positive Stellungnahme abgegeben hat. Umweltanwalt Dr. Wimmer fühlte sich allerdings einem Anrainer verpflichtet, bei dem wir aber von Gesetzes wegen keine Möglichkeit haben, die Situation zusätzlich zu verbessern. Es gibt nicht einmal die Möglichkeit, dieses Haus gänzlich einzulösen, weil es dafür auch einen Rechtstitel gibt.

Ich habe zwar menschliches Verständnis für die Haltung des Dr. Wimmer, es gibt aber andererseits keine Verpflichtung der Landesregierung, sich der Haltung der Umweltschutzkommission in jedem Fall anzuschließen. Ich habe der Landesregierung auch zur Kenntnis gebracht, dass ich kein anderes als das mit der Gemeinde vereinbarte Projekt zur Verordnung vorlegen werde. Das Projekt hat den Konsens mit der Gemeinde und ist darüber hinaus in allen Materienverfahren genehmigungsfähig. Wenn jetzt überlegt wird, den Tunnel doch wieder zu verlängern oder zwei Gründbrücken statt einer Grünbrücke zu machen, so muss ich dem entgegenhalten, dass dies einer völligen Neuplanung gleichkäme, was die Umfahrung Hörsching um Jahre zurückwerfen würde. Angesichts der doch schon sehr langen Planungsgeschichte bin ich aber auch nicht mehr bereit, noch einmal bei der Stunde Null zu beginnen. Ich würde es aber ausdrücklich bedauern, wenn Hörsching Opfer einer parteipolitischen Aktion werden würde und keine Umfahrung bekommen würde.

Abg. **Stanek:** Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Wortmeldung? Bitte Herr Abgeordneter Mühlböck.

Abg. **Mühlböck:** Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl! Ist Ihnen bekannt oder ist der Regierung auch so mitgeteilt worden, dass Herr Landesrat Anschöber einem geänderten Projekt nicht zustimmen wird?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** In der Regierung kann sich jedes Regierungsmitglied frei verhalten. Es ist niemand gezwungen ein vorgegebenes Abstimmverhalten so oder so zu machen. Der Antrag ist nicht zur Abstimmung gekommen. Daher kenne ich leider das Abstimmungsverhalten noch nicht.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl. Die Fragestunde ist damit geschlossen, weil der Herr Kollege Ing. Aspöck erkrankt ist und die Anfrage an Sie, Frau Dr. Stöger, nicht aufgerufen wird. Ich glaube, Sie wurden davon informiert. Ich bitte den Herrn Schriftführer, den Eingang bekannt zu geben.

Abg. **Bernhofer:** Der Eingang umfasst heute dreizehn Beilagen. Die Beilage 822/2006, ein Initiativantrag der freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Errichtung einer medizinischen Fakultät an der Linzer Johannes Kepler Universität, wird dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Weiters die Beilage 823/2006, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Schulzeitgesetz 1976 geändert wird (Oö. Schulzeitgesetz-Novelle 2006), wird dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 826/2006, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Pflichtschulorganisationsgesetz 1992 geändert wird (Oö. Pflichtschulorganisationsgesetz-Novelle 2006), wird ebenfalls dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 827/2006, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Auskunftspflicht- und Datenschutzgesetz geändert wird, wird dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 829/2006, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz 1991 geändert wird (Oö. Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz-Novelle 2006), wird dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 830/2006, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz über den Sanitätsdienst in den Gemeinden des Landes Oberösterreich mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut (Oö. Gemeindesanitätsdienstgesetz 2006 - Oö. GSDG), wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 831/2006, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Ermächtigung zum Verkauf der Liegenschaften EZ 917 und 2053, beide GB 45212 Urfahr, im Gesamtausmaß von 17.151 m² im Stadtgebiet von Linz, wird dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 833/2006, ein Initiativantrag der unterzeichnenden Abgeordneten betreffend Ökoenergien und Energieeffizienz als nationales und europäisches Forschungsziel, soll gemäß § 26 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Ebenso soll die Beilage 835/2006, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die Ehrenamtlichkeit in Katastrophenfällen, keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 836/2006, ein Initiativantrag der unterzeichnenden Abgeordneten betreffend Semesterteilung im Maturajahr abschaffen und Maturavorbereitung verbessern, soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Auch die Beilage 837/2006, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten im Sinne des europäischen Subsidiaritätsprinzips, soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 838/2006, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend allfälligen Austritt der Energie AG Oberösterreich aus der EnergieAllianz, soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Und auch die Beilage 839/2006, ein Initiativantrag der unterzeichnenden Abgeordneten betreffend eine beschäftigungswirksame Wirtschaftspolitik, soll gemäß § 26 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Erste Präsidentin: Danke dem Herrn Schriftführer für die Verlesung des Eingangs. Alle von ihm verlesenen Anlagen haben Sie entweder auf Ihren Plätzen oder sind Ihnen auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt worden.

Wir beginnen mit der Behandlung der Dringlichkeiten. Die Unterzeichner der Beilage 833/2006 haben vorgeschlagen, diese Beilage keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Es handelt sich bei dieser Beilage 833/2006 um den Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Ökoenergien und Energieeffizienz als nationales und europäisches Forschungsziel. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des

Landtags erforderlich. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Abgeordneten Makor-Winkelbauer das Wort.

Abg. Makor-Winkelbauer: (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Fesche Krawatte!") Es freut mich, dass ich bereits, bevor ich ein Wort gesagt habe, von dieser Seite einmal eine Zustimmung erhalte. Bisher war es immer so, dass nach der Rede da wenig Zustimmung war, (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Nein!") aber wird sich hoffentlich ändern gerade auch bei einem so wichtigen Antrag wie er jetzt vorliegt, der ohnehin ein Vier-Parteien-Antrag ist, wo ich glaube, dass womöglich wirklich Einstimmigkeit herrscht in dieser Angelegenheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin! Dieser Initiativantrag, der nunmehr mit den Unterschriften aller vier Parteien hier eingebracht wurde, fußt auf einer Initiative der SPÖ aus dem November 2005, der eine sehr ähnliche Intention hatte, die Energieeffizienz zu einem Forschungsziel zu machen. Nunmehr, nachdem auch die anderen Parteien ihre Vorstellungen in diesem gemeinsamen Antrag eingebracht haben, liegt dieser dringliche Antrag vor. Es geht darum, die Bemühungen im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz weiter zu verstärken und zu einem österreichischen Forschungsziel zu machen.

Ziel ist es, die Eigenversorgung, die Eigenenergieversorgung mit umweltfreundlichen Energieformen weiter zu verstärken. Der Hintergrund natürlich, nicht nur, aber vor allem auch der Klimaschutz, Kyoto-Protokoll, die Wetterkapriolen, die nicht zuletzt am heutigen Tag zeigen, dass es einen Wandel in unserem Klima gibt, verstärken letztendlich auch den Druck hier tätig zu werden. Gleichzeitig, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht es auch darum, dass wir im Rahmen der derzeitigen österreichischen EU-Präsidentschaft auch die Bundesregierung dazu auffordern und bitten, dass auch auf europäischer Ebene die Forschungsbudgets für die Energieeffizienz und für die erneuerbaren Energieträger deutlich aufgestockt werden. Ich glaube, gerade in einer Situation, wo man die Präsidentschaft hat, kann und soll man dabei Initiativen setzen, zumal, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir ja auf gute eigene Leistungen auch in Oberösterreich, was die Ökoenergie betrifft, in den letzten Jahren durchaus verweisen können. Das heißt, wir fordern von der EU nicht etwas, was wir nicht in unseren Bereichen schon zumindest ansatzweise auf die Schiene gebracht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Aktualität des Themas ist mehrfach. Der horrenden Ölpreis auf der einen Seite, der horrenden Winter auf der anderen Seite führen dazu, dass die Konsumentinnen und Konsumenten im heurigen Jahr mit deutlich höheren Energiekosten zu rechnen haben. Deutlich höher heißt, dass es sich in Bereichen, je nach Energieträger, von 6 bis 20, 25 Prozent in etwa auswirken wird. Auf der anderen Seite hat der Energiestreit um den Jahreswechsel zwischen der Ukraine und Russland deutlich gezeigt, wie schnell man in eine Abhängigkeit, in dem Fall von Gas geraten ist. Wenn da der Hahn nur etwas zurückgedreht wird, haben wir auch in unserem Bereich durchaus Probleme. Umso wichtiger ist, dass wir auf unsere eigenen Energieträger, auf die umweltfreundlichen Energieträger setzen und sie zukünftig verstärkt ausbauen.

Es geht auch darum, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass gerade in dieser Diskussion um die Abhängigkeit etwa beim Gas die europäische Atomenergielobby sich deutlich wieder im Aufwand befindet. Auch auf europäischer Ebene sind sie mittlerweile wieder sehr salonfähig geworden, weil sie sich als die Alternative zu dieser Abhängigkeit der fossilen Energieträger sehen oder sehen wollen. Österreich und Oberösterreich haben da ganz andere Vorstellungen. Wir stehen dazu, dass die Atomenergie für uns keine Alternative ist. Aber

umso wichtiger ist es, die Alternativenergieformen auch auf europäischer Ebene im Unterschied zur Atomstromlobby aufzuwerten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht auch um einen wirtschaftspolitischen Aspekt. Die Umwelttechnologie, die Umweltenergietechnologie ist ein Zukunftsmarkt mit zweistelligen Zuwachsraten. Österreich und Oberösterreich können es sich aussuchen, da die Nase vorne zu haben oder hinten nachzuhinken. (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Wir haben sie vorne!") Wir bemühen uns gemeinsam, Herr Landesrat Sigl, ich widerspreche ja eh nicht, dass die Nase dabei vorne ist. Aber wenn man das auf europäischer Ebene betrachtet, geht es auch darum, dass dort die Initiativen gesetzt werden, dass auch auf europäischer Ebene und damit auch mit einer Auswirkung, die deutlich höher ist als wenn wir nur in Oberösterreich in diesem Zusammenhang aktiv sind, Initiativen ergreifen.

In diesem Zusammenhang darf ich Sie bitten, und ich gehe auch davon aus, nachdem da alle unterschrieben haben, diesen gemeinsamen Antrag zu unterstützen und mit aller Vehemenz auch in Wien unserem gemeinsamen Anliegen Nachdruck zu verleihen. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, liebe Gäste im Internet, aber vor allem hier im Haus, im hohen Landtag! Fast bin ich ja geneigt zu sagen, was lange währt - aber lassen wir das. Ich denke mir, der Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Regierungsbüros, Landesrat Sigl, Landesrat Anschober, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Klubs, dass hier eine gemeinsam akkordierte Fassung vorliegt, die wir mit dringlicher Post nach Wien schicken werden.

Ich bin ein bisschen im Zweifel, ob wirklich alles so ganz durchdacht ist. Wenn wir schauen, wir haben ein nationales Forschungsziel und wir fordern auch ein europäisches Forschungsziel. Und gleichzeitig demontieren wir auf Bundesebene ein Ökostromgesetz, was in den letzten Jahren ja wirklich Erfolge gezeigt hat. Wir demontieren es von Seiten der Regierung, aber auch von Seiten der SPÖ, die im Wirtschaftsausschuss dem vorliegenden Entwurf zugestimmt hat, einem Entwurf, der 80 Prozent der Fördermittel kürzt. Ja bitte, warum sollte man denn dann forschen, wenn man die Ökoindustrie in Oberösterreich und in Österreich hier sowieso kaputt macht und den heimischen Markt kaputt macht? (Beifall) 80 Prozent minus der Förderungsmittel heißt, wir haben 17 Millionen Euro für den Ausbau der Ökoenergie auf Bundesebene zur Verfügung. 17 Millionen Euro investiert die Firma Fronius alleine in die Forschung in einem Jahr. Also hier sieht man schon einmal diese Verhältnisse. Also da sind für mich einfach Zweifel, ob das alles kompatibel ist.

Jeder und jede redet, wir brauchen eine Energiewende, selbstverständlich. Nur, wie schaut die Energiewende aus? Wir können nicht ein Ökostromgesetz machen, das genau diese Energiewende, diesen Ausbau in der Ökoenergie eigentlich nicht mehr zulässt, wo es keine Planungssicherheit mehr gibt, keine klaren Vorgaben, dass der Wettlauf beginnt. Wir in Oberösterreich konnten bisher mit dem bisherigen Ökostromgesetz 47 Biogasanlagen errichten und versorgen somit mit erneuerbarer Energie unsere Bevölkerung. In Zukunft, wenn dieses Ökostromgesetz durchgeht, und darum meine flammende Rede, doch noch einmal darüber nachzudenken, können wir maximal vier Biogasanlagen in Österreich, in Oberösterreich errichten. Das heißt, dieses Standbein, auch für die Landwirtschaft, ist somit gefährdet.

Auf EU-Ebene, der Herr Kommissar Piebalgs hat ja dieses neue Energiekonzept vorgestellt, und da ist erstmals die Energieeffizienz, und da sind auch die erneuerbaren Energien festgelegt. Nur, und es ist schon von meinem Vorredner angesprochen worden, was fehlt sind ganz klare Absagen zum Atomstrom. Das ist mir als Anti-Atom-Aktivistin ganz, ganz wichtig, dass da bei der EU noch überhaupt kein Denken herrscht, dass sie diesen Atomausstieg wirklich auch ernst nehmen. Diese Fragen sind noch offen. Hier gilt es auch von Seiten der Bundesregierung, und da kann ich dem Vorredner nur zustimmen und mich anschließen, dass man massiven Druck macht, ein Nachschieben, dass hier von österreichischer Seite im Rahmen der EU-Präsidentschaft darauf hingewirkt wird, dass diese Lücken und diese fehlenden Ziele zum Beispiel auch auf der europäischen Ebene noch nachgebessert werden.

Ich freue mich, und ich danke dir, Christian, dass du auch diese oberösterreichweiten Bestrebungen sehr gut heißt. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Auch der Ökobonus in der Forschungsförderung, glaube ich, ist ein ganz wichtiges Signal, das wir in Oberösterreich gesetzt haben. Das kann sich ja nur ausbreiten auf das ganze Bundesgebiet. Dass wir eine Energiewende, raus aus Öl und Gas und Atomstrom, brauchen, glaube ich, kann ich nur unterstreichen und mit ein paar Aspekten noch untermauern.

Die Preisentwicklungen sind schon angesprochen worden. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern in Österreich die Chance geben, aus dieser Preisfalle heraus zu kommen. Wir brauchen klare Alternativangebote für unsere Bürgerinnen und Bürger damit die Energiekosten eben wirklich auch leistbar bleiben. Umweltschutz ist schon angesprochen worden. Nein nicht, auch wenn wir jetzt immer noch Schneefall haben. Aber 2005 war das wärmste Jahr in einer Reihe von immer wärmer werdenden Jahren. Wir haben aber auch den höchsten Schaden, was uns die Versicherungen gemeldet haben, hunderte Millionen Euro. Hunderte Milliarden Euro waren weltweit die Folge der gemeldeten Schadensversicherungsfälle. Ich glaube, hier gibt es auch eine wirtschaftliche Komponente, dass wir gegensteuern müssen.

Anti-Atom-Politik ist schon angesprochen worden. Wir können nicht so tun, als wenn wir keinen Atomstrom wollen, aber keine Alternativen anbieten. Wir müssen auch hier ganz aktiv sein. Und der letzte Aspekt, und der passt ja auch zur aktuellen Stunde heute, Ökoindustrie, gerade auch im Energiebereich schafft Arbeitsplätze, die dürfen nicht durch ein Ökostromgesetz zunichte gemacht werden. Ich appelliere daher nochmals, nicht nur diesen Antrag mit Forschungsförderung und Forschungszielen national und europäisch zu unterstützen, sondern auch die Bestrebungen, ein gutes Ökostromgesetz für Österreich zu definieren, was für die Betriebe einerseits die Berechenbarkeit, aber auch für die Konsumentinnen und Konsumenten eine Verbesserung bringt. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Steinkogler.

Abg. **Steinkogler:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe bereits bei der Dringlichkeitsdebatte am 10. November 2005 zum Ausdruck gebracht, dass es die ÖVP-Fraktion hier im Hause sehr freut, dass alle Fraktionen des Hauses die alternativen und nachhaltigen Energieträger zur höchsten und wichtigsten Priorität erklärt haben und sich auch dadurch dementsprechend dazu bekennen. Das Land Oberösterreich, und das wurde gerade gesagt, ist Vorreiter und Spitze in Bezug auf alternative Energien wie Solar oder Biomasse, aber auch in Forschung und Effizienzsteigerung. Auch die erfolgreiche Energiesparmesse im Wels vergangenes Wochenende mit einem neuen Besucherrekord beweist den richtigen Weg in Oberösterreich.

Es ist deshalb gut, dass eine Vier-Parteien-Resolution für Ökoenergie und Energiespareffizienz als nationales und europäisches Forschungsziel beinhaltet, heute beschlossen werden kann. Natürlich werden dadurch auch auf Bundesebene und auf europäischer Ebene neue und verstärkte Anstrengungen ausgelöst. Ich würde, Kollegin Schwarz, meine Vorrednerin, nicht so schwarz sehen und auch nicht so eine Weltuntergangsstimmung sehen beim Ökostrom. Es ist sicherlich eine schwierige Situation derzeit, aber es ist in diesem Bereich sicherlich noch nicht das letzte Wort geredet. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Das hoffe ich!")

Auf Grund der Beratungen ist hier ein breiter Konsens erzielt worden. Wir werden deshalb, und ich bitte auch die anderen Fraktionen, der Dringlichkeit und in weiterer Folge der Resolution zustimmen. Danke für die gemeinsame Vorgangsweise und für Ihr Engagement. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Brunmair.

Abg. Dr. Brunmair: Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Als letzter Redner zur Dringlichkeit kann ich zusammenfassen, weil ja doch eine große Ähnlichkeit aller Fraktionen besteht, was das Forschungsziel als nationales und europäisches Forschungsziel bezüglich Ökoenergie und Energieeffizienz anbelangt. Wir haben die Energiesparmesse in Wels mit hervorragenden Inhalten, mit hervorragendem Besuch eben erlebt in der letzten Woche. Es ist eindeutig, dass wir, was Energieeffizienz, was Energiesparen und was alternative Energien anbelangt, dass wir in Oberösterreich hier national, aber auch europäisch die Nase vorne haben. Aus unserer Sicht, glaube ich, ist es wichtig, dass der SPÖ-Antrag, der am Anfang eher weitreichend war, dass wir den durch andere Anträge und durch Diskussion in eine Richtung gebracht haben, dass wir sagen, wir setzen dort die Schwerpunkte und entwickeln uns gerade dort weiter, wo wir schon die Nase vorn haben.

Was sind denn die Ziele dieser Resolution und dieses Initiativantrages, den wir heute gemeinsam beschließen? Ich glaube, das erste Ziel, es wurde bereits gesagt oder angesprochen, muss sein, dass wir unsere Autarkie im Energiebereich stärken. Autarkie ist genau das Gegenteil von Abhängigkeit. Der zweite, mindestens so wichtige Schwerpunkt oder das zweite Ziel muss sein, dass wir die Bürger bei den Energiekosten durch die gewonnene Autarkie irgendwann einmal entlasten können. Das können wir nur dann, wenn wir selber möglichst in vielen Bereichen Herr der Lage sind. Und das Dritte, das ist sozusagen das Gegenstück zur Entlastung der Bürger, dass wir die Wirtschaft stärken können mit diesem sehr wichtigen Standbein, die Wissenschaft, die Entwicklung, die Forschung. Ich glaube, das sind die drei wesentlichen Kernziele, die wir mit diesem Antrag und mit dieser Resolution verfolgen. Wir werden diesem Antrag selbstverständlich zustimmen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wenn Sie der Dringlichkeit zur Beilage 833/2006 zustimmen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 835/2006. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die Ehrenamtlichkeit in Katastrophenfällen. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Abgeordneten Pilsner das Wort.

Abg. Pilsner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Rettungs- und Hilfsorganisationen in unserem Land und die freiwilligen Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter leisten Jahr für Jahr einen großen Beitrag zur Erhaltung des sozialen Zusammenhalts in Oberösterreich. Sie setzen immer wieder bei Katastrophensituationen wie im heurigen Winter oder zum Beispiel wie auch bei den verheerenden Hochwässern in den letzten Jahren ihr eigenes Leben oft auf das Spiel um Menschen aus höchster Gefahr zu befreien und Leben zu retten.

Ich möchte mich von dieser Stelle aus bei allen Hilfsorganisationen bedanken für ihren Einsatz. Sie sind wirklich großes Vorbild für unsere Gesellschaft. Die aufopfernde und ehrenamtliche Hilfsbereitschaft in unserem Land wird durch die große Identifikation mit den engagierten Vereinen, durch den Rückhalt in der Bevölkerung und die soziale Absicherung der Helferinnen und Helfer erreicht. Doch die schwierigen Katastropheneinsätze müssen immer professioneller werden. Das erwartet die Öffentlichkeit wie selbstverständlich. Zum Beispiel waren unsere Helfer und Helferinnen der Freiwilligen Feuerwehr, und ich habe es heute schon gehört beim Kollegen Steinkellner, sehr engagiert und sehr viel unterwegs im heurigen Winter. 2.114 Feuerwehren, 27.328 Einsätze mit 275.440 Stunden, aber nur gerechnet bis 15. Februar, und der Winter hält noch an, wir sehen das ja jeden Tag, was noch auf uns zukommt, wurden bereits geleistet.

Die Einsätze verlangen mehr Zeit und noch mehr Einsatzbereitschaft von unseren freiwilligen Helferinnen und Helfern. Gleichzeitig hat sich die Berufswelt in den vergangenen Jahren stark verändert. Der Druck auf die Beschäftigten steigt ständig, länger dauernde Katastropheneinsätze stellen die freiwilligen Helferinnen und Helfer immer öfter vor die Situation, dass sie von ihren beruflichen Tätigkeiten nicht mehr frei gestellt werden oder sich durch ihren Einsatz unvermeidbare persönliche Nachteile in Kauf nehmen müssen. Das Problem liegt einfach darin, dass nicht der spontane Einsatz, der Stundeneinsatz das Problem ist, sondern wenn die Einsätze über Tage dauern, drei Tage, vier Tage und oftmals sogar auch länger.

Das Ehrenamt schützen und erhalten aber nicht grenzenlos ausnützen. Das soll ja der parteiübergreifende Zugang zur Ehrenamtlichkeit in Oberösterreich sein. Das oberösterreichische Katastrophenhilfsgesetz stammt noch aus den Anfängen der 2. Republik und bleibt in seinen Grundzügen seit 1955, also seit über 50 Jahren, weitgehend unverändert. Es liegt natürlich auf der Hand, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dass dieses Gesetz längst nicht mehr zeitgemäß ist. Es verfügt über keine klaren Regelungen betreffend die Einstufung von Katastrophen, den Katastropheneinsatz, den Katastrophenalarm oder den Ausgleich bei Verdienstentgang.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen fordern daher die Oberösterreichische Landesregierung auf, unter Einbindung aller Rettungs- und Hilfsorganisationen, ich sage unter Einbindung aller Rettungs- und Hilfsorganisationen des Landes, ein zeitgemäßes Modell zu erarbeiten, das den Schutz und den Erhalt der Ehrenamtlichkeit gewährleistet und die freiwilligen Helferinnen und Helfer bei Katastropheneinsätzen vor allem vor persönlichen Nachteilen bewahrt und dieses Modell dem Oberösterreichischen Landtag vorzulegen.

Außerdem sollte raschest möglich der Entwurf für ein Katastrophenhilfsgesetz ausgearbeitet werden, das den heutigen Anforderungen entspricht. Ich möchte mich auch von dieser Stelle aus bei Landesrat Dr. Stockinger bedanken, der bereits zugesichert hat uns dabei zu unterstützen und diese Initiativen auch entsprechend mitzugestalten. Es gibt ja einen bestehenden Unterausschuss und ich schlage vor, dass wir uns auch dort dann entsprechend engagieren und einbringen. Ich glaube wir sollten kein parteipolitisches Kleingeld mit diesen Initiativen machen, sondern wir sollten gemeinsam trachten, dass wir ein zukunftsorientiertes Ge-

setz zusammenbringen. Ich glaube wir könnten das sehr sozialpartnerschaftlich gemeinsam ausarbeiten. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Aichinger.

Abg. **Dr. Aichinger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Herrn Kollegen Pilsner, dass er selbst begründet hat, warum dieser Antrag nicht dringlich ist und wie eigentlich weiter damit verfahren werden sollte.

Aber ich darf vielleicht noch einige Bemerkungen zu diesem Vorschlag, zu diesem Antrag auch machen. Ich kenne natürlich aus doch mehrjähriger Verantwortung für den Katastrophenhilfsdienst die gesetzlichen Grundlagen sehr genau. Ich habe mir aber dieses Gesetz heute nochmals mitgenommen, weil es ein Musterbeispiel eines sehr guten Gesetzes ist, eines sehr klaren Gesetzes, eines kurzen Gesetzes und wir sollten uns einige dieser Festlegungen vergegenwärtigen. Es ist ein Gesetz das mit Hausverstand geschrieben worden ist und ein Gesetz das möglicherweise auch auf den Erfahrungen einer sehr krisenreichen Zeit basiert, 1955. Und dementsprechend sind die Festlegungen, wie ich meine, von einer großen Verantwortung getragen.

Im ersten Kapitel heißt es dort: Die Aufgabe des Katastrophenhilfsdienstes, sowohl des Landes als auch der Gemeinden, damit sind schon klar auch die Zielsetzungen gegeben, ist es, Hilfsmaßnahmen zur Abwehr von Personenschäden und zur Abwehr von Sachschäden vorzubereiten und durchzuführen, durch die Menschen voraussichtlich ihrer maßgeblichen Existenzgrundlage verlustig werden, soweit diese Schäden durch Unfälle oder Elementarereignisse eintreten. Das heißt also, ein Katastrophenhilfsdienst der mit Augenmaß vorgeht.

Weiter heißt es dann zum Beispiel: Jedermann kann durch behördliche Anordnung des Landes oder der Gemeinde verpflichtet werden, persönliche und Sachleistungen im Rahmen des Katastrophenhilfsdienstes des Landes oder einer Gemeinde einzubringen, die ihm möglich und zumutbar sind. Das gilt auch für juristische Personen.

Vom Grundgedanken her ein solidarisches Gesetz, dass jeder in unserer Gesellschaft seinen Beitrag dazu leisten muss, nicht nur kann, sondern leisten muss, wenn Katastrophen, wenn Krisen in unserer Gesellschaft eintreten. Und es ist auch ein Gesetz, das den subsidiären Grundsatz berücksichtigt, weil es dort heißt: Die Gemeinden sind beim Einsatz des Katastrophenhilfsdienstes zur wechselseitigen Hilfeleistung, gegen Kostenersatz übrigens, etwas was ja kaum nachvollzogen wird und kaum eingefordert wird, aber die Gemeinden sind beim Einsatz im Katastrophenhilfsdienst zur wechselseitigen Hilfeleistung verpflichtet.

Natürlich ist zu konzedieren, dass ein Gesetz immer ein Spiegel seiner Zeit ist und dass es eine Weiterentwicklung dieses Katastrophenhilfsdienstgesetzes braucht, das in den verschiedenen Novellierungen durch den Oberösterreichischen Landtag geschehen ist. Ich darf nur daran erinnern, dass wir etwa 2002, 2001 begonnen haben, die Struktur des Katastrophenhilfsdienstes insgesamt neu zu ordnen. Ich darf daran erinnern, dass wir das sogenannte CERM, also Crisis and Emergency Rescue Manual geschrieben haben, das heute die Grundlage für die Arbeitsweise aller Hilfsdienste und aller Organisationen aber auch der Behörden geworden ist. Und dass wir Dank dieser Maßnahmen diese wirklich großen Katastrophen, wie das Hochwasser 2002 oder auch den Schneedruck in diesem Jahr, bewältigen konnten.

Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass Gesetze, die anlassbezogen sind, nicht sehr gut sind. Diese Gesetze verfolgen meist die Änderung eines Zustandes der einmalig ist, der sicherlich die Menschen aufrüttelt oder auch bedroht. Aber diese anlassbezogenen Gesetze sind üblicherweise auf einen schlechten Ratgeber zurückzuführen.

Fragen muss man sich, was bewirkt ein Gesetz. Und wenn ich mir dieses Katastrophenhilfsdienstgesetz aus dem Jahr 1955 anschau, dann muss ich sagen, das war wirklich eines der besten Gesetze die geschaffen worden sind. Wir haben als Bundesland Oberösterreich, und den Vergleich der Bundesländer sollten wir hier ziehen, wir haben sicherlich die höchste Zahl an Ehrenamtlichen und Freiwilligen in der Gesamtheit im Katastrophenhilfsdienst. Da geht es nicht nur um die Feuerwehren, da geht es nicht nur um die Rettung, da geht es um die Bergrettung, da geht es um die Wasserrettung, da geht es um die Mitarbeiter im Zivilschutzverband und vieles andere mehr. Viele andere mehr, die hier genannt werden können. Wenn wir diese Zahl zusammenrechnen, dann ergibt das etwa 10 Prozent unserer Bevölkerung. 10 Prozent unserer Bevölkerung, die sich ehrenamtlich, freiwillig, unentgeltlich im Falle von Katastrophen zur Verfügung stellt. (Beifall)

Und ich glaube wir müssen sehr, sehr vorsichtig mit dieser Materie umgehen, um diesen Zustand, den wir in unserem Bundesland haben, nicht zu gefährden. Nun sage ich nicht, dass eine derartige Maßnahme, wie sie hier vorgeschlagen wird, diesen Zustand gefährdet. Aber wir müssen uns wirklich ordentlich damit auseinandersetzen und sicherlich, und da gebe ich dir völlig Recht, dass der Unterausschuss ein geeigneter Platz ist, wo wir darüber diskutieren sollten, wo wir alle die möglichen Auswirkungen von neuen Regelungen überdenken sollten. Daher sind wir als ÖVP der Meinung, dass dieser Antrag nicht dringlich ist, dass er im zuständigen Unterausschuss behandelt werden soll. Wir werden uns sicherlich sehr seriös und sehr gewissenhaft mit diesem Antrag auseinandersetzen. Bedenkend, was wir damit eigentlich auch für die Zukunft auslösen. Und ein Gesetz das 50 Jahre alt geworden ist und einen derartig positiven Stand in Oberösterreich bewirkt hat, ich wünsche uns allen, dass wir bei der Novellierung ein Gesetz in einer ähnlichen Qualität schaffen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Hirz das Wort.

Abg. Hirz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zuerst Entschuldigung, Sie merken meine Stimme ist etwas angeschlagen. Ich werde versuchen möglichst deutlich zu sprechen, sodass Sie die Möglichkeit haben mir zu folgen.

Die heurige Schneekatastrophe, vor allem im Salzkammergut, im Mühlviertel und im Innviertel aber auch das Hochwasser 2002 haben nicht nur die Seite der Betroffenen, sondern auch jene der Helfer und Helferinnen in den Vordergrund gerückt. Angesichts und ich glaube dass ich das wirklich sagen kann, der hervorragenden Leistungen jedes Einzelnen, sei es jetzt bei der Feuerwehr, sei es beim Roten Kreuz, sei es bei der Bergrettung oder auch Private, die sich zur Verfügung gestellt haben, ist die Frage nach einer klaren Regelung eines länger dauernden Katastropheneinsatzes, insbesondere was die Urlaubsbestimmungen, den Urlaubsanspruch betrifft, mehr als berechtigt. Ich bin selbst seit 25 Jahren beim Roten Kreuz ehrenamtlich tätig. Ich war beim Hochwasser 2002 beim Katastrophenhilfsdienst eingezogen und bin damit natürlich mit Kollegen entsprechend ins Gespräch gekommen.

Und es gibt im Großen und Ganzen vier Kategorien, die meiner Meinung nach auch ein Stück Ungerechtigkeit darstellen. Das Erste sind die, die einrücken und im Endeffekt einen bezahlten Sonderurlaub haben. Das heißt, der Tag gilt genauso, als würde er zur Arbeit erscheinen. Das sind hauptsächlich Gemeindebedienstete, öffentlich Bedienstete und Bediens-

tete, Angestellte größerer Firmen, die sich das eben leisten können. Dann gibt es die zweite Gruppe. Das sind jene, die einen unbezahlten Sonderurlaub bekommen. Das heißt, die haben einen realen Verdienstentgang, weil sie ja sozusagen diesen Tag nicht vom Dienstgeber bezahlt bekommen an dem sie arbeiten. Die dritte Gruppe ist jene, die Urlaub nehmen müssen. Die haben keinen Verdienstentgang, aber dafür ist der Urlaub kürzer. Das ist natürlich auch familiär zu Hause etwas schwer zu erklären. Und die vierte Gruppe sind jene, die gar nicht kommen dürfen bzw. die nach dem zweiten Tag einen Anruf erhalten, dass sie schnell wieder kommen sollten, da es sonst Konsequenzen geben könnte.

Und ich denke, dass es unsere Verpflichtung ist, dass wir uns hier auf die Seite der Ehrenamtlichen stellen. Wobei ich schon sagen möchte, dass die scheinbar einfachste Lösung, jetzt im Katastrophengesetz zu definieren, den Helfern und Helferinnen im Katastrophenfall ist frei zu geben, wahrscheinlich gut klingt aber von der Problematik her wesentlich komplizierter ist, als es auf den ersten Blick scheint. Denn wenn wir das gesetzlich verankern, dass es eine Dienstfreistellung im Katastrophenfall gibt, dann birgt das natürlich das Risiko für die Arbeitnehmer, dass bei einer Bewerbung in Zukunft die Firmen sagen, na wenn der bei der Feuerwehr oder beim Roten Kreuz ist, dann nehme ich ihn gar nicht, weil das wirkt sich auf meinen Betrieb negativ aus. Und ich weiß selbst von Firmenchefs, die sagen, wenn jemand da arbeitet, dann nehme ich ihn nicht. Das geht bis zu den Fußballern, die meistens am Montag ein bisschen lädiert sind und wo man sagt, die nehme ich mir lieber nicht. Das heißt, ich denke, wir müssen uns das in dem Bereich sehr gut überlegen, welche Konsequenzen wir setzen.

Eine andere Möglichkeit ist, dass das Land oder die Gemeinden, das ist ja im Paragraph 20 des oberösterreichischen Feuerwehrgesetzes möglich, dass die Gemeinde den Verdienstentfall in besonderen Fällen ersetzt, dass man in diese Richtung geht. Nur ich persönlich glaube, dass da bei diesen tausenden Leuten, die im Katastrophenfall im Einsatz sind, das eigentlich unbezahlbar wird. Wenn man sich vorstellt, dass wir 7,5 Millionen ehrenamtlich geleistete Stunden im Monat in Oberösterreich haben. Und wenn dafür die öffentliche Hand aufkommen müsste, dann würde das mit Sicherheit nicht funktionieren.

Eine dritte Möglichkeit die ich sehe ist jene, dass wir die Dienstgeber, die frei geben, dass man denen die Kosten, die sie durch diese Dienstfreistellungen im Katastrophenfall haben, dass die das steuerlich absetzen können, dass sie also zumindest keine Lohnnebenkosten zahlen.

Die vierte Möglichkeit wäre, dass man den Ehrenamtlichen diesen Dienst pensionsmäßig anrechnet. Das heißt, ein freiwilliger Dienst, der sehr klar definiert ist, auf das Pensionskonto übergeschrieben wird.

Der fünfte Bereich ist, dass man mit der oberösterreichischen Wirtschaft ein Abkommen trifft, denn schließlich und endlich haben ja auch die Wirtschaftsbetriebe etwas davon. Wenn es eine Katastrophe gibt, wenn es einen Brand gibt, dann hilft eben die öffentliche Hand. Das heißt, da ist eine Gegenseitigkeit da. Und ich denke, auch das sollte man andenken.

Ich glaube, dass das Katastrophenhilfsdienstgesetz ein gutes ist, das wir aber ein Stück anpassen sollten und deswegen anpassen sollten, weil sich diese Problematik, die ich jetzt aufgezeigt habe, sonst verschärfen würde. Und ich denke, dass es wichtig ist, dass das nicht passiert, es klug ist, dieses im Ausschuss zu diskutieren. Wir haben im Feuerwehrunterausschuss einen ähnlichen Antrag liegen. Vielleicht dass wir ihn dort diskutieren oder einen eigenen Unterausschuss gründen. Ich bin sicher in dem Bereich diskussionsbereit und glaube,

dass wir da etwas Ordentliches zusammenbringen sollten. Das heißt, wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, aber inhaltlich sollte etwas passieren. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair:** Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir werden der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen. Die Gründe, warum wir also der Dringlichkeit zustimmen sind folgende: Wir haben eine aktuelle Situation, die für Betroffene, nämlich die die helfen und die die Hilfe brauchen, fast unerträglich wird oder bereits ist. Und die Möglichkeit, dass jetzt nach diesen massiven Schneefällen und Schneelagen auch wieder ein Hochwasser kommen könnte und wo also das riesige Problem wieder von vorne losgeht, ist nicht auszuschließen.

Und ich glaube, dass es Sinn macht der Dringlichkeit zuzustimmen, weil es kein Widerspruch ist, einerseits die Landesregierung aufzufordern einen Entwurf für ein zeitgemäßes und neues Katastrophenhilfsdienstgesetz auszuarbeiten. Wir wissen, dass solche Entwürfe oder Novellierungen ohnehin eine gewisse Zeit brauchen und dass man gleichzeitig inhaltlich den Antrag in einem Unterausschuss diskutiert und beredet und sozusagen parallel an einem Problem arbeitet, das einer Lösung zugeführt werden muss. Ich glaube darin sind wir uns alle einig.

Und es ist umso wichtiger, wenn bereits gesagt wurde, dass 10 Prozent der Bevölkerung ehrenamtlich im Katastropheneinsatz sind, dann ist es klar, dass wir hier die entsprechenden Weichen stellen müssen. Und da macht es wirklich Sinn, einen Entwurf einzufordern von der Landesregierung und in einem Unterausschuss sozusagen die Randthemen aber auch die inhaltlichen Themen dieses Antrages zu beraten.

Und wenn auch angesprochen wurde vom Kollegen Aichinger, dass ja eine Pflicht besteht im Katastropheneinsatz Hilfe zu leisten und Hilfe zu gewähren, dann kann man auch nur eines sagen, was ja bereits heute auch in einer Anfrage diskutiert wurde, dass auch hier Sozialhilfeempfänger, nur um das als Beispiel noch einmal zu nennen, ihre Pflicht zur Hilfe erfüllen müssen, vor allem diejenigen, die dazu imstande sind.

Das sind also Dinge, die wir ehest möglich beraten sollten, dass also nicht nach einem Jahr wieder einmal eine Anfrage kommt, wo man dann die Antwort bekommt, dass also diese Möglichkeit absolut nicht ausgenützt wurde. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte die Mitglieder des hohen Hauses, die Dringlichkeit zur Beilage 835/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Das ist nicht die Mehrheit. Ich weise diese Beilage dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten zur Vorberatung zu.

Wir behandeln den Antrag zur Dringlichkeit für die Beilage 836/2006. Es handelt sich um den Initiativantrag betreffend die Semesterteilung im Maturajahr, um sie abzuschaffen und die Maturavorbereitungen zu verbessern. Auch hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtages erforderlich. Ich eröffne die Wechselrede und erteile Herrn Klubobmann Dr. Fraiss das Wort.

Abg. **Dr. Fraiss:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem Antrag, die Semesterteilung im Maturajahr abzuschaffen und die Vorbereitungszeiten für die Matura, auch für die schriftliche Matura, zu verbessern, haben wir etwas ganz Be-

wusstes gemacht. Wir wollten einem Übel der österreichischen Schulpolitik im Grunde einmal einen Riegel verschieben.

Da gibt es Schulversuche in Österreich, die laufen 10, 12 Jahre ohne dass sie jemals evaluiert werden. Da kommt niemand auf die Idee nachzufragen, das funktioniert gut, das könnten wir doch eigentlich in das Regelschulwerk übernehmen. Ein ähnlicher Fall oder ein ähnliches Schicksal hat diese Semesterteilung im Maturajahr ereilt. Ich streite jetzt ganz bewusst nicht ob eine Jugendorganisation der ÖVP oder meine Gattin, die schon seit vier, fünf Jahren in dieser Frage an der Hamerlingschule beschäftigt ist, früher mich darüber informiert hat. Mir geht es auch gar nicht darum in einen kindischen Streit einzutreten. Mir geht es darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass bei einem Zustand, wenn von 47 AHS, also allgemein bildenden höheren Schulen in Oberösterreich, 35 einen Schulversuch für das nächste Schuljahr einbringen müssen. Wenn da noch jemand glaubt, dass hier nicht längst höchste Eisenbahn ist, dass etwas was von Eltern, Lehrern und Schülern mit Begeisterung aufgenommen wird, weil es eine bessere Vorbereitung ist, weil man sich Schularbeiten besser einteilen kann, weil es eine riesige Chance ist, dass die Lehrerinnen und Lehrer mit den Schülerinnen und Schülern durch Gruppenarbeit, Teamarbeit und ähnliches letztendlich auch die mündliche Mitarbeitslleistung wesentlich anders bewerten können als rein die Schularbeitenbewertung, dass die Vorbereitung auf die Maturaarbeiten eine wesentlich bessere dadurch ist. Und dazu bedürfte es eigentlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch keiner Resolution des Oberösterreichischen Landtags, wenn die Frau Bildungsminister aktiv wäre und solche zu evaluierenden Schulversuche vornähme. Ich habe mehrfach im Landesschulrat schon darauf hingewiesen, so häufige Schulversuchswiederholungen sollten endlich einmal evaluiert werden, als gut oder weniger gut empfunden werden, die Erfahrungen gesammelt werden und wenn sie gut sind, dann bitte ins Regelschulwerk übernehmen, wenn sie nicht gut sind, ist aber auch ein Ende mit diesem Schulversuch verbunden.

Ich bedanke mich bei allen anderen Fraktionen, dass sie diesen Antrag gemeinsam mitgezeichnet haben. Ich glaube, es ist in zweierlei Richtung ein Zeichen, ein Zeichen für die Maturanten, ein Zeichen für die Jugend, aber auch ein Zeichen höchster Aktualität, dass Schulversuche Schulversuche sein sollen und nicht zur Dauereinrichtung unseres Schulsystems werden sollen. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mag. Stelzer.

Abg. Mag. Stelzer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Wenn man sich kürzer oder länger zurück erinnert, was man bei der Matura eigentlich alles wusste oder konnte, je nachdem, dann ist das ziemlich beachtlich. (Zwischenruf Abg. Schenner: "Kannst du dich da noch erinnern?") Nein, aber ich habe nachgeschaut. Von dem verschiedenen historischen Wissen, was alles die Friedrichs und Heinrichs in den verschiedenen Jahrhunderten unserer Geschichte für eine Rolle gespielt haben bis zum Integrieren, Differenzieren, sprachlichen Können, das man zu Tage fördert und dergleichen mehr, also diese Breite ist wirklich faszinierend und eigentlich sollten wir uns überlegen, dass man diesen umfassenden Zugang und dieses Interesse an so vielem in unserer Landschaft möglichst lang aufrecht erhält und auch diese Breite möglichst lang erhalten kann. Und ich gebe daher Recht, auch was der Vorredner gesagt hat, dass es eigentlich schade ist, dass eigentlich nur durch eine organisatorische Rahmenbedingung, nämlich dass auch im Maturajahr eben zur Zeit immer noch zwei Semester stattfinden, dieser Stress, den eine Prüfungssituation, eine größere, wie die Matura halt eben einmal darstellt, noch einmal dadurch vergrößert wird, dass man auch noch den Jahresabschluss in einem zweiten kurzen Semester schaffen muss mit all den Prüfungen, Schularbeiten und so weiter, die es da noch gibt. Eigentlich sollten wir

danach trachten, dass wir dann, wenn es darum geht für die Maturantinnen und Maturanten, all ihr Können, das sie da sich angeeignet haben, auch unter Beweis zu stellen, nämlich bei der Matura, dass sie sich möglichst gut, intensiv und auch ohne sonstigen Zeitdruck auf dieses Ereignis vorbereiten können.

Und ich bin daher der Union Höherer Schüler dankbar und ich danke auch dem Dr. Frais, dass er in fairer Weise das angesprochen hat, weil auch Vertreter da sind mit dem Severin Wiesmüller von der UHS, dass sie sich auch dieses Themas als Interessenvertreter der Schülerinnen und Schüler angenommen haben und auch hier mit eine Idee entwickelt haben unter dem Motto aus zwei mach eins, genau dieses Faktum zu schaffen, das ohnehin in diesem Antrag grundgelegt ist, nämlich im Maturajahr nur mehr quasi ein Semester, das man ja dann gar nicht mehr Semester nennen kann, also nur mehr ein ganzes Schuljahr zu haben. Ich finde es auch interessant, über diesen Coaching-Gedanken nachzudenken, der auch in der Resolution drinnen steht, nicht nur vor der mündlichen Matura eine Vorbereitungszeit zu haben, sondern eben auch zumindest, wie es formuliert ist, eine Woche vor der schriftlichen Matura. Ich glaube, dass das auch insgesamt dem Ergebnis, aber auch dem Zugang sehr gut tut.

Ich möchte aber auch noch etwas dazupacken, auch wenn es in diesem Antrag nicht drinnen steht, aber unser Landeshauptmann Dr. Pühringer hat das auch zur Debatte gestellt, ich glaube wir sollten auch durchaus weiterdenken. Und nachdem ich selber damals in so einem Schulversuch war, kann ich das auch sagen. Es gibt sicher auch noch interessante Varianten für gewisse Fächer, die nicht schriftlich maturiert werden, schon am Ende der Siebten oder zum Beginn der Achten einen Teil der Matura vorziehen zu können, um dann vielleicht auch noch einen entsprechenden Vorteil zu haben, den Druck wegzunehmen. Das hätte unter Umständen auch für jene bedauernswerten Zeitgenossen einen Vorteil, die bei der schriftlichen Matura dann noch einen Zusatz ausfassen und dann auch für die mündliche noch entsprechenden Zusatzdruck haben. Das heißt, das wäre hier auch noch ein Vorteil. Wir sollten glaube ich miteinander überlegen, weil diese Idee auch in keiner Form von ideologischen Grundsatzüberlegungen geprägt ist.

Wir unterstützen daher diesen Antrag sowohl was die Dringlichkeit als auch den Inhalt angeht, nachdem er auch von einer Breite in unserer Bevölkerung getragen wird, Landesschulrat, Eltern unterstützen das, die Direktorenkonferenz der Gymnasien unterstützt das auch und ich glaube, würden wir dem, was im Antrag festgelegt ist, wirklich Folge leisten, nützen wir nicht nur den Maturantinnen und Maturanten samt ihrem Umfeld, das mitfiebert und -leidet, je nachdem, sondern ich glaube auch der Qualität der Bildung in unserem Land. Und das sollte uns ein großes Anliegen sein. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Hirz.

Abg. Hirz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die achte Klasse ohne Semesterteilung zu führen ist mit Sicherheit ein erfolgreicher Schulversuch, den es, glaube ich, fast 15 Jahre in Oberösterreich gibt. In der Begründung des Antrages steht, dass 35 von 47 AHS für das Schuljahr 2006/2007 diesen Schulversuch wieder beantragt haben. Leider, und ich bedauere das, hat dieser erfolgreiche Schulversuch im Bund noch keinen Niederschlag gefunden und es gibt auch noch immer nicht die gesetzlichen Grundlagen dafür. Ich halte diese Zusammenlegung der beiden Semester im Maturajahr für pädagogisch sinnvoll, ich halte es auch für eine organisatorische Erleichterung im ohnehin stressreichen Maturajahr und es bleibt sicher dadurch mehr Zeit für den Unterricht und für die notwendige Maturavorbereitung.

Vor allem was den Abschluss im ersten Semester entspricht, ist es ja so, dass gesetzlich dadurch viele Prüfungen vorgeschrieben sind, sodass ich mich sagen traue, es muss im achten Jahr zuviel geprüft werden und es wird dadurch auch zuwenig unterrichtet. Und eine mögliche Aufteilung der Schularbeiten durch Wegfall des Semesters ist möglich, das heißt, normalerweise ist die dritte Schularbeit in allen Gegenständen immer im Jänner und dadurch wird der Februar für diese dritte Schularbeit sozusagen gewonnen und man kann hier wirklich Stress wegnehmen. Ich halte diese Maßnahme für eine ganz wesentliche Entlastung der Schüler und Schülerinnen. Ich glaube, dass wir dadurch einen Lehr- und Lernzeitgewinn haben und es ist ja auch interessant, dass diese Änderung sowohl die Schüler als auch die Lehrkräfte wollen. Das was trotzdem wichtig ist, ist das, dass die Schüler und Schülerinnen nach Weihnachten eine entsprechende Rückmeldung bekommen, wie sie in den jeweiligen Gegenständen liegen. Das bedeutet aber auch, dass die pädagogische Lehrerkonferenz nicht entfallen soll, das heißt, die sollte trotzdem abgehalten werden, ob jetzt ein Semesterzeugnis ausgegeben wird oder nicht. Das heißt, wir werden diesem Antrag die Dringlichkeit geben und wir werden auch inhaltlich diesem Antrag zustimmen, trotzdem es einen Nachteil gibt, den mir die Schüler und Schülerinnen gesagt haben. Dieser wird aber mein Stimmverhalten nicht beeinflussen. Der Nachteil ist jener, dass das Zeugnisgeld der Oma in der achten Klasse für das Semesterzeugnis wegfällt. Ich hoffe, dass es da, und ich habe immer gesagt, das kann ich von dieser Position aus nicht ändern, aber ich hoffe, dass es da innerfamiliäre Ausgleichs gibt. Also ich denke, dass dieses Problem zu lösen ist. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich meinen Vorrednern nur anschließen und auch zuletzt Gottfried Hirz hat es erwähnt, die Information über den Zwischenstand ist natürlich sehr wichtig. Dieser Informationspflicht muss entsprochen werden. Aber grundsätzlich gilt ja gerade in der Schulgesetzgebung, dass jeder Schulversuch evaluiert werden sollte, und wenn ein Schulversuch 15 Jahre lang äußerst erfolgreich stattgefunden hat und an und für sich bald zur Regel geworden ist, dann frage ich mich, wie das eigentlich mit der Evaluierung eines Schulversuchs wirklich vor sich geht, weil wir bereits seit Jahren an und für sich diesen Zustand zum Regelzustand hätten machen sollen. Nachdem es die Mehrheit der Schüler will, nachdem es die Mehrheit der Lehrer will, nachdem wir als Politiker auch uns dieser Ansicht anschließen, glaube ich, dass es dringend notwendig ist, das zum Regelgesetz werden zu lassen.

Wesentlich ist ja auch, dass wir einen kurzen Blick auf die Universität machen. Was gibt es denn dort? Vor großen Prüfungen gibt es etwa Repetitorien, um blockweise vielleicht noch einmal geballt vor einer schriftlichen Matura Vorbereitungshandlungen zu setzen, um die jeweiligen Schülerinnen und Schüler entsprechend gut auch bereits schriftlich vorzubereiten. Diese Zeit soll geschaffen werden etwa durch Repetitorien, etwa durch Blockveranstaltungen, dort wo es notwendig ist, um auch vor der schriftlichen Matura entsprechende Unterstützung zu leisten. Diese geschlossene Haltung von Oberösterreich wird sicherlich im Bund in Wien aufgenommen werden und ich hoffe, dass die Gesetzgebung für das nächste Schuljahr sich ändern wird. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede, lasse über den Antrag abstimmen. Wenn Sie der Dringlichkeit zur Beilage 836/2006 zustimmen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Das ist ein einstimmig angenommener Antrag.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 837/2006, es handelt sich bei 837/2006 um den Initiativantrag betreffend die Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten im Sinne des europäischen Subsidiaritätsprinzips. Auch hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne die Wechselrede und erteile dem Herrn Abgeordneten Kapeller das Wort.

Abg. Kapeller: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem dringlichen Initiativantrag treten wir für die Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten und gegen übertriebene Zentralisierungsströmungen innerhalb der Europäischen Union ein und starten heute den dritten Versuch, Sie davon zu überzeugen, dass er nicht nur dringlich, sondern auch wichtig ist. Denn wir sind nach wie vor der Meinung, dass die Landesregierung einen Katalog erarbeiten soll, wie im Sinne des Subsidiaritätsprinzips auf regionaler Ebene entschieden werden soll. Dem Oberösterreichischen Landtag soll als höchstem gesetzgebenden Gremium des Landes dieser Katalog dann zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Unser Initiativantrag wird deshalb als dringlich bezeichnet, weil mittlerweile die Bedeutung der regionalen Selbstbestimmungen auch von der Europäischen Union erkannt und im Entwurf für eine künftige EU-Verfassung stärker gewichtet wurde. In diesem Entwurf wurden erstmals Kontroll- und Mitsprachemöglichkeiten zur Wahrung des Subsidiaritätsprinzips geschaffen und es besteht auch die Möglichkeit, Klagen gegen dessen Verletzung vor dem EuGH zuzulassen.

Mit dieser Thematik wird sich, und wir haben auch hier bereits das diskutiert und besprochen im Landtag, eine Subsidiaritätskonferenz am 18. und am 19. April in St. Pölten auf parlamentarischer Ebene beschäftigen, bei der die stärkere Einbindung nationaler und regionaler Parlamente in die EU-Gesetzgebung und in den Informationsaustausch behandelt werden wird. Den Mitgliedsländern soll, meine sehr verehrten Damen und Herren, unter Einbringung der Regionen gestattet sein, in bestimmten Bereichen marktregulativ einzuzielen, welche natürlich weder benachteiligend gegenüber EU-Ausländern, noch unverhältnismäßig in der Marktbeschränkung sein dürfen. Wir sind davon überzeugt, dass politisch gewollte und von einer großen Mehrheit der Bevölkerung getragene Standards abgesichert werden müssen. Und daher sollen in dem geforderten Katalog neben Themen wie Gentechnikfreiheit oder Atomstromverzicht insbesondere auch alle jene öffentlichen Bereiche aufgelistet werden, die der Daseinsvorsorge zuzuzählen sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem die Konferenz bereits im April in St. Pölten stattfindet, ist es besonders wichtig, die oberösterreichische Position zu erarbeiten, und ich freue mich daher, dass es auf Grund unserer Initiative Signale gibt, dass es heute zu einer positiven Behandlung unseres Antrages kommen kann und ich ersuche Sie, unserem Antrag die Zustimmung zu geben. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. Schwarz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und im Internet! Grundsätzlich haben wir diesen Antrag, wie der Kollege Kapeller schon gesagt hat, ja schon dreimal da. Die Position der Grünen hat sich nicht verändert. Wir waren immer dafür, hier dieses Subsidiaritätsprinzip, diese Selbstbestimmungsrechte zu stärken und hier klarere Definitionen zu fordern. Ich glaube, das was uns unterschieden hat und wahrscheinlich auch nach wie vor unterscheidet ist der Weg dahin. Wie kommen wir zu diesem Katalog, wie kommen wir zu einer Position, wie können wir die bereits bestehenden Regelungen noch verfestigen und transparenter machen. Mein Vorschlag ist ja damals nicht wirklich wohlwollend aufgenommen worden: in einer Arbeitsgruppe eine Enquete mit unseren von allen Fraktionen nominierten EU-Parlamentariern oder gewählten EU-Parlamentarierinnen und -Parlamentariern abzuhalten und genau mit diesen

Menschen, die draußen in Brüssel sitzen und die Problematik tagtäglich erleben und hier vielleicht uns wertvolle Informationen dazu geben können, zu reden. Wir haben uns gemeinsam ein Prozedere ausgemacht, nur so wie es scheint oder wie der neuerlich eingebrachte Antrag zeigt, wird diese Enquete in Oberösterreich in dieser Form als Landtagsenquete scheinbar nicht stattfinden. Das tut mir irgendwie leid, weil ich glaube, dass wir die Kompetenzen, die Erfahrungen der EU-Parlamentarier sehr wohl gut einbauen hätten können, um hier noch ein verstärktes Positionspapier an die Bundesregierung weitergeben zu können.

Ich möchte aber trotzdem noch einmal ganz kurz eingehen. Wir haben ja im Unterausschuss, der einmal getagt hat zu diesem Thema, klar festgestellt bekommen oder erläutert bekommen, dass die Selbstbestimmungs- und Selbstbeschränkungsrechte eine innerstaatliche Angelegenheit sind. Das heißt kurz gesagt, die Region kann nicht mehr Rechte haben als der Staat selber. Also hier glaube ich ist es einfach ganz klar, wo auch die Handlungsfelder sind und dass wir als Region nicht zusätzliche Rechte einführen können, die über die Rechte des Nationalstaates hinausgehen. Dass im Vertrag von Amsterdam, und ich glaube, da herrscht auch Übereinstimmung aller Parteien, dieses rechtlich verbindliche Subsidiaritätsprinzip verankert ist, war ein wesentlicher Schritt, um hier für zumindest diese Bereiche, wo es eine geteilte Zuständigkeit gibt, zum Beispiel in der Landwirtschaft und Fischerei, im Verkehr, in Energie, das heißt, da ist sowohl die EU mit Rahmenvereinbarungen zuständig, aber vor allem der nationale Staat, hier Bedingungen zu sagen. In der Energieversorgung kennen wir das und ich werde noch einmal kurz darauf zurückkommen.

Also für diese geteilten Zuständigkeiten ist im Amsterdamer Vertrag dieses Subsidiaritätsprinzip verankert und ein Protokoll, das jährlich an die nationalen Staaten geschickt wird und in das man sicher Einblick bekommt, und dass wir auch Einblick bekommen von allen Fraktionen, von allen Parteien, wird genau diese Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeiten immer aufgezeigt. Und ich glaube, dieses Protokoll ist ein wesentlicher Bereich. Sowohl von der EU als auch von den nationalen Staaten als auch vom Ausschuss der Regionen wurden die Probleme, die in diesem verankerten Subsidiaritätsprinzip bzw. im Protokoll aufliegen, ganz klar definiert. Das große Problem ist, dass es keine klaren Trennungskriterien gibt. Also es wird nicht genau festgehalten, wo fängt diese innerstaatliche Zuständigkeit an und wo hört die EU auf. Und ich glaube, genau da sind wir uns alle einig, da wollen wir hin, hier noch klarere Trennungslinien zu verankern. Dafür haben sich sowohl die Landeshauptleutenkonferenz in Österreich als auch der Ausschuss der Regionen, aber auch das EU-Parlament ausgesprochen. Nochmals, darum wäre es mir so wichtig, genau diese Leute hier bei uns zu haben in Oberösterreich, die sich schon Gedanken gemacht haben und diese noch unterstreichen und zu unterstützen.

Ich möchte nur kurz die zwei Beispiele, die angeführt sind, ansprechen. Atomstromverzicht ist kein Problem, brauche ich nicht unbedingt eine rechtliche Verankerung in der Subsidiarität haben. Jede Nation kann auf den Atomstrom in der Erzeugung verzichten, eben mit Ausbau der Ökoenergie, wie wir heute schon gehört haben, auf Eigenversorgung setzen, gleichzeitig aber auch, wenn sie am internationalen Markt zukauf, wo ja Atomstrom in diesem gemeinsamen Stromsee drinnen ist, mit Kauf und Zertifikaten sich klar vom Atomstrom zu distanzieren. Das steht uns zu, es ist nur die Frage, wie können das Energieunternehmer auch oder wie machen das die Energieunternehmer. Also hier geht es vor allem darum, wie können wir innerstaatlich das Versorgungssystem so ausbauen und der Atomlobby in Brüssel, und das was heute im "Standard" steht, unterstreicht ja nicht nur meine erste Wortmeldung bei dem ersten Antrag, der Forschung zur erneuerbaren Energie nur, wenn auf EU-Ebene wir klar sagen, wir wollen vom Öl raus und die Atomlobby reinlassen, weiß ich nicht was besser ist. Eine Lobby gegen die andere auszutauschen, das kann nicht wirklich das Optimum sein.

Also hier können wir natürlich von Seiten der Konsumentinnen und Konsumenten sehr viel mehr tun. Nur leider fällt das wieder auf die Schultern der einzelnen Menschen, und da werden wir gegensteuern. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Es tut uns leid, dass wir hier einmal nicht als Landtag auch schon aktiv in die Konzepterstellung eingebunden sind. Aber wir werden das Konzept, das die Landesregierung an die Bundesregierung vorlegt, sehr wohl intensiv diskutieren. Und ich glaube, wir werden uns auch aktiv einbringen können und werden diesen Weg versuchen. Schade, dass die Enquete nichts geworden ist, aber vielleicht wird es dann beim neuen Konzept etwas. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Klubobmann Mag. Strugl.

Abg. Mag. Strugl: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben zwei Anträgen, die von der SPÖ eingebracht wurden, nicht zugestimmt bisher, die sich mit diesem Thema beschäftigt haben. Deshalb, weil wir die für undurchführbar gehalten haben in der Form, wie sie formuliert waren und wie die Zielrichtung der Anträge gewesen ist. Weil eben Selbstbestimmungsrechte in irgendeiner Form die Landesregierung sozusagen in der EU verankern sollte.

Erstens haben wir eine Diskussion über die Verfassung der EU zu diesem Zeitpunkt ja gar nicht mehr geführt, und darüber hinaus ist es mehr als unklar, ob beispielsweise dieser Verfassungsvertrag tatsächlich zum Abschluss kommen wird. Und es war auch eigentlich sehr unklar, was jetzt konkret hier von der Landesregierung erwartet wird. Wir sehen den heutigen Antrag anders. Deshalb, weil er doch sehr klar sagt, wie man an dieses Problem herangehen könnte und auf welcher Grundlage. Und wenn es jetzt darum geht, Überlegungen anzustellen, wie es zu einer besseren Verteilung der Aufgaben zwischen Regionen, Mitgliedsstaaten und EU kommt, dann ist das natürlich etwas, was auch wir grundsätzlich für diskutierenswert halten. Wobei man dazu sagen muss, dass es ja nicht nur jetzt um die Verteilung der Kompetenzen, also um die eigentliche Frage, wer ist zuständig, geht, sondern auch darüber, wie dann diese Kompetenzen ausgeübt werden sollten. Denn es muss ja jeder Rechtsakt, der von der Kommission vorgeschlagen wird, auch der Prüfung standhalten, ob tatsächlich die Gemeinschaftsebene die richtige Ebene ist, um hier das zu regeln, oder ob es nicht zielführender wäre, beispielsweise das auf der nationalen Ebene zu regeln. Und so verstehen wir eben auch das Subsidiaritätsprinzip, das ja auch verankert ist im EU-Kontext, und das Subsidiaritätsprotokoll Teil auch dieses Verfassungsvertrages wäre. Und insofern glauben wir, das ist jetzt ein zielführender Zugang, und deswegen findet dieser Antrag auch unsere Zustimmung. Im Übrigen wären wir auch sehr dafür, dass wir dieses Subsidiaritätsprotokoll in irgendeiner Form, auch wenn es zu keinem Verfassungsvertrag kommt, hier implementieren können. Und ich weiß auch, dass beispielsweise im Zuge der Subsidiaritätsüberwachung im Ausschuss der Regionen, wo sich auch die Landesregierung mit Experten entsprechend beteiligt und wo es eine Pilotphase gibt, das ein Ansatz dazu wäre.

Es gibt im Zuge der Ratspräsidentschaft auch eine Initiative einer Subsidiaritätskonferenz, die am 18. und 19. April in St. Pölten stattfinden wird, wo auch auf österreichische Initiative hin Vertreter der Mitgliedsstaaten, der Kommission, des europäischen Parlaments und anderer Institutionen genau diese Frage diskutieren. Nämlich Subsidiarität und Verhältnismäßigkeitsprinzip, und das wäre auch ein unserer Meinung nach richtiger Zugang zu diesem Thema. Also, es sollte sich die Landesregierung systematisch anschauen jene Bereiche, die für uns als Landesgesetzgeber von Interesse sind. Wo gibt es ganz konkret Abweichungsmöglichkeiten vom Gemeinschaftsrecht? Und dann in einem zweiten Schritt eben das Subsidiaritätsprinzip als Maßstab heran zu ziehen und zu prüfen, inwieweit diese Abweichungsmöglichkeiten ausreichen. Und ich nehme an, dass wir dann auch zu dem Ergebnis kommen,

dass es hier Verbesserungsbedarf gibt. Uns geht es darum, dass das kein unrealistischer Wunschkatalog wird, sondern dass man sich hier wirklich an dem orientiert, was rechtlich, aber letztlich auch politisch machbar ist. Und man wird letztlich auch natürlich die österreichische Verfassung in diese Überlegungen mit einbeziehen müssen, wenn es darum geht, dass die Einflussmöglichkeiten der Länder auf die EU-Willensbildung geprüft werden. Ich glaube, dass das doch ein sehr aufwendiger und umfassender Prozess sein wird, das ist also nicht etwas, was man wahrscheinlich in der nächsten Woche erledigen wird können, sondern das ist schon eine sehr grundsätzliche Diskussion. Daher gehen wir einmal davon aus, dass das einen längeren Zeitraum, wenn man es seriös diskutiert, in Anspruch nehmen wird. Und wir werden auch als ÖVP einen Beitrag zur Beschleunigung des Prozesses leisten wollen, indem wir auch der Dringlichkeit zustimmen werden. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Im Begründungstext dieser jetzt gemeinsam zu beschließenden Resolution, und wir werden diese Resolution gerne unterstützen, steht unter anderem, so lange die Frage der Kompetenzkompetenz (wer hat die Kompetenz, Kompetenzen zu beurteilen?) nicht umfassend beantwortet wird, droht das Subsidiaritätsprinzip vom vorgeschobenen Argument des effektiveren Gemeinschaftsrechts immer mehr zurück gedrängt zu werden. Wir sind eine Gemeinschaft demokratischer Staaten, und in dieser Gemeinschaft demokratischer Staaten gehe ich davon aus, dass das Recht vom Volk ausgeht. Das heißt, wenn wir über Kompetenzen reden und über Verfassungsänderungen reden, das gilt in Österreich genau so wenn es um wesentliche Bausteine der Verfassung geht, das hat auch für die Europäische Union zu gelten. Deswegen muss, wenn eine Verfassung in der Europäischen Union eingeführt wird, selbstverständlich eine Volksabstimmung in Europa stattfinden. Als Österreicher will ich nicht schlechter behandelt werden als ein Franzose, als ein Holländer, ein Däne, ein Ire und sonstige Staaten, die in den jeweiligen Bereichen laufend Volksabstimmungen durchführen.

Zweitens, die Europäische Union wird so lange nicht verstanden werden, solange wir uns - und der Donnerstag war wieder ein typisches Beispiel, dass man ohne Abkürzungsverzeichnis und Fremdwörterlexika, trotzdem man sich entsprechend längere Zeit mit der Europäischen Union auseinandersetzt, ja gar nichts mehr versteht. Wir bemühen uns Gesetze, Verordnungen so zu schreiben, dass jeder sie auch versteht oder lesen kann. Wenn man in eine Sitzung geht bei der Europäischen Union und Informationen über einzelne Förderprogramme bekommt und ohne Abkürzungsverzeichnis fast hilflos ist, weil man vielleicht nicht auf dem nächsten und letzten Stand ist, weil in der Zwischenzeit die Terminologie wieder sich geändert hat, wird es schwierig, dass jeder versteht, was die Europäische Union überhaupt möchte. Deswegen ist es begrüßenswert, wenn sich jetzt auch Regionen, so wie Oberösterreich als Land, damit beschäftigen, was wollen wir selbst für Kompetenzen, welche Kompetenzen sind wir bereit abzugeben oder welche Kompetenzen wollen wir zurück erlangen. Denn Subsidiaritätsprinzip kann ja nicht so sein, dass von oben die Kommission verordnet, was Subsidiarität sein kann, sondern die Bevölkerung in Gesamteuropa und die Regionen von unten müssen entwickeln, diese Kompetenzen wollen wir weiter haben und auch in Zukunft garantieren. Und für uns wird der Maßstab dort angesetzt werden, wo wir auch die Bevölkerung dazu einladen. Nämlich an den Entscheidungen mitzuwirken, sei es eine Entscheidung der Erweiterung der Europäischen Union, wir werden später in der aktuellen Stunde über die Arbeitsmarktpolitik diskutieren, einzelne werden bei einer Volksabstimmung auch zu entscheiden haben, ob etwa Rumänien, Bulgarien beitreten können, oder ob die Europäische Union sogar mit der Türkei weiter entwickelt werden soll. Wir wollen, dass auch hier in Österreich darüber eine Volksabstimmung durchgeführt wird. Wir wollen, dass, wenn eine Verfassung

eingeführt wird, dass die Österreicher befragt werden, ob wir diese Verfassung wollen. (Zwischenruf Abg. Prinz: "Wer will das?") Wir Freiheitliche und ich hoffe du als Staatsbürger selbstverständlich auch, denn du wirst ja hoffentlich keine Verfassung haben wollen, gerade als Sozialdemokrat, verordnet, so wie früher vom Kaiser gottgewollt verordnet wurde. Diese Zeit ist vorbei, wir wollen eine demokratisch legitimierte Verfassung und demokratisch legitimiert kann eine Verfassung nur durch die Bevölkerung werden. Deshalb danke für diese Resolution, denn wenn wir den Begründungstext ernst nehmen, ist das ein Bekenntnis zu Volksabstimmungen bei grundsätzlichen EU-Entscheidungen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede, lasse über den Antrag zur Dringlichkeit abstimmen. Ich bitte Sie, wenn Sie der Dringlichkeit zur Beilage 837/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 838/2006, es handelt sich hier um die Vorlage der Landesregierung betreffend allfälligen Austritt der Energie AG Oberösterreich aus der Energie Allianz. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtages erforderlich, über den ich die Wechselrede eröffne und dem Herrn Landeshauptmann Dr. Pühringer das Wort erteile.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Damen und Herren, hohes Haus, sehr geehrte Frau Präsidentin! Die Oö. Landesregierung hat Ihnen betreffend einen allfälligen Austritt der Energie AG Oberösterreich aus der Energie Allianz und weiterer zu setzender Schritte einen schriftlichen Antrag vorgelegt. Ich erspare mir die lange Antragsverlesung.

Inhaltlich geht es darum, dass wir aus der Energie Allianz austreten, dazu bin ich von der Regierung ermächtigt worden, die Zustimmung zu geben. Zweitens, dass wir das Aktienpaket dem Verbund zum Kauf anbieten, im festgestellten Betrag von circa 475 Millionen Euro und dass wir für den Fall, dass diese Variante nicht zum Tragen kommt, auch auf eigene Mittel unter Inanspruchnahme einer Kreditoperation selbst dieses Aktienpaket erwerben. Ich beantrage in der vorliegenden Fassung, diesem Antrag die Zustimmung zur Dringlichkeit zu geben.

In der Sache selbst teile ich Ihnen mit, dass vor ganz kurzer Zeit der Aufsichtsrat der Verbund AG beschlossen hat, dass der Verbund in die Energie AG einsteigen kann, aber erst im Rahmen der zweiten Stufe einer in Aussicht genommenen österreichischen Lösung, zu der eine Punctuation vorliegt, die aber weder die Zustimmung der Linz AG noch die Zustimmung der Energie AG hat und die daher zur Stunde nicht rechtskräftig werden kann. Ich stelle in diesem Zusammenhang Folgendes fest: Erstens, die österreichische Lösung, so wie sie derzeit vorliegt, und von den Niederösterreichern und Wienern mit dem Verbund ausgehandelt wurde, wird nicht, das ist gemeinsames Ergebnis der Beratungen von Linz AG, Energie AG und deren Eigentümern, wird nicht die Zustimmung Oberösterreichs und der Stadt Linz bzw. unserer Unternehmungen finden. Damit kann die ÖSL zumindest bis Ende September, wo wir Vollmitglied der Energie Allianz sind, nicht in Kraft treten. Wir werden keinesfalls, da sind sich Unternehmen und Eigentümer einig, auf beiden Seiten, dem zustimmen, weil eine Zustimmung dem gleich käme, dass wir die Selbständigkeit in unseren Unternehmungen weitgehendst verlieren würden. Das kommt sicher nicht in Frage. Ich gehe davon aus, dass dieser Antrag heute die Zustimmung bekommt und wir dann in Gemeinsamkeit mit den Linzern in den nächsten Monaten in aller Ruhe und bei kühlem Kopf unsere weiteren Schritte beraten werden. Es gibt Partner außer der Verbundgesellschaft, die in die Energie AG hinein möchten, die mit uns zusammen arbeiten möchten. Das muss man im Einzelfall sorgfältig prüfen. Wir haben viele Alternativen offen, die reichen von einer Stand-alone-Lösung bis hin

zu einem Börsengang oder zum Eintritt anderer Energiepartner oder anderer Finanzpartner. Wir haben aufgrund dessen, dass wir bis 30. September ja aufgrund der Verträge in der Allianz verbleiben, wenn wir am 30. März spätestens kündigen, also ein gutes halbes Jahr, um in aller Ruhe die Zukunft unserer beiden Betriebe, Linz und Oberösterreich gemeinsam zu beraten. Klar ist, dass diese Entscheidung des Verbundaufsichtsrates nur in einem Punkt unseren Vorstellungen entgegenkommt, dass der Verbund bei uns eintreten kann. Der Zeitablauf ist für uns nicht befriedigend. Wir werden selbstverständlich an die Organe des Verbunds noch einmal herantreten, ihnen aber auch klar machen, dass wir dazu über Alternativen verhandeln. Oberösterreich wird sich ganz sicher einem Diktat der verbleibenden Allianz in Wien nicht beugen. Das kommt nicht in Frage. (Beifall)

So kann man mit uns als Teil der Energie Allianz, der derzeit bestehenden Energie Allianz, nicht umgehen. Es hat ganz klare Äußerungen gegeben, dass auch der Verbundeigentümer einem Einzug des Verbundes in die Energie AG die Zustimmung gibt. Wir werden in Oberösterreich in unserer Energiepolitik vier Ziele im Auge haben und diese konsequent verfolgen. Das Ziel Nr. 1 ist ein vernünftiger Energiepreis für die Kunden in Oberösterreich, für die Bevölkerung, für die Haushalte und für die Wirtschaft. Das Ziel Nr. 2 ist eine flächendeckende Versorgungssicherheit für die Bürger, egal ob jemand in Oberschwarzenberg oder in Linz zu Hause ist, muss die Energieversorgung bestmöglich funktionieren. Drittens, das Unternehmensprinzip der Nachhaltigkeit, unser Bekenntnis zur Energieeffizienz und unser Bekenntnis zu erneuerbarer Energie wird aufrecht erhalten. Wir werden uns konsequent auch in Zukunft vom Atomstrom fernhalten. Und vierter Grundsatz, die Zukunft unserer Unternehmungen in einem bewegten Markt. Wir sind verantwortlich für die Arbeitsplätze im Unternehmen und im Konzern, das hat auch einen großen Stellenwert für uns, und wir werden daher bei unseren Beratungen auch entsprechend zu trachten haben, wie kann sich die Energie AG, selbstverständlich auch die Linz AG, auf diesem bewegten Markt positionieren, Wo haben wir eine erfolgreiche Zukunft und wie können wir bestmöglich die Arbeitsplätze in den Unternehmungen absichern.

Das sind unsere vier Ziele, zu diesen vier Zielen stehen wir und da kämpfen wir, dass es eine Erfüllung dieser Ziele gibt. Es wird ernste Gespräche mit den Eigentümern, mit der Verbundgesellschaft geben, aber es wird auch Gespräche mit Alternativen dazu geben, es soll sich niemand einbilden, dass Oberösterreich nur auf diese Variante angewiesen ist, wir haben auch andere Möglichkeiten und andere Wege. Wenn man uns will und dass man uns will, dafür gibt es gute Gründe. Wenn man uns will, dann muss man uns zu dem Zeitpunkt nehmen, zu dem wir eben zur Verfügung stehen, und wir sind nicht x-beliebig verfügbar, das sei an die Adresse derer gesagt, die die heutige Entscheidung in einer Form herbeigeführt haben, die in einem Punkt absolut nicht unseren Vorstellungen entspricht. (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Winterauer) Lieber Kollege Winterauer! Es hat mit Parteifreunden überhaupt nichts zu tun, denn im Verbundvorstand sitzen deine Parteifreunde genauso, und ganz wesentlich mitgeprägt ist dieses Ergebnis auch vom Energieunternehmen der Stadt Wien, wo nur deine Fraktion vertreten ist. Ich hätte diese Frage der Parteipolitik nicht herein getragen, weil ich glaube, dass wir im Interesse der Menschen, der Kunden, der Mitarbeiter und der Unternehmungen zu entscheiden haben, und nicht im Sinne der Parteipolitik. (Beifall, Zwischenruf Erste Präsidentin) Nur mehr zwei Sätze. Aber wenn dir die AMAG noch nicht Lehre genug ist, dass sich die Partei aus Betrieben herausen halten soll, dann wirst du wahrscheinlich noch einige politische Erfahrungen machen müssen. Ich sage dir nur, es ist vernünftig, betriebswirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Entscheidungen ausschließlich nach den Kriterien der Sachlichkeit zu beurteilen und zu diskutieren, und nicht nach der Parteibrille, das kann nur den Betroffenen dienen. Oberösterreich wird alles tun, um seinem E-

nergieunternehmen in enger Abstimmung mit der Stadt Linz eine gute Zukunft zu sichern. Und daher bitte ich Sie diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung zu geben. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Trübswasser.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es gibt wenig Politikbereiche, die sich so wenig eignen für parteipolitische Auseinandersetzungen wie die Energiepolitik. Und ich denke, Oberösterreich hat in einer hervorragenden Weise vorgemacht wie man eine Antiatompolitik mit einer positiven Energiepolitik verbinden kann. Und hier hat es immer ein hohes Maß an Übereinstimmung gegeben. Ich glaube, wir sind in einer Situation, wo wir uns auf hoher See befinden und die Wellen bis an das Deck schlagen. Ich glaube, es wäre an der Zeit österreichweit darüber nachzudenken, wie wir in diesem europäischen Spiel überleben können, und ich glaube, wir haben über die Medien mitbekommen was in den letzten Wochen und Monaten in Europa auf dem Energiesektor abgegangen ist. Ich verstehe die Ruhe von Minister Bartenstein nicht, sich zurückzulehnen und zuzusehen wie jetzt für die kleinen Partner eine sehr, sehr interessante zumindest für die Medien interessante Auseinandersetzung und ein Werben und Abwerben und so weiter gibt.

Ich glaube, Oberösterreich hat mit seiner Energiepolitik, nämlich diese Doppelstrategie gegen Atom einzutreten, aber gleichzeitig auch im eigenen Land dafür zu sorgen erneuerbare Energie auszubauen und nicht abhängig zu sein von Energieträgern, die fossilen Ursprungs sind oder über andere Netze Atomstrom nach Oberösterreich bringen. Und diese eigenständige Energiepolitik, die hat auch Oberösterreich stark gemacht, Oberösterreich gemeinsam natürlich Energie AG, ich erwähne dazu natürlich auch die Linz AG. Ich halte es für einen der wichtigsten Ergebnisse dieser Diskussion um die Beteiligungen, um die Stromlösungen, wie sie genannt werden, dass es hier in Oberösterreich Gleichklang zwischen den beiden größten Energieunternehmen gibt, das macht unsere Position insgesamt als Bundesland auf jeden Fall stärker.

Meine Damen und Herren! Sie wissen, dass wir die Verhandlungen über Beteiligungen und Kooperationen nicht allein aus oberösterreichischer Sicht, aus ökonomischen Gesichtspunkten führen können, sondern wir müssen darauf achten, dass wir als Industrieland, das einen hohen Energiebedarf hat auch im Strombereich, dass ausreichend und sicher die Energieversorgung funktioniert. Wir müssen natürlich auf die Endkonsumenten achten, dass es auch preisgünstig ist, also unser Bestreben ist es nicht den Wettbewerb auszuschalten, sondern worum es uns geht, ist eine möglichst starke, nach außen hin starke, Form der Zusammenarbeit zu finden.

Was mir aber wichtig ist, was für die Energiepolitik für Oberösterreich ein Wesenselement ist, ist die Qualität der Energie, die wir haben, und die ist einerseits als Unterstützung für unsere Antiatompolitik wichtig, dass wir möglichst, man kann es nie ausschließen, aber möglichst atomstromfreie Energie haben, auf der anderen Seite, dass wir die erneuerbare Energie noch stärker und noch intensiver ausbauen. Oberösterreich steht was die erneuerbare Energie betrifft inklusive der Großwasserkraft recht gut da. Wir sind bei der erneuerbaren Energie inklusive der Kleinkraftwerke auf der Überholspur, aber es ist noch sehr, sehr viel zu tun.

Es ist heute schon mehrfach angesprochen worden das neue nicht zu unserer Zufriedenheit und zur Zufriedenheit der erneuerbaren Energie gestaltete Ökoenergiegesetz, das in der Regierung erst beschlossen wurde und jetzt noch im Parlament diskutiert wird. Und wir müssen die - und da glaube ich, da sind wir uns einig mit Landeshauptmann Dr. Pühringer, dass

wir in Oberösterreich unseren Weg weitergehen müssen was die Energiepolitik betrifft, dass wir Zusammenschlüsse, Kooperationen dort anstreben, wo dieser Weg gewährleistet ist, ob sie jetzt "Ösl" oder "Wösl" oder wie immer die westösterreichische Lösung heißt, oder "Rösl". (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Es gibt auf jeden Fall Brösel!") Es gibt auf jeden Fall Brösel.

Um zurückzukommen auf meinen Einleitungssatz: Es ist für mich eigentlich unverständlich, dass man in dieser wirklich mehr als bewegten Zeit, wo sehr, sehr viel auf dem Spiel steht, wir wissen ganz genau, dass nicht nur die Arbeitsplätze in den Energieunternehmen gefährdet sind oder neu organisiert werden und gesichert werden müssen, sondern dass die Energie ein ganz wesentlicher Pfeiler für unsere Wirtschaft ist, für unsere Industrie ist, für unsere Arbeitsplätze ist und dass wir in dieser Zeit, um es salopp zu sagen, die Fetzen fliegen, dass man als Energieminister eines doch kleinen Landes die Geduld und die Ruhe hat hier zuzusehen, wie schwer sich einzelne Landesunternehmen mit einer Kooperation tun.

Wir haben mit der Vorlage der Landesregierung, und das ist eigentlich der Kern, der Regierung die Möglichkeit gegeben schnell zu handeln, das Nötige einzuleiten, auch mit einem sehr hohen Geldbetrag Handlungsfähigkeit beweisen zu können. Und ich denke, mit dem Beschluss, den wir heute mit diesem Pouvoir, das wir der Landesregierung geben durch diesen Beschluss, haben wir die Möglichkeit aktuell bei den Verhandlungen dabei zu sein und die beste Lösung für Oberösterreich zu finden. Ich bin enttäuscht, dass wir dieses Zuwarten des Verbundes in Kauf nehmen müssen, aber möglicherweise macht es die Einigkeit in Oberösterreich dadurch stärker, jedenfalls die Linz AG und die Energie AG haben vorgezeigt, wie so etwas funktioniert. Und ich bin sicher, dass wir den Weg erfolgreich zu Ende gehen werden. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Präsidentin Weichsler.

Abg. Präsidentin **Weichsler:** Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Präsidentin! Wir haben heute eine Ermächtigung der Landesregierung zu beschließen, unseres Landeshauptmannes, weil es in den vergangenen Tagen und Wochen zu einer äußerst turbulenten Szenerie in der österreichischen Stromlandschaft gekommen ist. Und vielleicht können Sie sich erinnern, ich habe im vergangenen Jahr anlässlich der Budgetdiskussion schon einmal gesagt, dass die Sache nicht so einfach gegessen ist wie wir uns das alle vorstellen. Und ich will jetzt nicht diese ganze Geschichte Revue passieren lassen, warum, was, wer, wie da dazu beigetragen hat, dass wir heute dastehen und versuchen diese Ermächtigung an die Regierung zu geben, damit wir zu einer vernünftigen Lösung in Oberösterreich kommen, und ich sage es auch ganz bewusst dazu, ihr wisst, ich komme aus dieser Branche, einer gescheiterten Lösung für Österreich kommen, eine ordentliche Stromlösung für Österreich, für Oberösterreich. Wir brauchen eine ordentliche Stromlösung für unsere Konsumentinnen und Konsumenten, wir brauchen es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Unternehmen und dazu stehe ich und entsprechend hat auch die zukünftige Lösung auszuschauen. Wir sind auch mit dabei, dass heute diese Ermächtigung ausgesprochen wird. Ich sage aber auch eines ganz bewusst dazu, zuerst machen wir jetzt einmal unsere Hausaufgaben in Oberösterreich, das ist dringend notwendig, und hier eine klare Positionierung. Und ich halte diese Lösung heute, so wie wir sie jetzt beschließen, für gut, um zu zeigen, wir sind stark in Oberösterreich und wir können gemeinsam auf eine Lösung hinarbeiten.

Ich sehe aber noch eines dazu und das darf ich bitte auch dazu sagen, Oberösterreich ist in der Stromlandschaft nicht nur Linz und Energie AG alleine, denn sehr schnell haben wir fest-

stellen müssen in Steyr, in den Ennskraftwerken, dass man, um sich also seine Pfründe sozusagen zu sichern, sehr wohl die Ennskraftwerke als gewisses Pfand hergegeben hätte. Das ist auch nicht fair. Dann von allen einzufordern, dass wir zusammenstehen, da erwarte ich mir auch also etwas anderes dazu. Und ich sage es auch ganz bewusst in einer Hinsicht, weil es wirklich gelungen ist, Gott sei Dank, dass man diesen Passus mit den Ennskraftwerken mit hinein gegeben hat, denn wir kennen die Diskussionen und das was schon alles festgeschrieben worden ist, mit welcher rechten Hand man das schlicht und einfach verspielt hätte, um hier also zu einer vernünftigen Lösung zu kommen.

Wir brauchen dann sofort, und das erwarte ich mir vom Herrn Landeshauptmann, ein sofortiges Gespräch auch wieder innerhalb dieser Gruppe, innerhalb Oberösterreichs, die auch in den letzten Tagen getagt hat. Und wir erwarten uns auch eines, dass wir nicht schon wieder irgendwelche Ankündigungen in den Zeitungen stehen haben, so wie wir das heute auch alle mitsammen gelesen haben, dass sich zum Beispiel die TIWAG bei uns einkaufen möchte. Wir stehen für alle Dinge offen und wir glauben, dass wir vernünftig darüber diskutieren müssen, aber Ankündigungen alleine über die Zeitung, das ist für mich bitte etwas, das kann man in einer Seitenblickgesellschaft machen. Eine ordentliche Stromlösung brauchen wir in Oberösterreich und wir brauchen einen korrekten Umgang miteinander, und den erwarte ich mir hier herinnen auch. Dazu sind wir bereit, aber dazu haben wirklich alle mitzuarbeiten und nicht nur von einer Seite eingefordert zu werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist höchste Eisenbahn, dass etwas passiert (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Sonst passiert etwas!"), und es ist höchste Eisenbahn (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Sonst passiert etwas, habe ich gesagt!") ja, passiert ist genug, da gebe ich dir Recht, sonst passiert etwas, und es ist auch höchste Eisenbahn, dass man dem Minister Bartenstein endlich einmal sagt, und da bin ich bei dir Gunther, dass es so nicht gehen kann, dass man sich zurücklehnt. Und ich habe das also dort schon gesagt, wer hat denn den längeren Atem? Erinnert euch zurück, wird es der Herr Minister sein oder wird es der Verbund sein oder sonst irgendein Energiemanager in Österreich, und genau so ist es jetzt auch daher gekommen. Wir haben alle, glaube ich, ein bisschen damit rechnen können. Und insofern hoffe ich jetzt, dass man wirklich zu einer vernünftigen Lösung in den nächsten Tagen kommen wird.

Und wenn vorhin immer wieder diskutiert worden ist, aus dieser Geschichte sollte bitte die parteipolitische Resonanz oder die parteipolitischen Meinungen heraußen bleiben, ich wäre sehr dafür. Nur das, was ich mit den Ennskraftwerken angesprochen habe, ist bitte nichts anderes gewesen, und jetzt will ich euch gar nicht da drüben unterstellen, dass ihr euch das vielleicht alle mitsammen ausrechnen könnt, es war nicht der Herr Landeshauptmann persönlich, das unterstelle ich ihm nicht, da gibt es andere, die im Hintergrund arbeiten und sehr wohl versucht haben, eine parteipolitische Lösung zu machen, die auf unserem Rücken ausgetragen worden wäre. Und das erwarte ich mir in Zukunft auch nicht mehr, sondern eine gemeinsame Arbeit, damit wir also eine ordentliche Lösung zusammenkriegen, mit der wir wieder alle vernünftig leben können. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Man stelle sich vor, es herrscht der Markt, der Markt auch in der Energiewirtschaft, dann wird sich das was also in Enns derzeit sich abspielt betreffend 162, 132, 102 oder 50 bis 60 Mitarbeiter, wie diskutiert wird, relativ blitzartig erübrigen. Relativ blitzartig erübrigt sich auch in der Energie AG oder Linz AG einiges was vielleicht noch an entsprechenden Rückstellungen

für Pensionen gesichert ist. Vielleicht würden die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher dankbar sein, wenn wir plötzlich Marktzustände auch in der Energiewirtschaft haben würden. Denn der Strompreis könnte alleine in einem Betrieb laut der Information nach Maßnahmenverbund um rund 20 Prozent in den Produktionskosten gesenkt werden. Und man könnte ja auch diesen Vorteil einmal weitergeben, weitergeben an jene, die tatsächlich einen niedrigen Energiepreis brauchen, weitergeben an jene, die wir dann auf der anderen Seite über Sozialabteilung und sonstige Maßnahmen wieder unterstützen müssen, weil wir keinen Markt zulassen, weil wir einen viel zu hohen Strompreis haben. Warum reden wir nicht über diese gar nicht soziale Maßnahme, dass wir hier keinen Markt zulassen, dass es weiterhin Gebietsabsprachen entsprechend kartellrechtsähnliche Absprachen gibt in der Energiewirtschaft in Österreich?

Unser Ziel war doch ein anderes, eine ordentliche österreichische Lösung schaffen, damit aber auch einen sauberen kostengünstigen Strom für unsere Bevölkerung anzubieten und nicht wiederum in die alte Politikstrategie zwischen so genannter rot dominierter oder schwarz dominierter Energiewirtschaft zurückzufallen. Wenn wir das neuerlich beginnen mit den Auswirkungen, die wir in den 90er-Jahren in verschiedensten Bereichen bereits sehr deutlich zu spüren bekommen haben, dann werden wir alle draufzahlen, die Unternehmen werden draufzahlen und der Stromkunde wird draufzahlen.

Mich überrascht die Entscheidung nicht, dass also nicht das aufgegangen ist, was wir alle miteinander erwartet haben. Denn wenn da mehrere Punktationen nebeneinander beschlossenen, unterzeichnet, gefertigt werden und dann sitzen die Direktoren gleichzeitig wieder als Aufsichtsräte in der anderen Gesellschaft, wo also dann gegen ihre eigene Punktation ein Beschluss gefasst werden sollte, ja bitte, das ist nicht überraschend, dass es nicht so ausgegangen ist. Das, was jetzt eintritt, ist etwas, was für mich als Freiheitlicher alles andere als neu ist. Punkt eins: Linz AG und Energie AG sollen noch enger zusammenarbeiten. Ich kann Ihnen die Anträge, ich glaube, der älteste ist etwa zehn Jahre alt, bereits zeigen, wo wir genau das gefordert haben. Punkt zwei: Der Uraltantrag Energie AG börsereif zu machen und einen Börsegang durchzuführen, wird jetzt zwangsweise kommen müssen, denn die 475 Millionen Euro, die wir als oberösterreichische Steuerzahler aufzubringen haben, werden wir natürlich refinanzieren müssen, in dem wir an die Börse gehen. Auch ein Antrag, den die Freiheitlichen bereits vor über zehn Jahren eingebracht haben.

Ich glaube, dass also hier zwei Dinge ganz wesentlich sind, Punkt eins: Raus mit der Parteipolitik in der Energiewirtschaft. Punkt zwei: Unser Unternehmen, unsere Unternehmungen müssen weiter topfit bleiben, ja am besten sie sind topfit für die Zukunft und umso besser unser Unternehmen aufgestellt wird, umso mehr profitieren wir mit dem Unternehmen und umso mehr profitieren auch die Stromkunden in Oberösterreich mit einem günstigen Strom, und das würde ich mir wünschen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse über den Antrag zur Dringlichkeit abstimmen. Wenn Sie der Dringlichkeit zur Beilage 838/2006 zustimmen, bitte ich Sie um einen Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Wir haben damit die Dringlichkeiten abgearbeitet. Ich teile Ihnen mit, dass schriftliche Anfragen eingelangt sind, Kopien und auch zwischenzeitlich eingelangte Beantwortungen haben Sie auf Ihren Plätzen oder in Ihrem Computer.

Wir beginnen nun mit der aktuellen Stunde mit dem Thema "Rekordarbeitslosigkeit auch in Oberösterreich, Maßnahmen für eine beschäftigungswirksame Wirtschaftspolitik". Ich erteile dem Herrn Klubobmann Dr. Karl Fraiss als Sprecher des antragstellenden Klubs das Wort.

Abg. **Dr. Frais:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann über manche aktuelle Stunden diskutieren inwieweit sie vielleicht aus unterschiedlicher parteipolitischer Situation heraus ein Thema vorgeben. Ich glaube, dass wir aber heute die Initiative der Sozialdemokraten eigentlich als einen Auftrag für alle hier in diesem Haus sehen sollen. Ich steige in diese aktuelle Stunde mit meinem Beitrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, anders ein als Sie es vielleicht erwartet hätten. Wenn wir in Österreich zwischen 370.000 und 380.000 Arbeitslose oder Menschen ohne Erwerbsarbeit haben und in Oberösterreich zwischen 48.000 und 49.000 Menschen ohne Erwerbsarbeit, dann ist das ein Faktum, ein Faktum in der Richtung, dass es seit 1945 in dieser Größenordnung noch nie so viele arbeitslose Menschen gegeben hat. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren! Was erwarten die Menschen draußen von uns? Sie erwarten zweifelsohne Maßnahmen, dass diese Arbeitslosigkeit verbessert wird, dass ihr persönliches Schicksal von uns als Politikern bereinigt wird. Und deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Einladung an Sie: Wir haben einen gemeinsamen Auftrag aus der oberösterreichischen Landesverfassung heraus. Sie umschreibt ganz klar, was wir zu machen haben in den Staatszielbestimmungen. Nämlich das Land Oberösterreich ist bestrebt, der Bevölkerung ausreichende Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten zu sichern, um das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen. Dem dienen insbesondere Maßnahmen zur Stärkung und Entfaltung einer leistungsfähigen, nachhaltigen und sozialen Marktwirtschaft, die Vorsorge für eine hochwertige Infrastruktur und die Förderung der Forschung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist unser Auftrag. Und dass die bisherigen Rezepte nicht funktioniert haben, ist ganz offensichtlich. Man hat uns belächelt, meine Damen und Herren, als wir da herinnen gesagt haben: mit Ausverkauf auf Bundesebene und trotz 58 Belastungsmaßnahmen war es nicht möglich, eine Arbeitslosigkeit zu erzielen, die zwar in Oberösterreich deutlich besser als auf Bundesebene ist, aber trotzdem auch in Oberösterreich in Rekordhöhe sich befindet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist einfach so nicht mehr verantwortbar. Überlegen Sie sich bitte Folgendes: Wenn von 48.124 Menschen ohne Erwerbsarbeit in Oberösterreich 10.648 Jugendliche waren und 5.872 über fünfzig, dann wissen wir, dass Schulungsmaßnahmen allein nicht reichen, weil sie Überbrückungsmaßnahmen sind, aber es auch nicht das Ziel sein kann, durch Schulungsmaßnahmen wirtschaftliche Maßnahmen zu ersetzen.

Sie haben dasselbe Problem bei den Menschen, die über fünfzig sind. Man braucht sich nur die Prozentsätze anschauen. Wir laufen Gefahr, dass diese Menschen in eine Altersarmut hineinsteuern. Hinaufgesetztes Pensionsalter, gleichzeitig aber auf der anderen Seite keine Betriebe, die sie einstellen. Sollen wir sie schulen, meine Damen und Herren, mit sechzig? Ist das zumutbar, ist das ein humanistischer Denkansatz, wie wir auf Menschen zugehen? Ist es für die Jugend eine Perspektive, wenn wir sie im Grunde letztendlich in Schulungsmaßnahmen erhalten? Oder sollten wir ihnen nicht andere Perspektiven geben? Ist nicht die soziale Marktwirtschaft mehr als nur eine Anpassung in bestimmten Bereichen an den Neoliberalismus?

Meine Damen und Herren, schöne Worte können wir viele finden. Entscheidend wird sein, wie wir in den ganz pragmatischen Abläufen in diesem Haus herinnen uns nicht nur mit Worten sondern mit Taten entscheiden. Und ich halte es geradezu nicht mehr aus, meine sehr

verehrten Damen und Herren, es kommt mir die Galle hoch, wenn ich dieses Vokabular dieser Neoliberalen höre, wenn von börsenfit die Rede ist, wenn ich im Wesentlichen nur noch höre, dass Abbau von Menschen im Grunde dringend ist, dass Menschen durchgefüttert werden müssen. Alles das ist eine Sprache, die dann nachgeplappert wird, wo letztendlich, meine Damen und Herren, und da unterstelle ich vielen überhaupt nichts, viele gar nicht wissen, wovon sie gesprochen haben.

Ich sage eine Forderung klipp und klar. Wir müssen als eine Gesellschaft, die an Menschen zu denken hat, wieder den Weg gehen, dass wir statt börsenfit beschäftigungsfit werden müssen in diesem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall) Das muss unser Ziel sein, auf das wir uns hinzubewegen haben.

Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wiederum eine neue Definition der Wirtschaftspolitik vorzunehmen. Es kann nicht so sein, wie wir es gerade gehört haben, einen Energieminister in diesem Land zu haben, der gar nicht weiß, dass er eigentlich Energieminister ist, der am Vormittag nicht weiß, ob er Minister und am Nachmittag nicht weiß, ob er Eigentümerversprecher im Verbund drinnen ist. Solche Verlegenheitslösungen wie jetzt in diesen letzten Tagen sind ja nicht mehr überbietbar.

Mein viel höherer Anspruch geht ja noch einen Schritt weiter. Es kann auch nicht mehr sein, und wir werden mit Nachdruck das erklären, dass Wirtschaftspolitik jene Art der Erleichterung wirtschaftlicher Voraussetzungen ist, die die Wirtschaft als Lobbyist vorgibt. Es muss auch wieder einen politischen Rahmen geben, meine sehr verehrten Damen und Herren, da sind auch Spielregeln, in dem sich die Wirtschaft zu bewegen hat. Über die kann man diskutieren, über die kann man reden. Eine Ideologie ohne Spielregeln, ohne Rahmenbedingungen, wo der Mensch keine Rolle mehr spielt, sondern wo nur noch die Wirtschaft ihre Vorteile herausholt, das ist nicht Wirtschaftspolitik, sondern das ist im Grunde der freie Markt, der freie Wettbewerb, das ist das Füllen der Taschen jener weniger Machthabenden, die über die Finanzwirtschaft zu ihrem Geld kommen. Das kann kein Prinzip sein, meine Damen und Herren, auch nicht in Oberösterreich.

Und da müssen wir sagen, was wollen wir machen. Wir werden uns darum zu bemühen haben. Und um diesen Schulterchluss ersuche ich alle hier herinnen, dass es nicht sein kann, dass man sich mit hundert Millionen Euro Gewinn, wie zuletzt bei der Post, im Fernsehen ganz groß hinstellt und zugleich erklärt, das sei zurückzuführen auf vier Prozent weniger Personal, und damit ist man börsenfit.

Diesen Widerspruch, meine Damen und Herren, wird man letztendlich nur dann klären können, wenn Beschäftigung Vorrang hat. Wir erklären, jawohl, Betriebe sollen positiv laufen. Wir wollen keine Negativbetriebe haben, aber eines kann nicht sein: dass die Gewinnmaximierung, die Dividendenmaximierung, dass das alles nur noch in wenige Taschen verschoben wird, andere arbeitslos werden und letztendlich dann die Gemeinschaftseinrichtung Staat, alle Gebietskörperschaften zusammen, letztendlich dann zur Solidarität verpflichtet werden. Nein, meine Damen und Herren, wir brauchen eine neue Solidarität der Gerechtigkeit, eine Solidarität der gerechten Verteilung, dass dort, wo das Geld erwirtschaftet wird, auch gerecht so verteilt wird, dass letztendlich auch wieder neue Beschäftigung geschaffen werden kann. (Beifall)

Wir begrüßen daher, dass in Oberösterreich ein Beschäftigungsprogramm gemacht worden ist. Es muss nur jetzt rasch umgesetzt werden. Wir werden es vielleicht auch noch verstärken müssen, meine Damen und Herren. Wir brauchen eine Investitionsförderung bei den

Unternehmen, eine wachstumsfreundliche Steuerreform sowohl für die Klein- als auch die Mitteleinkommen. Wir brauchen aber auch eine steuerliche Entlastung für die Klein- und Mittelbetriebe, auf denen sehr, sehr viel Verantwortung, was Beschäftigung und Arbeitsplatzsicherheit betrifft, lastet. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, meine Damen und Herren, alleine wird es nicht schaffen. Sie ist notwendig, dringend notwendig. Aber wir brauchen eines: die Struktur der Wirtschaft muss wieder so gestaltet werden, dass das erwirtschaftete Geld auch zu einem großen Teil wieder denen zukommt, die an der Erwirtschaftung mitgewirkt haben und nicht denen, die die Finanzmittel in der Hand haben und im Sinne des VerwertungsKapitalismus ihre Taschen damit gefüllt haben.

Meine Damen und Herren! Ich ersuche Sie, und das ist der Sinn unserer heutigen aktuellen Stunde, wir wollen mit Ihnen den Schulterchluss suchen. Wir wollen diesen mit Ihnen in ganz praktischen Fragen, wenn es um Konkretes geht, dass Sie uns nicht sagen, weil das Bundeslinie ist, geht das so nicht. Können wir uns vielleicht darauf verständigen, dass wie bei einer Sozialverträglichkeitsprüfung, wie bei einer Umweltverträglichkeitsprüfung, das Land Oberösterreich einen Schritt vorausgeht und vor seinen Maßnahmen eine Beschäftigungsprüfung macht. Dann glaube ich, hätten wir einen gemeinsamen Schulterchluss im Interesse der oberösterreichischen Bevölkerung. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als nächstem Redner erteile ich Mag. Michael Strugl das Wort.

Abg. **Mag. Strugl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur so als Einstieg, Karl, die Aussage, dass das Geld, das erwirtschaftet wurde, denen auch dann zufließen soll, die das getan haben, ist grundsätzlich richtig, das unterschreibe ich auch und ist bemerkenswert vor dem Hintergrund der ganzen Diskussion um die AMAG, wenn ich an die SPÖ denke. Das möchte ich nur am Rande bemerkt haben. (Beifall. Unverständliche Zwischenrufe) Naja, es ist ja interessant, wie sich Taten und Worte manchmal widersprechen können. (Unverständliche Zwischenrufe) Ich weiß, es ist nur scheinbar so. Es scheint nur so zu sein.

Zweitens: Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, Karl Fraiss, hast du gesagt, 48.000 bis 49.000 Arbeitslose in Oberösterreich. Ich sage nur, offizielle Arbeitsmarktstatistik Februar 2006 in Oberösterreich 38.263. (Unverständlicher Zwischenruf) Ja, genau ich komme auf das noch zurück. Davon 25.323 Männer, 12.940 Frauen. Das ist natürlich zu viel. Deswegen sage ich auch, dass wir es begrüßen, dass wir im Rahmen einer aktuellen Stunde über dieses Thema hier reden und ich bin da der SPÖ durchaus dankbar, dass sie heute diese aktuelle Stunde beantragt hat. Denn für uns ist es einfach in der Sache wichtig. Was ich ablehne ist, wenn man es, weil halt zum Beispiel heuer ein Wahljahr ist, in einen Wahlkampfkontext stellen würde.

Es ist ja interessant, es hat auch im Nationalrat dieses Thema gegeben als eigenes dringliches Thema am 13. Februar, auch von der SPÖ beantragt. (Unverständlicher Zwischenruf) Das glaube ich Ihnen gerne, dass Sie sich Sorgen machen. Interessant ist in dem Zusammenhang nur, warum hat dort kein einziger Abgeordneter aus Oberösterreich das Wort ergriffen bei dieser Debatte, wenn Sie sich so Sorgen machen. Es hat nämlich weder der Metallergewerkschafter Schopf noch der voest-Betriebsrat Keck, noch die AMS-Chefin aus Braunau Hagenhofer noch der Herr Krist, auch Gewerkschafter, dort das Wort ergriffen. Also da sind sie stumm geblieben. Wenn das so ein großes Anliegen ist, dann hätten sie eigentlich konsequenterweise dort auch reden müssen. (Unverständlicher Zwischenruf) Ja eh. Aber es ist ja auch vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Haider vor dieser Sondersitzung gesagt worden, ja weil wir uns über dieses Thema wirklich Gedanken und Sorgen ma-

chen. Und das glaube ich Ihnen auch. Nur auch da passt das wieder nicht zusammen, was man sagt und was man tut.

Nächster Punkt. Mir ist sehr wichtig, dass man das Thema wirklich auch von allen Seiten beleuchtet und es nicht, wie gesagt, einer Wahlkampfretorik überlässt. Natürlich kann man sagen im Titel "Rekordarbeitslosigkeit" und dann müsste man normal dazu sagen, was meint man damit. Wir wissen, und darum habe ich das auch eingangs deutlich gesagt, dass insgesamt die Arbeitslosigkeit eine ansteigende ist, weltweit, und dass das natürlich etwas ist, worüber wir uns Gedanken machen müssen und wo wir vor allem etwas tun müssen. Sie sollten aber auch wissen, dass es erstens in früheren Jahren prozentuell eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit gegeben hat, auch in Oberösterreich, also insofern hätte ich es sehr begrüßt, wenn man auf diese Formeln, die eher, sage ich einmal, aus der parteipolitischen Diskussion stammen, verzichtet hätte. Man muss auch dazu sagen, dass die gut 38.000 Menschen ohne Beschäftigung, von denen ich noch einmal dazu sage, dass das eine Zahl ist, mit der wir uns nicht abfinden werden, dass es aber trotzdem mehr als 2.000 weniger sind als im Vormonat. Das heißt, es gibt hier auch eine Entwicklung. Und die Entwicklung ist so, dass sie sich im letzten Monat verbessert hat. (Unverständlicher Zwischenruf) Bitte. 2.750, wenn man dem AMS Glauben schenken darf, aber bitte schön, eine offizielle Statistik zweifle ich nicht an, das bleibt der Sozialdemokratie vorbehalten. Ich berufe mich. (Unverständlicher Zwischenruf) Naja das sind offizielle Zahlen, Entschuldigung. Wenn wir über das auch noch diskutieren, ob es stimmen kann, dann hört es sich irgendwann auf meiner Meinung nach. Das ist eine offizielle Statistik. Sie haben ja selber in Ihren Reihen auch Abgeordnete, die aus dem AMS kommen und dort beschäftigt sind. Vielleicht fragen Sie die einmal, ob die jeden Tag die Zahlen fälschen. Ich glaube es nicht. Aber bitte schön, das ist ein weiterer anderer Punkt.

(Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Weil mehr in Schulung sind!") Ja, danke Karl, für diesen Hinweis, es sind mehr in Schulung. Das ist ein ganz interessanter Punkt, denn eigentlich sind wir immer davon ausgegangen, dass die Schulungen als Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik positiv (Zwischenruf Abg. Winterauer: "Positiv!"), ja genau, etwas Positives sind und dass wir das auch brauchen, weil ja wir die Leute, die wir wieder zurückhaben wollen im Arbeitsmarkt und in Beschäftigung bringen wollen, in den allermeisten Fällen durch Schulungs- und Qualifikationsmaßnahmen eine bessere Chance in der Zukunft haben, dass sie dort wieder integriert werden können. Also ich glaube, dass das nicht bestreitbar ist. Insofern muss man einmal sagen, das ist etwas grundsätzlich Positives. (Zwischenruf Abg. Winterauer: "Aber sie sind ohne Beschäftigung!") Unverständliche Zwischenrufe) Aber dann möchte ich, wenn wir schon so diskutieren, ich bin dazu bereit, wir haben insgesamt in Oberösterreich derzeit 9.861 Personen in solchen Maßnahmen und ich bin dem Landesrat Sigl dankbar dafür, dass es so viele sind, weil da können wir diesen Leuten eine Chance geben und das Land nimmt Geld dafür in die Hand und das ist positiv und zu begrüßen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall)

Das gilt auch für die Bundesebene. Wir haben bundesweit 58.940 Personen, die in Schulungsmaßnahmen sind, weil hier zusätzliche Programme laufen, meine sehr geehrten Damen und Herren, um genau das zu tun, was Sie ja immer wieder fordern, nämlich Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Jetzt möchte ich aber noch etwas dazu sagen. Man müsste aber fairerweise auch, wenn man das schon so sieht, dann muss man aber fairerweise auch dazu sagen, diejenigen Menschen, die eine Wiedereinstellungszusage haben, die müsste man dann aber eigentlich herausrechnen aus der Statistik. Das wäre dann eigentlich auch sehr konsequent, denn die

haben ja beispielsweise in Branchen, die saisonalbedingt im Winter zum Beispiel keine Arbeit haben, aber denen vom Betrieb gesagt wird, gut, du kannst wieder kommen dann und dann und bis dorthin bist du sozusagen in der Arbeitslosigkeit, dann müsste man eigentlich sagen, das sind eigentlich nicht Arbeit suchende Menschen, denn die wissen, dass sie dort wieder in Beschäftigung gehen.

Also wenn man das schon so betrachten will, dann müsste man auch den Faktor Wiederbeschäftigungs- oder Einstellungszusage abziehen. Wenn man sich das saldiert, dann kommt eigentlich auch eine interessante Zahl heraus. Wir haben insgesamt in Österreich derzeit 311.694 vorgemerkte Arbeitslose. Wir haben, wie ich schon sagte, 58.940 Menschen in Schulungsmaßnahmen und wir haben 106.884 Menschen, die eine Wiederbeschäftigungs- oder Wiedereinstellungszusage haben. Das ist mehr als ein Drittel, und wenn ich es saldiere, dann kommt eigentlich, so gesehen, eine niedrigere Arbeitslosigkeit heraus. Also, ich bin bereit, auch eine solche Diskussion zu führen, wenn man sagt, naja rechnen wir das weg und das andere dazu, nur muss man dann wissen, dann ändert sich natürlich auch dieser Wert. Das könnte sich ja auch die SPÖ einmal durch den Kopf gehen lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Noch ein interessanter Punkt. Sie haben gesagt Rekordarbeitslosigkeit. Sie haben leider nicht dazu gesagt, und ich hab schon gesagt, es hat schon Jahre gegeben mit höherer Arbeitslosigkeit. Aber gut, ich weiß ja, dass ein Wahljahr ist. Aber Sie haben nicht dazu gesagt, wir haben auch eine Rekordbeschäftigung. Wir haben derzeit in Österreich 3.196.809 Menschen in Beschäftigung. Das ist Rekord. Das ist auch Rekord. (Beifall) Also bitte, dann sagen Sie halt das auch dazu. Und das ist deutlich mehr als vor genau einem Jahr, nämlich insgesamt um 42.678 Beschäftigungsverhältnisse mehr als im selben Monat im Vorjahr. Vielleicht sollte man das auch dazu sagen. Wir haben im Vergleich zum Jänner ein Sinken der Arbeitslosigkeit von 326.747 österreichweit auf die schon erwähnten 311.694. Das sind insgesamt mehr als 15.000 Menschen. (Unverständlicher Zwischenruf) Richtig, richtig! Und mir geht es ja nur drum, Herr Landesrat Kepplinger, dass man beide Seiten betrachtet, ja? Und das ist das, wofür ich plädiere.

Und was auch ganz interessant ist: die Arbeitslosigkeit sinkt in fünf Bundesländern, unter anderem auch in Oberösterreich. (Zwischenruf Abg. Prinz: "In Wien nicht?") In Wien nicht leider. In Wien steigt sie um 3,1 Prozent. Und wenn man sich das insgesamt anschaut, (Unverständliche Zwischenrufe) wenn man Wien wegrechnen würde, dann hätten wir österreichweit eine deutlich bessere Situation. Ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt, aber es ist so. Es ist ein Faktum, und daher würde ich sagen, das ist ja immerhin interessant, (Unverständliche Zwischenrufe) dass - ja genau, das sind diejenigen, die für das Bundesland zuständig sind - das kann ich mir schon vorstellen. Aber man muss das auch einmal zur Kenntnis nehmen, was hat sich denn hier abgespielt und wie wirkt sich das insgesamt österreichweit aus? Wenn Sie wollen, Herr Abgeordneter Winterauer, dann kann ich Ihnen auch diesbezüglich die Zahlen zur Verfügung stellen. Die haben in den letzten vierzig Jahren, was wirklich erstaunlich ist, weil in den anderen Ländern ist das anders, weniger Arbeitsplätze als wie beispielsweise im Jahre 1965. Da gab es in Wien 767.707 Arbeitsplätze und im Jahr 2004 753.516. Das gibt es wirklich nur in Wien. Während man in Österreich im selben Zeitraum insgesamt um 34 Prozent mehr Arbeitsplätze hatte. Auch wenn Sie den Kopf schütteln, diese Zahlen stimmen. Und das muss man auch einmal sagen in diesem Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall)

(Zwischenruf Abg. Winterauer: "Gibt es auch Zahlen?") Nun! Ja natürlich, die wird Ihnen der Herr Landesrat Sigl dann erzählen, wir reden ja noch ein bisschen länger über dieses Thema

in diesem Haus. Ich möchte nur noch anfügen, weil Sie es ja auch gerade erwähnt haben, was tut denn der Schüssel und der Bartenstein zu diesem Thema. Ich möchte Ihnen das auch sagen: Es gibt seit Jänner eine Beschäftigungsinitiative, die heißt "Unternehmen Arbeitsplatz". In dieser Initiative werden insgesamt 225 Millionen Euro verwendet, um hier auch in der Beschäftigungspolitik zusätzliche Akzente zu setzen. Und insgesamt mehr als 60.000 Menschen sind diejenigen, denen das zu gute kommt. Und dazu gibt es noch Schwerpunkte, wie zum Beispiel Pflegeberufe, Frauensonderprogramm oder auch Jugendprogramm. Im zweiten Quartal, also April, Mai, Juni wird dieses Programm zum Vollausbau kommen und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind Taten. Also, nicht mit Dora - Daten, die habe ich schon erzählt, sondern Taten mit hartem T. Und ich glaube, das muss man auch in der Diskussion sagen. Wenn man nämlich Österreich international betrachtet mit unserer Rekordarbeitslosigkeit, die - und das sage ich noch einmal - ein ernstes Thema für uns ist, und deswegen werden wir beispielsweise auch diesen Antrag mitbeschließen, ist Österreich europaweit nach einer Statistik der Eurostat, ich hoffe, die ist einigermaßen glaubwürdig für Sie, insgesamt an fünfter Stelle, was die Beschäftigungssituation betrifft. Vor uns sind Irland, Dänemark, Niederlande und Großbritannien, dann kommt Österreich. Wir sind deutlich im Schnitt unter den EU-Fünfzehn mit 5,2 nach Eurostat-Methode und Österreich 7,2 und die EU 8,5 Prozent Arbeitslosigkeit. Und ich will jetzt gar nicht wieder den Vergleich mit Deutschland strapazieren, weil ich weiß, das wollen Sie nicht, aber trotzdem gibt es dort fünf Millionen Menschen, die leider Gottes arbeitslos sind und insofern steht Österreich so schlecht nicht da. Das möge man bitte auch fairerweise in der Diskussion berücksichtigen.

Und wenn Sie es schon nicht so sehen, andere sehen das sehr wohl so. Wenn ich beispielsweise ausländische Medien lese. Ich weiß nicht, z.B. möchte ich Ihnen anbieten den Stern. "Warum Österreich Spitze ist?" oder wenn Sie es ein bisschen intellektueller haben wollen, Neue Züricher Zeitung "Österreich - ein Erfolgsmodell", oder noch eine Spur anspruchsvoller, Frankfurter Allgemeine Zeitung "Der Charme des österreichischen Modells". Also, hier wird anerkannt im Ausland, dass Österreich hier einen guten Weg geht in einer insgesamt internationalen natürlich schwierigen Phase, das sei dazu gesagt. Und auch Experten, ob das - wenn Sie wollen, kann ich Ihnen einige zitieren - Werner Sinn, Chef des deutschen IFO-Institutes, sagt, "die Entwicklung Österreichs ist wirklich beeindruckend". Oder - der einzige deutsche Wirtschaftsnobelpreisträger Reinhard Selten - der heißt so - "Deutschland sollte von Österreich lernen". Also! Oder - den internationalen Währungsfonds, der gesagt hat, "ein strategischer Wandel in der Politik hat Österreich zu einem europäischen Vorzeigeland gemacht". Ich meine, das sind keine ÖVP-Politiker, sondern das sind Experten! (Unverständliche Zwischenrufe) Und auch wenn Sie, das weiß ich nicht, ich habe ihre Religion nicht hinterfragt, aber in ihrem Fachgebiet sind sie angesehen, und insofern glaube ich, hat ihr Wort durchaus auch Gewicht.

Also zusammenfassend die Beschäftigungssituation im Bund ist so, dass natürlich Arbeitslosigkeit in einem Ausmaß da ist, das uns dazu anhält, dass wir hier aktiv sein müssen. Es ist aber tatsächlich so, dass erstens einmal hier Programme genau aus diesem Grund in Angriff genommen wurden und dass es zweitens natürlich auch mehrere Seiten und Facetten dieses Themas gibt.

Was Oberösterreich betrifft, möchte ich hier noch einmal anfügen: Sie wissen, dass Oberösterreich im Jahresdurchschnitt 2005 schon das sechste Mal hintereinander das Land mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit gewesen ist. Wir haben aber trotzdem eine Situation, wo wir gesagt haben, wir müssen hier trotzdem zusätzliche Maßnahmen setzen, auch wenn wir hier führend sind. Sie wissen, dass die Beschäftigung ganz massiv auch unterstützt wird durch eine hohe Investitionsquote des Landesbudgets. Wir haben regionale Beschäftigungseffekte

von mehr als 10.000 Arbeitsplätzen pro Jahr. Es ist ja kein Zufall, dass Oberösterreich besser ist als die anderen Bundesländer. Und ich glaube, dass das auch schon zu greifen beginnt. Wir haben auch im Februar eine im Vergleich zum Jänner bereits leicht rückläufige Arbeitslosigkeit. Wir haben miteinander in diesem Haus ein Konjunkturpaket beschlossen, wo Bauprojekte vorgezogen werden, vor allem im Schul-, Kultur- und Sozialbereich und beim Hochwasserschutz. Und auch die Landesbetriebe haben Investitionen vorgezogen. Das Land selber mit knapp 100 Millionen Euro, die hier auf den Weg gebracht wurden und die Landesbetriebe noch einmal mit nicht ganz 180 Millionen Euro. Und dazu kommen 140 Millionen Euro im Budget von Viktor Sigl für aktive Arbeitsmarktpolitik. Gemeinsam mit dem AMS wird hier wirklich etwas getan. Und insofern sage ich, wenn ich sehe, dass im Februar es einen leichten Rückgang gibt um 0,3 Prozent, wir stehen jetzt bei 6,4 Prozent, der Bundesdurchschnitt bei 8,9 Prozent. Wenn ich sehe, dass der Rückgang in der Jugendarbeitslosigkeit sogar doppelt so hoch ist mit 0,6 Prozent minus. Und wenn ich auch sehe, dass vor allem die Arbeitslosigkeit bei den über Fünfzigjährigen auch in Oberösterreich eine deutlich bessere Situation ausweist als andere Länder, dann kann das so falsch nicht sein, was hier gemacht wird. Heißt aber selbstverständlich nicht, dass man sich zurücklehnen soll und die Hände in den Schoß legen, sondern ganz im Gegenteil.

Und wir tragen auch diesen Antrag mit. Er ist jetzt sozusagen eine gemeinsame Formulierung. Ich glaube ganz einfach, dass es wirklich notwendig ist, dass man hier einen Schulterschluss macht zwischen den Parteien. Deswegen tragen wir das hier auch mit. Ich bedaure in diesem Zusammenhang, als wir eine ähnliche Initiative gemacht haben zum Wirtschaftsstandort Oberösterreich, auch im Rahmen einer Landtagsdebatte und wir hier entsprechende Vorschläge gemacht haben in einem gemeinsamen Antrag, wo es vor allem darum gegangen ist, vor allem Forschung und Entwicklung und entsprechende Projekte, aber auch Qualifikations- und Schulungsmaßnahmen, die Gegenstand dieses Antrages gewesen sind, wie wir das hier eingebracht haben, hat es leider die SPÖ nicht mitgetragen. Das bedaure ich. Wir wollen das anders machen, wir tragen diesen Antrag, diesen Trägerantrag, mit im Rahmen dieser aktuellen Stunde. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Wir haben einen eigenständigen Antrag gemacht!") Ja, man kann eh das auch ein bisschen parteipolitisch diskutieren. (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Dr. Frais) Uns ist es recht, wenn es eine andere Fraktion einbringt und wenn das Sinn macht, dann stehen wir natürlich auch dazu. In diesem Sinn danke auch an die sozialdemokratische Fraktion, dass sie uns die Gelegenheit gibt, über dieses Thema hier zu reden und darzustellen, was alles geschieht in diesem Land, um dieses wichtige Thema auch zu bewältigen. Danke, Herr Landesrat Sigl und auch dem AMS für eine sehr erfolgreiche, aktive Arbeitsmarktpolitik. Ich danke auch dem Landeshauptmann, der mit einer klugen Budgetpolitik auch dazu beiträgt, dass die Beschäftigungssituation in Oberösterreich besser ist als in anderen Ländern. Und danke allen Oberösterreichern, die mit ihrem Fleiß und ihrer Tüchtigkeit zu diesem erfolgreichen oberösterreichischen Weg beitragen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Gunther Trübswasser.

Abg. **Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Fast wäre ich geneigt zu sagen, "and the Oscar goes", aber ich glaube an uns alle, die wir uns bemühen, das Beste herauszuholen aus der Situation. Geschätzte Damen und Herren, ich denke, über die Diagnose sind wir uns einig. Ich möchte nicht in diese Diskussion einsteigen, welche Prozente in welchem Vergleich mit anderen Bundesländern und anderen Ländern. Wir haben ein Problem in Oberösterreich, für das wir zuständig sind. So sehe ich einmal die Situation. Wir haben nicht die Möglichkeit, die Steuerlandschaft in Europa zu verändern. Wir haben nicht die Möglichkeit, die Weltwirtschaft maßgeblich zu beeinflussen. Aber wir haben

Möglichkeiten im eigenen Haus und wir haben Möglichkeiten auch Signale an andere höhere Instanzen weiterzugeben, an Europa, auch an Österreich.

Und lassen Sie mich eines sagen, was grundsätzlich die Tendenz in den letzten Jahren war, was die Steuerpolitik betroffen hat. So hat es ja fast einen Wettbewerb gegeben, welches Land die wenigsten Abgänge hat im Budget. Welches Land die niedrigsten Unternehmenssteuern hat. Es hat sich ein Wettbewerb entwickelt, um zu rationalisieren, um im öffentlichen Dienst möglichst schlanke Strukturen zu haben. Und was wir geerntet haben, ist eine sehr lahme Szenerie, was die Investitionen betrifft auf europäischer Ebene und teilweise Bilanzen oder Budgetabschlüsse in den einzelnen Ländern erzeugt, die wirklich besorgniserregend waren, was die niedrige Quote der Investitionen betroffen hat. Wir in Oberösterreich sind einen Weg gegangen, ganz bewusst die letzten Jahre schon, wo wir extrem viel investiert haben im Budget, wo wir immer wieder auch in Kauf genommen haben, auf Rücklagen zurückgreifen zu müssen, um eben entsprechende Investitionen machen zu können.

Meine Damen und Herren, lassen sie mich zwei Sätze sagen zu dieser Arbeitslosigkeit in Oberösterreich. Sie unterscheidet sich nämlich zu jener der früheren Zeiten in einem Punkt ganz wesentlich. Es haben Menschen mit schlechter Ausbildung, mit schlechter Schulbildung in diesem Umfeld der Arbeitslosigkeit heute viel weniger Chancen in den Arbeitsprozess eingegliedert zu werden als früher. Es gibt zu wenig Arbeitsplätze im ungelerten Bereich. Das ist unser großes Problem, deswegen die Schulungen, deswegen die besseren Qualifizierungen. Wir haben in der Diskussion um die 370 oder 375.000 Arbeitslosen in Österreich oder Oberösterreich eine Gruppe noch nicht genannt. Und ich will sie heute nur nennen und ersuchen, dass wir uns dieser Gruppe ganz besonders widmen. Das sind benachteiligte Menschen, ich nenne sie so. Das sind Menschen, nicht nur Jugendliche, sondern auch Erwachsene, die besondere zusätzliche Handicaps haben, um auf dem ersten Arbeitsplatz unterzukommen. Über diese verhältnismäßig kleine Gruppe, aber die ohne jede Chance ist, einen Arbeitsplatz zu finden, wird wenig gesprochen.

Geschätzte Damen und Herren, wir wissen ganz genau, dass wir in die neuen Technologien in Forschung und Entwicklung noch mehr investieren und aktiv sein müssen. Und jetzt verstehe ich nicht, dass wir einen Wirtschaftszweig, auf den Österreich stolz ist, die Umwelttechnik, die Zuwachsraten bis zu vierzig Prozent - wie die Fronius zum Beispiel haben - dass wir da eine Kontrapunkt setzen durch die Steuerpolitik des Bundes, durch das Öko-Stromgesetz, das dem genau entgegenwirkt. Und wir wissen alle, und das ist das traurige dran, dass es offensichtlich hier einen Schulterschluss zwischen den beiden Großparteien gegeben hat. Wir wissen alle, dass genau das jener Bereich ist, wo wir als kleines, innovatives Land punkten können. Und wenn wir aus dieser Misere herauskommen wollen, in der wir stecken, dass wir gewisse Sparten haben, wo es schwierig ist, Menschen unterzubringen, dann müssen wir wirklich die Innovation stärken, dann müssen wir dort unsere Vorteile suchen, wo wir sie jetzt schon sehen. Das ist unter anderem die Öko-Technik. Und hier, meine Damen und Herren, wird Oberösterreich sicher weiterhin seine Schwerpunkte setzen. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mir erlaubt die Grafik, die bereits Kollege Strugl zitiert hat, noch einmal mit herauszunehmen und sie Ihnen zu zeigen, die grünen Flächen sind jene Länder, die eine Arbeitslosigkeit nach Eurostat-Methode zwischen vier und sieben Prozent aufweisen: Das ist Irland,

Großbritannien, Dänemark, Schweden, Estland, Litauen, Slowenien und Österreich. Wir haben viel zu viele Arbeitslose. Aber in einer globalisierten Wirtschaft, in einem gemeinsamen Markt, Spitzenreiter zu sein, ist eine besondere Leistung. - Luxemburg habe ich vergessen, die grüne Fläche ist besonders klein - Wenn wir, wir sind zurückgefallen, marginal zurückgefallen, holen gleichzeitig wieder auf. Aber wenn wir schon die Statistik immer wieder strapazieren, dann erlaube ich mir auch, noch zwei statistische Daten hier zur Diskussion zu stellen. Wir haben mit Stand vom 8. Februar 2006 in Österreich 195.231 beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer. Und wir haben mit Stand 28. Februar 2006 genau 57.978 beschäftigungslose, arbeitslose Ausländerinnen und Ausländer in Österreich. Warum haben wir so ein Problem? Warum kämpfen wir so für restriktive Zuzugsbeschränkungen hinsichtlich der Osteuropastaaten? (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Jahn) Frau Kollegin Jahn, ich glaube, es wäre gut, uns dabei zu unterstützen, dass genau jene Fristen, die also die Freizügigkeit der Arbeitskraft weiterhin restriktiv vom österreichischen Arbeitsmarkt fernhalten, eingehalten werden. Denn, wenn wir uns vorstellen, dass es in Polen eine Arbeitslosenrate von 17,2 Prozent gibt. Dramatisch für Polen! Da gehört europäisch vieles verändert, dann wissen wir, was es bedeuten würde, wenn wir diese restriktiven Bestimmungen, dass der Arbeitsmarkt auch für polnische Arbeitssuchende in Österreich aufgemacht werden würde, bedeuten würde. Durch niedrige Lohnkosten über Personalleasing-Gesellschaften, jetzt schon teilweise möglich, wird unser Arbeitsmarkt unter einen Lohndruck kommen, wo ich einen Aufschrei und eine Geschlossenheit auch der Sozialdemokratie erwarte, dass der oberösterreichische und österreichische Arbeitsmarkt international geschützt werden, dass wir nicht überschwemmt werden von Billigarbeitskräften, wo unsere Unternehmerinnen und Unternehmer genauso wenig wie unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren. Wenn wir uns anschauen, wie wir international aber auch bei ganz wesentlichen Daten dastehen, so geht es doch um die Lohnstückkosten, hier sind wir wirklich äußerst Spitze, wir haben Lohnstückkosten, im Vergleich 1997 bis 2007 einen Zuwachs von 0,5 Prozent. Das bedeutet, die Produktivität in Österreich, für den österreichischen Standort, ist mehr als Spitze, wenn man sich anschaut, die Eurozone hat plus 1,3, EU-15 1,6 und die EU-25 jährlichen Lohnstückkostenzuwachs von 1,6 Prozent. Das bedeutet natürlich, genau das ist ein Parameter, wie schaut es aus in unserer Produktivität, sind wir international konkurrenzfähig oder sind wir es nicht? Niedrigere Zuwachsraten im Lohnstückkostenvergleich haben nur Deutschland und Litauen, damit wir auch einmal etwas Positives gegenüber Deutschland sagen, bei all den Schwierigkeiten, die Deutschland hat. Was uns besonders in Österreich auszeichnet, ist die Prognose in der Bauproduktion, wir zeichnen uns aus, dass wir besser sind als das gesamte Westeuropa, dass wir im Hochbau als auch im Tiefbau entsprechende Investitionen tätigen, die Arbeitsplätze tatsächlich schaffen, die eine Infrastruktur geben werden, dass wir wirtschaftspolitisch auch in der Zukunft Spitze sein können. So hat etwa die österreichische Bauwirtschaft profitiert in den Jahren 2006 bis 2008 vor allem von einer erhöhten Nachfrage nach Tiefbauleistungen, etwa die transeuropäischen Netze, etwa der Straßenbau, der bei uns in Österreich so forciert wird. Trotzdem freut es mich, wenn die Abgeordneten diese Landtags nunmehr die Landesregierung auffordern, mit dieser Resolution noch mehr zu tun, denn das ist eine gemeinsame EntschlieÙung, die wir gerne unterstützen. Die Abgeordneten haben erkannt, die Landesregierung tut zu wenig, Viktor Sigl tut mehr, weil die Abgeordneten geben dir diesen Auftrag, genau hier mehr zu tun. (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Das ist eine Unterstützung!") Zwischenruf Abg. Prinz: "Bundesregierung!") Nein, das ist ein Antrag an die Landesregierung, bitte Kollege Prinz, lies dir den Antrag noch einmal durch, da steht genau drinnen, die Oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, aber du kannst es dir selbst durchlesen, ich werde es dir nicht vorlesen.

Wenn wir uns anschauen, da geht es nicht nur darum, dass wir über die Vergangenheit diskutieren und streiten, wer hat was falsch gemacht, sondern es geht darum, den Blick in die

Zukunft zu schwenken. Was werden wir tun, was soll die Landesregierung tun? Denn nur zu sagen, tuts mehr, ist ein bisschen wenig, wir müssen, wenn ihr es wisst, dann habt ihr es offensichtlich den eigenen Fraktionen nicht erklären können, weil sonst würdest du von deiner eigenen Fraktion nicht den Auftrag bekommen, mehr zu tun. Vielleicht hat deine Fraktion ein höheres Begleitwissen, dass du also entsprechend noch gefordert werden solltest. Ich glaube auch, dass grundsätzlich die besten Vorschläge aufgegriffen werden sollten. Es sollte überlegt werden, dass Anträge, ganz gleich wer sie stellt, die Beschäftigungswirkung haben, auch wirklich umgesetzt werden, dass unternehmerisches Denken gefördert werden soll und Parteipolitik trotzdem aus dem Unternehmen draußen bleibt. Dass Genehmigungen schneller werden und dass Benchmarking über Genehmigungsverfahren bei den Bezirkshauptmannschaften wirklich durchgeführt werden, dass die Lohnnebenkosten gesenkt werden und dass dann, wenn wir einen Antrag stellen, dass jene Steuern als Bagatelsteuern wirklich abgeschafft werden. Nicht dass wir heute reden, wir wollen etwas für die Zukunft für unsere Arbeitsmarktsituation tun, und dann gibt es konkrete Anträge, die werden abgelehnt.

Oder wenn wir einen Antrag bringen, dass etwa die Sprachausbildung verbessert wird, dass man nicht auf die Reisetätigkeit über Serviceclubs verweist, sondern dass wir als aktive Politiker eingreifen und gerade im Bildungsbereich unseren jungen Menschen noch mehr Chancen auch durch einen internationalen Austausch geben. Oder dass wir freiheitliche Anträge, etwa Benchmarking europäischer Wirtschaftsregionen, nicht ablehnen, sondern wirklich überdenken, dass wir den Antrag Lehrlingsförderungsprogramm ausbauen, etwa ein Zusatzprogramm zur Probezeit, eine Weiterbeschäftigungsprämie oder eine Imagekampagne für Lehrlinge machen, hier nicht einfach ablehnen, sondern sich mit der Idee auseinandersetzen und umsetzen, dann haben wir weniger Probleme. Oder, dass wir eine Studie beschließen, die das Abwandern von Betrieben wissenschaftlich untersuchen sollte, aber hier haben die Abgeordneten die Ansicht gehabt, nein, wir werden es ablehnen. Oder, dass wir einen Wirtschaftsstandortvergleich Oberösterreich-Bayern-Tschechien mit den unmittelbaren Nachbarn und den Rahmenbedingungen genauer erheben, um zu wissen, wo haben wir Schwächen. Dass wir den Antrag, den wir wieder einbringen werden, Arbeitsplatzsicherung in der Landwirtschaft, auch hier im Haus beschließen. Oder dass wir die größtwachsende Industrie endlich nach Oberösterreich holen werden, ich werde nicht müde und fordere weiterhin ein, in Oberösterreich etwas für die Filmindustrie zu tun, denn das ist jener Industriezweig, der am meisten wächst. Jedes Mal wenn wir hier einen Antrag stellen, stoßen wir auf taube Ohren. Viktor Sigl, die Filmindustrie ist jener Zweig in der Industrie, der am meisten wächst. Die Bilder werden immer wichtiger, heute haben wir aufgrund eines freiheitlichen Antrages, ich bedanke mich für die Umsetzung, erstmals die Internetübertragung, das heißt, die Bilder werden wichtiger. Wir haben eine Riesenchance, auch in Oberösterreich die Filmindustrie zu forcieren, ich bitte euch wirklich, denkt über diesen Antrag noch einmal nach.

Wenn wir diese konkreten freiheitlichen Vorschläge entsprechend umsetzen werden, bin ich überzeugt davon, dass wir auch die Arbeitsmarktdaten noch besser zu Stande bringen werden, werden wir uns gemeinsam freuen können mit jenen Menschen, die eine neue Beschäftigung bekommen werden. Es liegt an euch, unsere Anträge aufzugreifen, zu überdenken und auch mit uns zu beschließen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Anschöber.

Landesrat **Anschöber:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Schön wäre es, wenn die Welt so einfach wäre, die beschäftigungspolitischen Probleme in Europa so einfach mit der Übernahme freiheitlicher Anträge lösen könnten, ich glaube, dann wäre wir alle sehr, sehr motiviert und engagiert, das rasch zu tun, ich fürchte, es ist ein

bisschen differenzierter und schwieriger zu sehen. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Wir haben wenigstens Ideen!") Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt so einfache Rezepte und so einfache Methoden und Lösungsvorschläge. Einerseits freiheitliche Anträge beschließen, die Bundesregierung zu kritisieren, da stimme ich ja mit und zu, das ist überhaupt kein Problem, drittens dann wieder Sündenböcke in der alt bekannten freiheitlichen Strategie zu definieren, zu viele Ausländer schaffen das Problem. Das ist aus meiner Sicht eine relativ unredliche Debatte, es ist schwierig, in sechs Minuten, die mir jetzt noch bleiben, eine seriöse Debatte zu führen.

Zwei Punkte ganz kurz angezogen. Erstens, es gibt ja mit Recht die Darstellung, dass dieses Phänomen, massiv steigende Arbeitslosigkeit als das Grundproblem Europas, kein österreichisches Phänomen ist, sondern ein europäisches, es gibt zu Recht die Kritik an der Europäischen Union, dass sie eben keine Sozial- und Beschäftigungsunion ist, sondern derzeit eine ausschließliche Wirtschaftsgemeinschaft ist. Der Weg in Richtung Politisierung dieser Europäischen Union nach wie vor ein sehr, sehr weiter ist, aber dann muss man halt auch ehrlich miteinander reden. Einerseits von der Europäischen Union mehr beschäftigungspolitische Impulse zu fordern, mit Fug und Recht und absoluter Unterstützung von unserer Seite, heißt aber auch, dass man dann dieser Europäischen Union mehr Gestaltungsmöglichkeit geben muss. Man kann nicht einer Union ein Prozent der eigenen Budgets übermitteln und gleichzeitig 90 Prozent der Aufgabenlösungen von dieser Europäischen Union erwarten und einfordern, da kann sie nur scheitern. (Zwischenruf Abg. Schenner: "Was kann sie tun?") Was sie tun kann, Kollege Schenner, da gebe ich euch völlig Recht, was sie tun kann und muss, das ist, dass sie endlich Rahmenbedingungen schafft, die unser Kernproblem, vor dem unser Wirtschaftssystem und vor dem insgesamt die soziale Situation in Europa und darüber hinaus steht, nämlich eine völlig ungehemmte Globalisierung in einen Rahmen zu fügen und ihr politische Korrekturen mitzugeben. Das wäre die Aufgabe der Europäischen Union, das könnte und müsste sie als globaler Player von WTO endlich ambitioniert angehen, da gibt es seitens der EU derzeit keinen Kurs.

Wenn ich mir diverseste Barroso-Aussagen anschau, dann ist das genau das Gegenteil dessen, was beschäftigungspolitisch auf europäischer Ebene notwendig wäre, deswegen, wir wollen uns nicht überschätzen, deswegen haben wir versucht, einen kleinen Impuls in diese Richtung zu setzen. Erstens, mit der Beschlussfassung "Global-Marshall-Plan", wenn es uns gelingt, zumindest bei der Schlusserklärung der österreichischen EU-Präsidentschaft diesen "Global-Marshall-Plan" mit seiner Intention, einen politischen Rahmen für die Globalisierung zu starten, zu verankern in dieser Schlusserklärung und dann in der finnischen und in der deutschen Präsidentschaft weiter zu treiben, dann könnte dies ein spannendes Projekt genau in diese Richtung werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was können wir regional machen? Wir können regional vor allem nachhaltige Beschäftigungskonzepte realisieren und Rahmenbedingungen schaffen, Bildung, Qualifizierung, Forschung und Entwicklung, wo immer es geht und wie stark es nur irgendwie geht. Das ist auch die Grundstrategie der Oberösterreichischen Landesregierung, dafür stehen wir als Grüne, da wollen wir möglichst auch noch an Tempo zulegen in diesem Bereich, denn diese Frage entscheidet die zukünftige Beschäftigungssituation. (Beifall)

Zweiter Bereich, die Zukunftsbranchen. Ich will es jetzt nicht nur auf die Filmindustrie reduziert sehen, nehmen wir einen Bereich her, der unglaublich spannend wäre für Oberösterreich, der Bereich der Kreativwirtschaft, der würde ein riesiges Potential, geschätzte Kollegin

Bundesrätin, tatsächlich darstellen, den können wir ausbauen, das heißt, innovativ in diesen Bereich hinein marschieren.

Dritter Bereich, der ein Beschäftigungsmotor der Zukunft sein kann, ist tatsächlich der Bereich der Öko-Energie. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht waren manche Kolleginnen und Kollegen in den letzten Tagen in Wels bei der Energiesparmesse, die Aussagen, die sie dort von Unternehmerinnen und Unternehmern kriegen, sind einzigartig. Das ist mehr als ein chinesisches Wachstumsniveau, das sind 30, 40, 50 Prozent Umsatzplus, das sind Kesselproduzenten. Ich erzähle Ihnen ganz kurz die Geschichte von einem, ein durchschnittlicher Produzent in Oberösterreich, der mir erzählt hat, vor zwei Jahren hat er 2.000 Kessel produziert im Biomassebereich, im letzten Jahr 4.000, im heurigen Jahr ist seine Erwartungssituation, 8.000 Kessel zu produzieren. Die Prognose für das Jahr 2010 ist, worst-case-Szenario, so nennt er das, 32.000 Kessel, best-case-Szenario 50.000 Kessel, ein Beispiel.

Vierter Bereich, die Solarwirtschaft. Wo wir Superfirmen haben, wo wir wunderbar am Markt unterwegs sind, wo wir von Österreich aus ein Viertel des europäischen Marktes besetzen. Wir sind in diesen Technologien absolut Europamarktführer, wir sichern nach der aktuellen Studie der Wirtschaftskammer, die vor zwei Wochen präsentiert wurde, die ja noch keine Grüne Vorfeldorganisation ist, vielleicht wird sie es noch, daher sind diese Zahlen besonders unverdächtig, sichern wir derzeit mit der Ökoenergie 33.000 Arbeitsplätze in Österreich. Dazu kommen die Zulieferbereiche, dazu kommen die Umsetzer, die Leute, die die Rohstoffe liefern usw. usf. Das heißt, ein riesiges Beschäftigungsvolumen, das jetzt schon da ist, aufgrund der Tatsache, dass die europäischen Energiemärkte in Umstellung begriffen sind, entsteht eine riesige Exportchance, wir sind mit unseren Firmen bei deutlich über 50 Prozent der Exportquote, wir sind innovativ, haben wir die Nase vorn, weil wir Bildung, Ausbildung in diesem Bereich gefördert haben, mit Fachhochschulen, mit etwa dem Ökoinstallateur als Lehrgang, eine ganz wichtige Geschichte und mit einer Forschungsoffensive in diesem Bereich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wäre problemlos bei diesen Markterwartungen möglich, in den nächsten fünf, sechs, sieben Jahren die Beschäftigungsquote in diesem Bereich zu verdoppeln. Das würde für uns in Oberösterreich heißen 15.000 bis 20.000 Beschäftigte in diesem Bereich insgesamt. Das heißt, das ist eine riesige Zukunftschance, der Kollege Trübwasser hat es zu Beginn schon gesagt, in der Situation, wo man Heimmärkte, wo man starke Heimmärkte braucht, damit man international reüssieren kann, dann den Heimmarkt dramatisch zu beschädigen durch ein Ökostromzerschlagungsgesetz, durch eine Demontage des Ausbaus des Ökostroms, das ist nicht nur energiewirtschaftlich und ökologischer Unsinn, das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, absoluter wirtschaftspolitischer Nonsens, das ist kontraproduktiv bis zum geht nicht mehr.

Ich appelliere wirklich an Sie, dass wir alle miteinander nicht in Wels die Sonntagsreden halten und hier im Landtag sagen, wir wollen das eh, sondern dass wir mit unseren Kollegen, ich kann jetzt sagen, Sie mit ihren Kollegen in Wien ein ernstes Wörtchen reden, dass dieser auch wirtschaftspolitisch dramatische Rückschlag mit dem neuen Ökostromgesetz, mit einer drohenden Reduktion der Förderungen um 80 Prozent und damit einer schweren Störung und mit einem schweren Rückschlag nicht Wirklichkeit wird, das würde tausende Arbeitsplätze schwerst gefährden. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich darf an das Plenum die Frage stellen: Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Magistra Jahn, bitte.

Abg. **Mag. Jahn:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Präsidentin! Nur eines zu den Zahlen, Herr Mag. Strugl, die Arbeitslosigkeit hat im Februar ein bisschen abgenommen, aber die offizielle, gemeinsam mit den Schulungen hat sie um vier Prozent zugenommen. So gut und wichtig Schulungen sind, wird niemand sagen, dass Menschen, die in Schulung sind, nicht auch einen Job brauchen, auch für die brauchen wir Jobs mit oder ohne Schulungen. Im vergangenen Jahr, im Jahresdurchschnitt 2005 hat Oberösterreich, das ja doch insgesamt eine bessere Situation hat, einen stärkeren Zuwachs an Arbeitslosigkeit gehabt als Restösterreich, das muss uns auch bedenklich stimmen. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Selbst mit Schulungen noch immer die niedrigste Arbeitslosigkeit!") Aber Sie reden auch von den Zahlen, wir reden von den Menschen, es ist unumstritten. (Beifall) Da glaube ich, es ist unumstritten, wir haben die höchste Arbeitslosigkeit, die höchsten Arbeitslosenzahlen seit 1945, wie man es immer wieder dreht und wendet, das Problem ist groß. Wenn man beim Beschäftigungszuwachs die Kindergeldbezieher herausrechnet und die Präsenzdiener, dann sehen wir, dass nur ein paar tausend zusätzliche Arbeitsplätze übrig bleiben, das sind schlecht abgesicherte Teilzeitarbeitsverhältnisse. (Zwischenruf Abg. Mag. Gumpinger: "90 Prozent wollen diese Teilzeit!" Zwischenruf Landesrat Sigl: "Wir brauchen 28.000 Teilzeitarbeitsplätze!") Sie sind trotzdem schlecht bezahlt, sehen Sie, der Herr Landesrat sagt, wir brauchen 28.000 Teilzeitarbeitsplätze, ich sage, wir brauchen 300.000 Vollzeitarbeitsplätze, die noch dazu gesucht werden. (Beifall)

Kommen wir wieder zurück, Teilzeitarbeit ist eine relevante Sache, die zusätzlichen Beschäftigungsverhältnisse sind aber schlecht bezahlte Teilzeitarbeitsverhältnisse, meine Damen und Herren, wir brauchen Vollzeitarbeitsplätze, von denen man leben kann, das ist der entscheidende Punkt. (Beifall) Wenn Sie sagen, eigentlich ist ja die Arbeitslosigkeit gar nicht so hoch, weil die Menschen ja mit Wiedereinstellungszusagen angewachsen sind, die sind angewachsen. Wissen Sie warum? Die Bundesregierung hat dazu einen maßgeblichen Anteil geleistet, als Unternehmer weißt du das auch sehr gut, Herr Kollege Hüttmayr, sie hat nämlich den Entgeltfortzahlungsfonds abgeschafft, daher kündigen jetzt die Unternehmen die Menschen im Krankenstand, nachher sind sie in Arbeitslosigkeit, dann sagen sie, bei Gelegenheit stellen wir dich eh wieder ein. Das sind die Wiedereinstellungszusagen, das ist die Arbeitslosigkeit, die die Regierung selber verursacht hat. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Das ist eine etwas einseitige Sichtweise, da müssen Sie wirklich einmal mit den Unternehmern in den Branchen reden, das ist wirklich ein Wahnsinn!") Kommen wir zurück zu dem Problem, das wir gemeinsam bekämpfen wollen, wir brauchen zusätzliche Vollzeitarbeitsplätze, dazu müssen wir mehr öffentliche Investitionen haben. Bund, Länder und Gemeinden müssen wieder mehr investieren, dazu müssen die Menschen eine höhere Kaufkraft haben, und dazu müssen Klein- und Mittelbetriebe für Investitionen gefördert werden. Mit diesen Punkten werden wir den Betrieben wieder mehr Aufträge verschaffen, wenn sie mehr Aufträge haben, haben sie mehr Arbeitsplätze. (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Die Investquote in Oberösterreich ist so hoch wie noch nie!") Das sind die Maßnahmen, die wir verlangen, das sind die Maßnahmen, die eine SPÖ, wenn sie nach den Nationalratswahlen wieder in der Bundesregierung ist, auch umsetzen wird.

Es vergeht kein Sprechtag, meine Damen und Herren, wo nicht verzweifelte Eltern kommen, die einen Job für ihre Kinder suchen, sie haben schöne Zahlen genannt, es geht uns in Oberösterreich besser als in anderen Bundesländern, es wäre eigentlich die Situation im Vergleich doch ganz gut. Die Menschen spüren es anders, die Menschen haben zunehmend Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, die Menschen wissen, dass sie für ihr Kind entweder keine Lehrstelle oder keinen Arbeitsplatz bekommen. Sie spüren auch, dass natürlich durch

die Osterweiterung ihre Arbeitsplätze unter Druck kommen und auch, dass illegale Beschäftigung und Scheinselbständigkeit zunimmt, das spüren sie alle.

Ich habe in diesen Tagen eine Veranstaltung gehabt, da bin ich nach Hause gefahren mit fünf Ansuchen von Frauen, die gekommen sind, die gesagt haben: Gerti kannst du mir nicht helfen, ich brauche einen Job, entweder für mich oder für mein Kind. Wenn man sich dann anschaut, wie sie sozial abgesichert sind unsere Arbeitslosen, dann ist das tatsächlich teilweise dramatisch. Es ist entwürdigend, wenn man sein Leben lang gearbeitet hat und mit 720 Euro im Monatsdurchschnitt sein Leben fristen muss, das ist das durchschnittliche Arbeitslosengeld, die durchschnittliche Notstandshilfe sind 555 Euro, und zwar ohne existenzielle Absicherung nach unten. Denn die so genannte Ausgleichszulage gibt es nämlich nur für die Pension.

Und für Frauen sieht die Situation noch viel dramatischer aus. Bei Frauen liegt das durchschnittliche Arbeitslosengeld bei 580 Euro im Monat, und die Notstandshilfe bei 440 Euro. Und wenn der Mann verdient, fällt diese Notstandshilfe auch noch weg. Das heißt, die haben gearbeitet ihr Leben lang, und haben dann kein Einkommen. Ich darf Ihnen einen Fall von einem vierzigjährigen Mann erzählen, der musste umgeschult werden, der ist Tischler, der musste umgeschult werden, weil er die Arbeit nicht mehr ausüben kann, auf Bürokaufmann. Der hat natürlich keine Chance, als Mann jetzt in dieser Situation hier einen Job zu bekommen. Nach Ablauf des Arbeitslosengeldes, (Zwischenruf Abg. Hüttmayr: "Natürlich hat er eine Chance!") wenn du ihn nimmst, ich bringe ihn dir, Kollege Hüttmayr, nach Ablauf des Arbeitslosengeldes hat er dann Notstandshilfe bezogen, aber nicht lange oder eigentlich nicht mehr, er bekommt keine Notstandshilfe mehr, weil die Frau zuviel verdient. Die verdient knapp 2.000 Euro.

Das heißt, er hat 20 Jahre gearbeitet, hat kein Einkommen als Arbeitsloser, und der Tupfen auf dem i ist, weil die Regierung die Mitversicherung abgeschafft hat für kinderlose Ehepaare, und die haben kein Kind bekommen können, zahlt die Frau für ihn im Monat 76 Euro Krankenversicherungsgeld. Das ist die Situation, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit denen die Menschen, die arbeitslos sind, konfrontiert sind.

Und einen letzten Fall sage ich Ihnen noch zum Thema Teilzeit: Eine junge Frau hat mich auch angesprochen. Sie hat zwölf Jahre gearbeitet. Firma in Konkurs. Und jetzt bekommt sie knapp 600 Euro Arbeitslosengeld, ist aber alleinstehend, muss davon alleine leben, weil Bemessungsgrundlage von eineinhalb Jahren vorher genommen wird. Und damals hat sie 30 Stunden gearbeitet, Teilzeit, da waren ihre Lebensverhältnisse noch anders, Teilzeit gearbeitet, jetzt ist sie alleinstehend, (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Das könnte umgekehrt genauso sein!") und muss mit weniger als 600 Euro im Monat auskommen. (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Die Fälle umgekehrt wird es auch geben!") Ich kann diesen Menschen keine Arbeitsplätze verschaffen. Das können wir individuell nicht. Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Und da kann die Politik sehr viel tun.

Und hier ist die Österreichische Bundesregierung säumig. Wir sind bei öffentlichen Investitionen am letzten Platz in der EU. Und selbst wenn man die Ausgliederungen noch dazu rechnet, sind wir im hinteren Viertel zu finden. (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Wo sind wir hinten?") Bei den öffentlichen Investitionen ganz hinten. (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Oberösterreichs?") Nein, ich rede gerade davon, dass hier die Bundesregierung sehr säumig ist. (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Das ist eine aktuelle Stunde des Oberösterreichischen Landtags!") Nur Ruhe, lieber Kollege. Warum redet der Herr Strugl dauernd von Deutschland und von der EU? Und weltweit, habe ich zuerst gehört, steigen die Arbeitslosenzahlen. Also, lie-

ber Kollege Sigl, lass mich doch kurz ausreden bitte. (Unverständliche Zwischenrufe) Sehr nervös seid Ihr. Die Arbeitslosigkeit in der EU sinkt, und in Österreich steigt sie. Und Gott sei Dank haben wir eine niedrigere Arbeitslosenquote in Österreich als sie EU-weit ist. Nur, sie war schon so niedrig, als diese Bundesregierung übernommen hat, weil das die Sozialdemokraten geschafft haben.

Ich sage nicht mehr sehr viel dazu. Eines noch: Wenn es um die Frage geht, ob die Bundesregierung genug gegen die Arbeitslosigkeit tut, sagt der Herr Aiginger, Chef des Wirtschaftsforschungsinstitutes, kürzlich im Kurier auf die Frage, tut die Österreichische Bundesregierung genug gegen die Arbeitslosigkeit, sagt der Herr Aiginger, offenbar nicht, sonst wäre sie nicht so hoch. (Zwischenruf Abg. Schenner: "Jedenfalls besser als die Zürcher Zeitung!") Und jeder Wirtschaftsforscher wird uns bestätigen, es fehlt an der Inlandsnachfrage. Die Menschen können sich zuwenig kaufen. Die Betriebe investieren nicht, weil sie zuwenig Aufträge haben. Und die lokale Bauwirtschaft wird Ihnen das allen bestätigen. Sie kennen die regionalen Baubetriebe besser als ich. Wenn die Gemeinden kein Geld zum Investieren haben, dann haben die Betriebe keine Aufträge und wir keine Arbeitsplätze.

Und jetzt zu Oberösterreich: Wir haben eine Initiative gesetzt, die Sie auch mitgetragen haben zum Beschäftigungsprogramm, und das ist entscheidend. Sehr sehr wichtig. Nur wissen wir sehr gut, dass es Anstrengungen auf Bundes- und EU-Ebene bedarf, um dieses Problem wirklich zu lösen. Allein im Bundesland kann man das nicht lösen. Und es braucht eine Anstrengung auch auf europäischer Ebene, hier eine gemeinsame Initiative zu setzen. (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Wir haben es aber bisher sehr gut gelöst!") Wenn man investiert wird Arbeitslosigkeit abgebaut. Und dann wird immer gesagt, na womit wollt ihr das denn finanzieren? Also es gibt nichts, das teurer ist, als Arbeitslosigkeit. Stellen Sie sich vor, 300.000 Menschen jeden Monat ein Gehalt namens Arbeitslosengeld, auch wenn es niedrig ist, zu überweisen, und die können gar nichts dafür tun. So viel Geld können wir auf der anderen Seite gar nicht ausgeben für Arbeitsplätze, dass das nicht nützlich sein würde, und zusätzliche Steuern hereinbringen würde. Jeder Euro, der hier investiert ist, ist gut investiert.

Ich hätte noch sehr viel zu sagen. Es würde mich reizen auf den Herrn Steinkellner einzugehen. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Bleib draußen! Rede weiter!") Der ist ohnehin nicht da. Aber wer sind den die, die die zusätzlichen Saisonarbeiter und zunehmend rechtlosen Arbeitskräfte aus dem Ausland herein geholt haben in den letzten Jahren? Soviel ich mich erinnere, war damals der Herr Steinkellner noch in der Partei, die sich jetzt BZÖ nennt, und die haben das gemeinsam getragen. Das muss reduziert werden selbstverständlich. Wir wollen, dass die ausländischen Arbeitskräfte, die regulär bei uns zuwandern, eine ordentliche Integrationsmöglichkeit haben und dass man diese halb rechtlosen Beschäftigungsverhältnisse abschafft. Die brauchen wir nicht.

Wir können auch in Oberösterreich einiges mehr tun. Ich denke daran, was alles angekündigt wurde bezüglich Salzkammergut. Ich hoffe, Herr Landesrat, du wirst uns heute sagen, was sich da tut. Denn, als die Solvay-Schließung bekannt wurde, hat es ein großes Theater gegeben, was alles gemacht werden muss. Wenn man jetzt ins Salzkammergut schaut, außer der Gemeinde tut niemand was. Das Erweiterungsforum hat sehr sehr lange gedauert, zwei Jahre hat es gedauert, bis es umgesetzt worden ist. Und wir können auch, das zum Schluss noch zu den Schulungen, wir können auch mehr tun bei den Schulungen. Nämlich nicht uns auf dieser Ebene begeben, die uns die Bundesregierung mit diesen Kurzqualifizierungen vorgegeben hat, die die Leute nur aus der Statistik holen, sondern die tatsächlich Umschulungen ermöglichen. Dann werden wir auch dadurch zusätzliche Arbeitskräfte schaffen. (Beifall. Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Bravo Gerti, bravo!")

Zweite Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Eisenrauch.

Abg. **Eisenrauch:** Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das sind ja Horrorszenerien, die da in den Raum gestellt werden, die es so in Wirklichkeit gar nicht gibt. (Zwischenruf Abg. Prinz: "Ach nicht?") Und ich frage mich, ob Dr. Obrovski das weiß, dass Sie seine Zahlen anzweifeln, die offiziell vom AMS bekannt gegeben werden, wenn Sie immer sagen, die stimmen nicht, so ungefähr. (Zwischenruf Abg. Prinz: "Das ist so, und nicht anders!") Ich bin jedes Mal irritiert, wenn ich höre, und heute habe ich das schon zweimal gehört, dass es in Österreich seit 1945 die höchsten Arbeitslosenzahlen gibt. (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: "Das ist so!" Zwischenruf Abg. Affenzeller: "Das ist so!") Kein Mensch sagt aber, dass es seit 1945 die höchsten Beschäftigungszahlen (Zwischenruf Abg. Winterauer: "Teilzeit!") gibt. (Beifall)

Es steht da. Auslagern vom AMS. Kräftiges Beschäftigungsplus. Die Arbeitslosigkeit sinkt im Jahresvergleich. Hohe Dynamik am Arbeitsmarkt. Sinkende Jugendarbeitslosigkeit. Wir von der ÖVP bestreiten nicht, dass es bei Frauen und vor allem bei älteren Arbeitnehmern Schwierigkeiten gibt. Wir reagieren aber darauf. Und Landesrat Viktor Sigl wird Ihnen dazu auch noch Beschäftigungsprojekte vorstellen, die er sofort zusammen mit den Sozialpartnern ins Leben gerufen hat. Und wenn Sie immer sagen, Teilzeit, Teilzeit, auch das ist schon gesagt worden. 80 Prozent der Frauen, die Teilzeit arbeiten, wollen das, (Zwischenruf Abg. Winterauer: "Wollen das nicht!") sind freiwillig in die Teilzeit gegangen und suchen Teilzeitjobs. (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: "Passt eh! Passt eh, wenn du es glaubst!") Ja, ich glaube das. Und es gibt zunehmend auch Männer, die sich Teilzeitarbeitsjobs suchen, um anderen Beschäftigungen noch weiter nachzugehen. Also, ich denke mir, wir in Oberösterreich liegen mit unseren Beschäftigungsprogrammen überhaupt nicht so schlecht. (Zwischenruf Abg. Prinz: "Noch weit schlechter!") Wir erkennen in Oberösterreich die Situation, und wir reagieren sofort darauf. Landesrat Sigl wird Ihnen dazu noch die nötigen Zahlen und Projekte liefern. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Entschuldigt, dass ich mir die Anrede erspare, ich habe nur ganz kurz Zeit und ich möchte mich noch melden auch zum Thema Arbeitslosigkeit und nicht nur zur Wirtschaft und Standortpolitik. Kollegen Steinkellner möchte ich dann nachher noch sagen, dass der Vorsitz in der Fachgruppe Film der Wirtschaftskammer von den Grünen geführt wird, gleich mit 58 Prozent eingestiegen, also die Kreativwirtschaft werden wir Grüne auch weiter massiv weiter betreiben. Und so freue ich mich, dass auch die FPÖ dieser Branche so große Bedeutung beilegt.

Ich denke mir, Arbeitslosigkeit, das ist schon gesagt worden, darf man nicht auf Zahlen beschränken. Es geht um Menschen. Wir dürfen nicht nur Symptome bekämpfen und mit Zahlen spielen, sondern schauen wer fällt drunter und wer nicht? Schnellschüsse lösen das Problem sicher nicht nachhaltig. Und kurzfristige Umschulungsmaßnahmen und kurzfristige, ich möchte es wirklich kurzfristig und kurzfristig nennen, lösen nicht die Probleme nachhaltig auf Dauer.

Wenn man der Arbeiterkammer glauben darf, und ich glaube der Arbeiterkammer, die bei einem Vortrag gesagt hat, dass große Problem der Zukunft oder eine neue Herausforderung die Altersarbeitslosigkeit ist, wenn wir hier bei den Jugendlichen nicht Maßnahmen setzen zu

einer nachhaltigen Verbesserung ihrer Bildung, der Möglichkeiten, wirklich Berufe auszuwählen, die längerfristig halten. Hier sind angesprochen worden die neuen Systeme, neuen Ausbildungsformen, Öko-Energieinstallateur, ist immer noch Schulversuch, bitte, es wurde vor 15 Jahren damit begonnen. Vielleicht ist es auch einmal ein Anstoß, hier über diese Fächer, die dafür notwendig sind für diesen Öko-Energieinstallateur ein gemeinsames Berufsbild drüber zu legen. (Zwischenruf Abg. Winterauer: "Sind wir uns einig!") Wir müssen uns klar sein, nicht nur den Hauptschulabschluss nachholen zu lassen, wir müssen den Jugendlichen auch laufend in der Region die Möglichkeit geben, Weiterbildungsmaßnahmen zu machen. Wir müssen Betriebe unterstützen, damit sie genau diese Jugendlichen auch begleiten können, Jugendliche, die es oft nicht leicht haben, gerade in der Region Fuß zu fassen.

Bei den Frauen nur kurz angesprochen in den letzten Sekunden: Ich glaube, wir müssen kreativer werden. Und es ist eine Möglichkeit, die Angst, die Frauen haben, und ich verstehe sie sehr gut, vor der Absicherung, um eben wirtschaftlich sicher dazustehen, ist das Modell der Grünen die Grundsicherung eine Möglichkeit von vielen. Und wir werden dies und um genau diese Personengruppe nachhaltig abzusichern da weiter gehen. Es geht nicht nur um die Beschaffung von Kinderbetreuung, sondern wir müssen uns überlegen, wie können wir Firmen, Betriebe eine Anstoßförderung geben, damit sie eben wirklich Frauen anstellen, damit sie Frauenförderpläne umsetzen, damit sie auch belohnt werden und hier angehalten werden, weiter kreativ zu fördern.

Ich glaube, es ist nicht die Lösung, Frauen, Mädchen in die Technik zu drängen, damit sie nachhaltig abgesichert sind, ich glaube, wir müssen uns gerade bei den Frauenberufen viel überlegen, ob wir nicht hier auch Modelle andenken, die nicht nur im Wirtschaftsbereich, sondern vor allem im Dienstleistungsbereich, im Sozialbereich bessere Chancen für die Frauen bieten. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Brunmair das Wort.

Abg. **Dr. Brunmair:** Werte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Kollegin Jahn hat wieder ein Zahlenwirrwort geliefert, Intelligent, aber trotzdem in weiten Teilen nicht richtig. Und ich möchte nur ein Beispiel hier widerlegen, was bedeutet, dass der Bund zu wenig in die Infrastruktur, in die Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, investiert. Das ist falsch. Diese Aussage ist falsch. Denn die Zahlen sprechen eine ganz andere Sprache, zwischen 1985 und 1999, also in 15 Jahren, wurden 20,5 Milliarden Euro in die Verkehrsinfrastruktur investiert, und von 2000 bis 2014 werden es 33,3 Milliarden Euro sein. (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: "Angekündigt! Sag, was investiert worden ist!") Die Investitionen werden dann stattfinden, wenn im Herbst nicht irgendwelche Regierungen in das Handwerk pfuschen. Das wird investiert werden, wenn im Herbst wieder eine ordentliche Regierung weiter arbeitet in der Art und Weise, wie bis jetzt gearbeitet wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall)

Das heißt, siebzigprozentige Steigerung der Infrastruktur. Und weil wir schon bei den Aufgaben oder Nicht-Aufgaben des Bundes sind. Das Bundesbeschäftigungsförderungsgesetz der Bundesregierung bietet 61.500 Personen Möglichkeit zur Beschäftigung und zur Qualifizierung. Es sind vier Schwerpunkte, wie vielleicht die einen oder anderen, wenn sie die parteipolitische Brille absetzen, wissen, das ist einmal der Schwerpunkt Pflege- und Gesundheitsberufe, wo 1.400 Personen gefördert werden, Schwerpunkt Frauen, wo 22.400 Personen in Form Eingliederungshilfe für Wiedereinsteigerinnen für Qualifizierungsoffensive gefördert werden, Schwerpunkt Jugendliche, 33.700 Personen, die gefördert werden, Job4you-Projekt 06, (Zwischenruf Abg. Prinz: "Befördert, nicht gefördert!") der Blumbonus, Hauptschulab-

schlusskurs usw. Weiters das Kombilohnmodell, wo weitere 4.000 Personen gefördert werden. Summe, 61.500 Personen, die gefördert werden, Gesamtkosten 284.600.000 Euro. Also eine ganz gewaltige Summe, die die Bundesregierung investiert hat. Und wenn wir uns ein bisschen abwenden vom Zahlenspiel und von Prozentsätzen, die ja jenen, die einen Arbeitsplatz suchen, wirklich nichts bringen, und uns ein bisschen mit der Diagnose, warum trotz eines Höchststandes an Beschäftigung trotzdem die Zahl der Beschäftigungssuchenden so hoch ist, wenn wir uns ein bisschen die Mühe geben, dann können wir auch sehen, welche Richtung und in welche Zukunft die Arbeitsmarktpolitik gehen soll, gemeinsam gehen soll abseits der Parteipolitik, die natürlich in einem Wahljahr eine große Rolle spielt.

Was sind denn die Megatrends, warum wir trotz eines Höchststandes an Beschäftigten, ich wiederhole noch einmal, auch einen Höchststand an Arbeitslosen haben? Der erste Trend, und jeder Fachmann, den man fragt, sagt, es ist klar, die Frauen haben und werden weiterhin den Einzug in die Arbeitswelt haben und werden in die Arbeitswelt drängen. Und die Frage hier in der Runde, wer will das nicht, wer spricht sich dagegen aus? Ich nehme an keiner. Zweiter Punkt: Wir haben das Pensionsalter im Sinne der Pensionsreform und im Sinne einer nachhaltigen Politik für die ältere Generation anheben müssen. Es ist klar, dass diese Pensionsreform, die Sicherung und die nachhaltige Haltung des Pensionssystems den Arbeitsmarkt belastet. Aber wer in der Runde will diese notwendige Reform umstoßen? Wer will sie verändern? (Abg. Schenner hebt die Hand.) Du willst sie verändern. Dann bitte komm noch heraus und sage mir, welche Alternativen zur Pensionssicherung du zur Verfügung hast. Das möchte ich dann von dir hören.

Und der dritte Trend, und der wurde bereits angesprochen, wurde dann als polemisch bezeichnet, das ist der Import von Arbeitskräften. Wir haben durch die Migration der letzten Jahrzehnte einen Ausländeranteil bei den Beschäftigten von 200.000, und gegenüberstehend den 200.000 Beschäftigten über 50.000 arbeitslose Ausländer. Das entspricht einem Prozentanteil von mehr als 20 Prozent. Und das ist ein Problem, wo wir Ehrlichkeit zeigen sollten oder wo wir einmal ehrlich reden sollen und offen legen sollen, was ist uns wichtiger? Ist uns der schrankenlose Zuzug wichtiger, oder ist uns das Prinzip Arbeitsplätze zuerst für die Österreicher wichtiger? Das ist ein Thema, über das wir in der Zukunft reden sollten.

Ein weiteres Thema, ich habe leider nicht mehr die Zeit dazu, wäre noch die Entwicklung der älteren Arbeitnehmer. Wir wissen, dass die überfünfzigjährigen Arbeitnehmer in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren auf fast ein Drittel ansteigen werden. Wie gelingt es, die Menschen zwischen 50 und 60 Jahren so in den Arbeitsprozess eingegliedert zu halten, dass sie die Arbeit, den Arbeitsplatz bewältigen? Das wird ein Problem, wo wir sozusagen die Zeit und die menschlichen Ressourcen der Bevölkerung einfach ins Auge fassen müssen wie das bewältigbar ist.

Und ein weiterer Punkt, den ich auch noch jetzt sagen möchte ist, dass die Lehrlinge, die jetzt einen Arbeitsplatz suchen, schon ein kostbares Gut sind, denn in einigen Jahren werden Lehrlinge ein kostbares Gut sein, um das sich die Wirtschaft reißen sollte. (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Sind sie jetzt auch schon!") Und da sollte die Wirtschaft jetzt schon vorangehen und jedem Lehrling einen Arbeitsplatz bieten, damit sie in Zukunft Arbeiter haben, die einen Beruf erlernt haben und die in der Wirtschaft tätig sind. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als vorläufig letzter Redner zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Ing. Sulzbacher.

Abg. **Ing. Sulzbacher:** Meine Damen und Herren, Frau Präsident! Ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor in Oberösterreich ist die Industrie. Wir haben hier schon des öfteren darüber gesprochen, dass natürlich auch gerade der hohe Anteil der Industrie in Oberösterreich dazu führt, dass die Wirtschaftssituation besser ist wie in anderen Bundesländern. Gerade die Industrie mit ihrer hohen Exportquote kann an sich die mangelnde Inlandsnachfrage kompensieren und somit auch ihre Arbeitsplätze halten. Es ist aber der schwarz-blau-orangen Bundesregierung, muss man sagen, vorbehalten gewesen, auch auf diese Industrie zuzugreifen. Sie hat wild privatisiert. Beispiele, Austria Tabak, VA-Tech, (Zwischenruf Landesrat Sigl: "voest!") an das Ausland verkauft, und die Dividendenerträge, die reichlich geflossen sind, fließen heute wo anders hin und führen in Österreich dazu, dass Mittel für Forschung und Entwicklung und Investitionen knapp geworden sind. Das Ergebnis sind laufende Einsparungen in allen Sektoren, Gesundheits-, Pensionsvorsorge und eben fehlende Impulse, um die Inlandsnachfrage zu erhöhen. Die Konsequenz ist schwaches Wirtschaftswachstum und hohe Arbeitslosigkeit.

Meine Damen und Herren, es ist daher ein Gebot der Stunde, den Ausverkauf und die Privatisierung hoch rentabler Versorgungsbetriebe wie die Post zu stoppen und die noch oberösterreichischen Industriestandorte abzusichern. (Zwischenruf Abg. Moser: "Warum habt ihr dann mit der Privatisierung begonnen?") Die Kernbereiche der Industrie in Oberösterreich sind nach wie vor unzureichend gegen Ausverkauf geschützt, und wer das nicht glaubt, unlängst hat der Herr Generaldirektor Eder selbst darauf hingewiesen, dass er sich eigentlich erst in drei Jahren sicher ist wirklich vor feindlichen Übernahmen, weil, wer das vielleicht verfolgt hat, in der Stahlwelt ein etwas wildes Szenario entstanden ist, nachdem der Herr Mittal, ein Inder, Eigentümer des größten Stahlkonzerns weltweit, den zweitgrößten Stahlkonzern Acelor aufkaufen will. Und wer das ein bisschen verfolgt wird feststellen, dass Luxemburg, Frankreich und Spanien ganz verzweifelt versuchen, diesen Deal zu verhindern. Dazu gesagt ist, dass lediglich Luxemburg mit fünf Prozent beteiligt ist an Acelor und daher wahrscheinlich aus eigener Kraft wenig ausrichten wird können.

Wir wünschen uns diese Situation bei uns nicht, verstehen aber daher umso weniger, dass dort, wo Sicherungsmaßnahmen eingebaut wurden, diese leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Das ist bei der AMAG der Fall. Es wurde bei der AMAG, wie Sie verkauft wurde oder manche haben gesagt, sie wurde von den Sozialdemokraten an den Herrn Hammerer billig verschenkt (Zwischenruf Abg. Moser: "31 Betriebsräte!") - also ich war dort schon im Bereich der ÖIAG als Betriebsrat tätig und weiß um die näheren Umstände - in Wirklichkeit war es so, dass vor allem ÖVP-Vertreter versucht haben, die AMAG an den deutschen VAW-Konzern eher zu verkaufen als das im Inland zu lassen. Aber ich möchte da gar keine Schuldzuweisung machen.

Tatsächlich ist eines wahr, dass alle heilfroh waren, die Schwarzen, ich weiß nicht, die Blauen hat es auch schon gegeben dort, ja, und die Roten, alle gemeinsam waren froh, dass der Hammerer, (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Gezahlt haben sie nicht mit einem Schilling!") dass dieser Deal zustande gekommen ist, dass Constantia mit Hammerer gemeinsam dieses Geschäft gemacht haben und dass vor allem diese Mitarbeiterbeteiligung, die sowohl den Standort absichern sollte, aber auch, und so steht es in der Urkunde drinnen, den Belegschaften, vielleicht liest das einmal einer genau nach, und nicht der jeweils tätigen Belegschaft, sondern den Belegschaften auf Dauer auch eine entsprechende Gewinnbeteiligung bringen soll. (Zwischenruf Abg. Eisenrauch: "Habe geglaubt, das verabscheut ihr so!") Das verwechseln offensichtlich ein paar, dass das nicht sein kann, dass man eine Mitarbeiterbeteiligung einfach verkauft. Ich war in der voest persönlich stark beteiligt an zwei Formen der Mitarbeiterbeteiligung mitzuwirken. Wir haben vorerst schon eine gehabt ohne Aktien und

jetzt über die Aktien. Ich weiß, dass es nicht leicht ist, die Mitarbeiter davon zu überzeugen, statt einer Lohn- und Gehaltserhöhung einfach Aktien zu kaufen oder eine Beteiligung einzugehen, weil natürlich jeder das Geld momentan braucht. Daher ist das wirklich ein Schatz, wenn man eine Mitarbeiterschaft hat, die bereit ist, eine solche Beteiligung einzugehen, noch dazu wie in der voest mit dem eigenen Geld und nicht, so wie es dort war, dass praktisch die 20 Prozent verschenkt wurden.

Daher ist es mir unverständlich, dass zu dem Zeitpunkt, wo eigentlich die Mitarbeiterbeteiligung der AMAG das erste Mal die Bewährungsprobe machen soll, die AMAG gegen Ausverkauf zu schützen, dass es dann Kräfte gibt in diesem Land, die den Ausverkauf noch unterstützen. Dass der Erich Haider der Einzige ist, der darauf hinweist, dass das gegen alle Regeln erstens einmal der Stiftung ist, aber auch gegen alles, was da in dem Landtag jeweils gesagt wurde von allen politischen Parteien in Richtung Standortsicherung. (Beifall) Das als politisieren abzutun, wenn sich ein Politiker hinstellt und aufmerksam macht, seid vorsichtig, die Stiftung wurde eingegangen um den Standort abzusichern, sie hat einen völlig anderen Zweck als bei der ersten Gelegenheit verkauft zu werden, dann wird auf den hingehauen, der das aufzeigt.

Dass wir in der eigenen Partei Probleme haben, ist eh traurig genug, aber alle die, die da herinnen sind, haben sich in der Vergangenheit zu dieser Standortsicherung bekannt, und ich verstehe es dann nicht, wenn es heißt, nein, lasst sie verkaufen. Es wäre also angebracht gewesen, die Stiftungsvorstände Schopf und Kalliauer öffentlich zu unterstützen wie es eben Erich Haider gemacht hat und nicht hier noch Zwietracht hineinzusäen. (Zwischenruf Abg. Steinkogler: "Gegen 93 Prozent der Arbeitnehmer!" Beifall) Es ist mehr als doppelzünftig, hier herinnen von Standortsicherung zu reden und bei der ersten Gelegenheit den Ausverkauf zu befürworten. Und vor allem die ÖVP muss sich das gut überlegen, ob sie in Zukunft noch glaubwürdig sein will, wenn sie (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Nein, da dürft ihr reden. Der Hoffmann ist da gestanden und hat geschimpft mit uns!") auf der einen Seite von Standortsicherung redet und dann zu denen gehört, die dem Ausverkauf das Wort redet. (Zwischenruf Abg. Bernhofer: "Ablenkung!" Zwischenruf Landesrat Sigl: "Wenn ich so viel Butter am Kopf hätte, würde ich nicht reden!" Zwischenruf Abg. Bernhofer: "93 Prozent, Herr Kollege, der Mitarbeiter waren dagegen!")

Ein gutes Beispiel, wie sich schwarz und auch grün schwer tun bei Standortsicherung, ist ja die vergangene Diskussion über die Post. Da wurde auch ein Antrag eingebracht, mit den gleichen Bedenken, die die SPÖ eingebracht hat, sie wurden wortwörtlich hineingeschrieben, nur zum Schluss sagt man, ja, aber trotzdem sind wir für das Verkaufen. Das zeigt eigentlich diese Doppelbödigkeit, und hier müssen Sie, glaube ich, sehr aufpassen. Es kann nicht sein, so wie beim Fall AMAG, dass Sie zuerst Mitarbeiterbeteiligung groß propagieren, gerade die Schwarzen haben so getan, also ob sie sie erfunden hätten, und dann bei der ersten Gelegenheiten die Leute zu bestärken sie zu verkaufen. (Beifall) Es wird also höchste Zeit, dass Sie sagen, was Sie wollen, denn mit diesem Zickzackkurs leisten Sie keinen Beitrag zur Standortsicherung und Beschäftigung, sondern nur zum Ausverkauf und zum Abbau von Arbeitsplätzen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Ich erteile Herrn Landesrat Sigl das Wort.

Landesrat **Sigl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Kollege Sulzbacher! Du hast wirklich Mut. Eine Firma, die in der damaligen Verstaatlichtenkrise in Wahrheit von der Politik (Zwischenruf Abg. Winterauer: "Herr Wirtschaftslandesrat, Stahlkrise, wenn du dich auskennst!") unter anderem und nicht durch den Wettbe-

werb in die Krise geführt wurde, dann ein SPÖ-Bundeskanzler und ein SPÖ-Finanzminister diese Firma an ein SPÖ-Mitglied um einen Schilling verkauft hat (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Ein Schilling! Das gibt es doch nicht!") oder um 60 Groschen, 40 Groschen, um 40 Groschen verkauft hat, damit ein Packerl mitgegeben hat, nämlich 1,1 Milliarden Schilling Schulden mitgegeben hat an diese Firma, den Mitarbeitern das Vertrauen letztendlich in der Form zugestanden hat, die Firma aus dem Dreck zu ziehen und eine Beteiligung von 20 Prozent gekriegt hat über die Stiftung bzw. über das Syndikat letztendlich, diese Mitarbeiter mit ihrem Fleiß diese Firma wieder hoch gebracht haben, im internationalen Wettbewerb zu einem Herzeigebetrieb gemacht haben, jetzt sich diese Mitarbeiter mit 93 Prozent dafür entscheiden, einen weiteren Schritt in der Eigentümerentwicklung ihre Zustimmung zu geben, wer immer der ist, sich dann aber wieder da herzustellen, sich dann - (Zwischenruf links unverständlich) wer sagt denn den Blödsinn? - sich da wieder herzustellen und zu sagen, so, wir sind in den 80er-Jahren schon einmal pleite gegangen mit dem, dass die Politik alles nur mehr dort bestimmt hat, und jetzt sagen wir den Mitarbeitern, die erfolgreich waren, sie dürfen den nächsten Schritt, wo sie der Meinung sind, dass sie weiter erfolgreich bleiben, nicht machen, da frage ich mich, gehören diese 20 Prozent Mitarbeiterbeteiligung, gehören diese 20 Prozent den Mitarbeitern oder gehören sie dem Herrn Präsident Kalliauer oder dem Herrn Schopf oder der SPÖ Oberösterreich? (Beifall) Sie gehören, meine Damen und Herren, diese 20 Prozent Mitarbeiterbeteiligung gehören den Mitarbeitern und daher schlägt das Herz der ÖVP klarerweise für diese Mitarbeiter und die erfolgreiche Geschäftsführung, die dort aktiv ist. Wir werden sie auch in Zukunft weiter unterstützen, so wie bisher. (Beifall)

Und die ÖVP, meine Damen und Herren, hat sich auch nicht bei den korrekt guten und offensiven Überlegungen der voestalpine hineingemischt, Gott sei Dank. Wer hat sich denn hineingemischt? Die SPÖ hat sich hineingemischt. Gott sei Dank hat sie nicht Recht bekommen. Jetzt sind nicht die Eigentümer der voest die Russen, wie es der Herr Kollege Haider gesagt hat und befürchtet hat, (Zwischenruf Abg. Mag. Stelzer: "Die Russen in der voest!") sondern es sind die Österreicher und die Oberösterreicher, das erfolgreichste Unternehmen der Zweiten Republik, das wir haben. (Beifall) Ich wollte eigentlich über die AMAG nichts sagen, weil es über die Landesarbeitsmarktpolitik vieles zu sagen gäbe und gibt, aber (Unverständliche Zwischenrufe links) das hat halt ganz einfach, glaube ich, sein müssen, wenn der Herr Sulzbacher sich herausstellt und genau das sagt, was der Herr Kollege Hoffmann, der mittlerweile ja, glaube ich, nicht mehr Mitglied der Partei ist bei der SPÖ, vor ein paar Jahren auch da gesagt hat, aber die Welt eben in der Wirtschaft für die AMAG Gott sei Dank ja eine andere ist, eine sehr erfolgreiche, wie wir mittlerweile wissen.

Jetzt aber, meine Damen und Herren, zur Hauptsache, Arbeit in Oberösterreich. Die AMAG ist ein wichtiger Betrieb, und wir werden auch im Bereich der Rahmenbedingungen, und wir wissen hier natürlich, dass der Bund maßgeblich die Rahmenbedingungen vorgeben muss und Steuerpolitik etc., etc., auch der AMAG klarerweise in Zukunft helfen, (Zwischenruf Abg. Prinz: "Ausverkauf!") aber selbstverständlich auch allen anderen. Warum denn? Die beste Arbeitsmarktpolitik, da sind wir, glaube ich, überzeugt, und damit bin ich wieder bei der Intention dieser aktuellen Stunde, nämlich zu diskutieren, wie innovativ können wir sein, die Arbeitslosigkeit noch weiter zu verringern oder umgekehrt, die Beschäftigungsquoten noch weiter zu erhöhen.

Die beste Arbeitsmarktpolitik ist und bleibt klarerweise eine offensive, eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Wir im Land Oberösterreich können das tun; wir tun es auch. Warum können wir es tun? Nicht nur deswegen, weil wir so innovativ und gescheit sind, sondern weil wir über 70.000 Unternehmungen in diesem Land haben, die es täglich machen, die es sehr erfolgreich machen. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, während in Wien in den

letzten zehn Jahren 24.000 Unternehmen verschwunden sind von der Bildfläche, (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: "Wir sind aber in Oberösterreich!") sind in Oberösterreich 56.000 entstanden, sind in Oberösterreich 56.000 neu entstanden. (Beifall) Wir werden daher weiter im Bereich der Forschung uns engagieren. Wir werden weiter klarerweise im Bereich der Technologisierung uns engagieren. Wir werden weiter dafür die Rahmenbedingungen aus der Landesmöglichkeit heraus, die begrenzt ist überdies, darüber haben wir schon geredet, und beschränkt ist, auch den Bereich Wachstum berücksichtigen, um ganz einfach hier, wie zum Beispiel mit der Forschungsanleihe, mit der Breitbandinitiative, mit der Investitionsoffensive des Landes Oberösterreich neue Möglichkeiten der Arbeitsplatzentwicklung zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, ich bin aber mit dem trotzdem nicht zufrieden. Mein Herz gehört natürlich vor allem auch jenen Menschen, denen es nicht so gut geht wie uns da herinnen, die nicht in der Situation sind, ich werde es dir gleich sagen, Herr Bürgermeister, da bist immerhin schon du genauso aufgerufen, nicht nur ich etwas zu tun. Wir werden daher klarerweise im Bereich der Arbeitsmarktpolitik weiter dafür sorgen, dass erstens das Klima, dass neue Unternehmen entstehen können, sich so gut wie bisher weiterentwickelt aus einem ganz einfachen Grund. Wir haben jedes Jahr in etwa um die 4.000 Neugründungen. Jetzt gibt es dann gleich wieder das Argument, ja ein Teil will ja gar nicht gründen, sondern die wurden ja gezwungen selbständig zu werden. 88 Prozent dieser Neugründer sagen aber nach einem Jahr, sie würden es wieder tun. Sie würden sich wiederum selbständig machen.

Wisst Ihr, warum mich das so freut? Weil diese Neugründer es sind, die einen hohen Teil an neuen Arbeitsplätzen schaffen. Jeder Neugründer schafft im Durchschnitt in seinem Betrieb innerhalb des ersten Jahres drei Arbeitsplätze und im nachgelagerten, im Zulieferbereich weitere drei Arbeitsplätze. Wenn ihr die Zahl hernehmt, dass wir im letzten Jahr 10.600 neue Beschäftigte haben, so stimmt die Rechnung sogar im statistischen Sinne gesehen ziemlich exakt. Wir haben rund 4.000 neue Unternehmungen und haben 10.600 neue Arbeitsplätze. Daher werden wir klarerweise im Bereich der Gründungen diesen Nährboden weiter pflegen, damit wir uns hier gut weiter entwickeln.

Übrigens da ist Österreich, da gibt es leider nur eine österreichische Statistik, im EU-Ranking an erster Stelle beim Selbständigwerden innerhalb eines gewissen Zeitraumes. Von 2000 bis 2004, das sind die letzten aktuellen Zahlen, sind in Österreich die Selbständigen um 19,2 Prozent gestiegen. Das zeigt, dieser Nährboden passt nicht nur in Österreich relativ gut mit Unterschiedlichkeiten bei uns, und das freut uns natürlich besonders. Diesen Bereich werden wir weiter entsprechend bearbeiten und hier sind wir uns auch einig.

Der zweite Punkt ist die Frage, jene Menschen, die keine Beschäftigung haben, was können wir, was müssen wir, und was sollen wir hier tun? Wir werden im Bereich der Beschäftigungsprogramme, das sage ich ganz offen, ich werde das tun, weiterhin auf die Sozialpartnerschaft setzen. Für mich ist die Sozialpartnerschaft, die im AMS entsprechend sich widerspiegelt und wieder findet jene Einrichtung, die, Erstens, den besten Weg und den direktesten Weg zu den Menschen, die in der Beschäftigungsquote zu verstehen sind, haben und die auch am besten klarerweise die Lösungen kooperativ ausarbeiten können. Das ist einmal der eine Punkt. Wir sind bisher damit sensationell gut gefahren, daher werde ich auch in Zukunft das tun.

Wir werden klarerweise hier aber auch besondere Schwerpunkte setzen. Ein Schwerpunkt ist die Jugend. Jeder junge Mensch, der nach 15 Jahren, nach dem Pflichtschulabschluss in das Erwerbsleben hinaus geht und keinen Arbeitsplatz findet ist einer oder ist eine, der/die

unserer besonderen Sorgfalt bedarf. Das gilt übrigens klarerweise genauso für jene, die von den AHS und BHS kommen. Daher werden wir im Bereich der Jugendbeschäftigung, wo wir in den letzten Monaten, und die Statistiken geben uns alle hier recht, eigentlich relativ gut weiter gekommen sind, nicht nur im Vergleich, sondern auch absolut für uns selber, trotzdem werden wir hier nicht nachlassen und diese Maßnahmen, und nicht nur kurzfristige Maßnahmen, sondern auch Qualifikationen, tatsächlich fertige Qualifikationen diesen jungen Menschen entsprechend anbieten.

Ich möchte gerne, dass wir vor diesem Sommer uns ganz genau anschauen, und im Bezirk Freistadt werden wir das im Besonderen tun, wer hat im Juni, Anfang Juli noch keine Lehrplatzzusicherung? Mit diesen jungen Menschen, gemeinsam mit den Eltern und den Lehrern und dem AMS und der Wirtschaft und der Arbeiterkammer werden wir versuchen, für diese jungen Menschen entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten zu finden. Wir werden daher auch so genannte Job-Promotoren, das haben nicht die Mühlviertler erfunden, sondern das ist halt so ein Begriff, ganz einfach versuchen, direkt über die Wirtschaft Arbeitsplätze zu akquirieren, um auf diese Art und Weise Menschen, die jetzt keine Beschäftigung haben, auch in Beschäftigung zu kriegen. Und all jene Menschen, die keine Beschäftigung haben zur Zeit, da kann es nur unser oberstes Ziel sein, natürlich wieder eine neue Beschäftigung zu finden, vor allem aber auch die Zeit, wo sie arbeitslos sind zu nutzen um sie weiterzuqualifizieren, weiterzuentwickeln, entsprechende neue Perspektiven aufzuzeigen. Wisst ihr, was mich da sehr stolz macht? 50 Prozent all jener Menschen, die in Schulungen sind, haben innerhalb der nächsten zwei Monate, wenn die Schulung ausgelaufen ist, einen Job. Das zeigt, die beste Zukunftssicherung für diese Personen, die arbeitslos sind, ist klarerweise der Bereich Weiterbildung, Ausbildung und Qualifikation.

Auch ich gehöre sicherlich zu jenen, die hie und da gegenüber dem Bund durchaus kritisch sind. Das ist manchmal auch durchaus berechtigt, wie wir alle wissen. Ich gehöre aber auch zu jenen, die anerkennen, wenn der Bund etwas tut, von dem wir großen, großen Nutzen haben. Und gerade im Bereich des AMS ist die Kooperation und ich habe im vergangenen Jahr mit den Wienern ziemlich geschimpft, wie wir alle wissen, die Kooperation eine sehr, sehr tolle. 140 Millionen Euro, so viel Geld wie noch nie, haben wir in Oberösterreich für die Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung. (Zwischenruf Landesrat Dr. Kepplinger: "Es ist ein Wahljahr!") Wir geben das nicht wie Krethi und Plethi aus, sondern wir geben es, wie bereits erwähnt, im Zusammenhang mit den Sozialpartnern aus.

Letzter Punkt: Auch jene Menschen, die es schwieriger haben, die Handicaps haben, die behindert sind, sind bei uns in entsprechenden Projekten berücksichtigt. Auch jene Menschen, die über 50 sind, sind unter anderem in einem tollen Projekt, das als Leader die Arbeiterkammer führt, wo auch das Land Oberösterreich einen sehr, sehr großen Anteil neben der EU finanziert, eingebettet, um hier in Projektideen auch zu erfahren, wie geht es hier weiter. Hier lernen wir klarerweise für die Zukunft. Bei uns bleibt kein Mensch auf der Straße. Bei uns bleibt kein Mensch, der arbeitslos ist, nicht mit den entsprechenden Hoffnungen und Möglichkeiten versehen und auch mit den entsprechenden Programmen. Für uns in Oberösterreich ist Arbeit Hauptsache. Und das wird auch in Zukunft so sein. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich bedanke mich. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe die aktuelle Stunde. Ich weise darauf hin, dass uns ein Initiativantrag vorliegt, der in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Thema der aktuellen Stunde steht. Diese Beilage trägt die Nummer 839/2006, ein Initiativantrag betreffend eine beschäftigungswirksame Wirtschaftspolitik. Unsere Bestimmungen der Landtagsgeschäftsordnung sehen vor, dass über die Dringlichkeit eines derartigen Antrages unmittelbar nach der aktuellen Stunde Be-

schluss zu fassen ist. Ich darf Sie aber gleichzeitig darauf hinweisen, dass die heute tagende Obmännerkonferenz der dringlichen Behandlung dieser Beilage zugestimmt hat. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 839/2006 die Dringlichkeit zuerkannt wird die Wechselrede. Es ist niemand zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zur Beilage 839/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden. Aufgrund des soeben gefassten Geschäftsbeschlusses kommen wir jetzt zur Behandlung der Beilage 839/2006. Ich bitte Herrn Klubobmann Dr. Fraiss darüber zu berichten.

Abg. Dr. Fraiss: Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend eine beschäftigungswirksame Wirtschaftspolitik. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 839/2006.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, auf Grundlage der in der Oberösterreichischen Landesverfassung formulierten Staatszielbestimmung, welche die Sicherung ausreichender Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten, Vollbeschäftigung und eine leistungsfähige, nachhaltige und soziale Marktwirtschaft vorsieht, im Rahmen ihres politischen Wirkungsbereiches weitere Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu setzen und auf allen sonstigen politischen Ebenen, bei denen die Interessen Oberösterreichs vertreten werden, mit Nachdruck dafür einzutreten.

Zweite Präsidentin: Danke. Ich eröffne darüber die Wechselrede. Herr Kollege Stanek bitte.

Abg. Stanek: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Besucherinnen und Besucher! Grundsätzlich bin ich sehr froh, dass drei Fraktionen diesen Antrag unterschrieben haben und, so weit ich informiert bin, alle diesem Initiativantrag auch die Zustimmung geben werden.

Herr Klubobmann Fraiss und Frau Kollegin Jahn! Ich nehme Ihnen aufgrund Ihrer Ausführungen, die Sie in der aktuellen Stunde gemacht haben, absolut ab, dass Ihnen die Arbeitslosigkeit von Menschen, die Beschäftigung von Menschen, ein wirkliches Anliegen ist. Und ich denke es macht auch überhaupt nichts, dass es in einer Demokratie, in einer Institution wie dem Landtag durchaus unterschiedliche Lösungsansätze gibt und ich bin davon zutiefst überzeugt, dass die Menschen gerade von uns erwarten, dass wir über diese unterschiedlichen Lösungsansätze diskutieren und gemeinsam versuchen wirklich Lösungsansätze für die Menschen zu finden.

Aber wenn ich Ihnen so zugehört habe, dann kommt mir schon auch vor, dass der Satz, der Vergleich macht einen sicher, durchaus seine Berechtigung hat, denn wenn ich Sie gehört habe und Ihnen gut zugehört habe, dann habe ich langsam das Gefühl bekommen, dass unter einer SPÖ-Regierung auf Bundesebene es überhaupt keine Arbeitslosen gegeben hat und die Arbeitslosenproblematik erst seit 2000 ein Thema wäre. Und wissen Sie, so gut können eigentlich die Lösungsmodelle der Sozialdemokraten, wenn sie die Möglichkeit haben sie alleine umzusetzen, auch wieder nicht sein. Wenn ich jetzt das Beispiel Deutschland nehme, werden Sie wieder aufheulen. Der Kollege Prinz wird sicherlich wieder lachen, weil das hat er heute schon sehr oft gemacht, obwohl es eigentlich traurig ist, zu so einem Thema permanent zu lachen. Und Sie werden sagen, ja das ist Deutschland, das ist anders. Das stimmt aber nicht, denn der Herr Parteivorsitzende Gusenbauer hat immer wieder auch deutsche Modelle als beispielgebend für Österreich in seinen verschiedenen Reden ange setzt. Aber ich gehe eh nicht nach Deutschland, sondern ich gehe nach Wien.

Und wissen Sie, in Wien ist eine sozialdemokratische Alleinregierung. Und wenn ich mir dort die Zahlen anschau, dann schauen die Zahlen dort leider ums Doppelte dramatischer aus als in Oberösterreich. In Wien gibt es eine doppelt so hohe Arbeitslosigkeit, eine über doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie in Oberösterreich und der Herr Landesrat hat es schon erwähnt, in Wien sind in den letzten 10 Jahren netto 24.000 Arbeitsplätze verloren gegangen, in Oberösterreich konnten 56.000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden. (Beifall)

Und Frau Jahn! Eines ist mir auch noch sehr, sehr wichtig. Sie haben gesagt, die Menschen spüren es anders. Ja die Frage ist, warum spüren es die Menschen anders? Weil eine durchaus wesentliche Partei in diesem Land momentan halt sehr, sehr negativ über dieses Land und über bestimmte Situationen spricht und das ist natürlich entsprechende Meinungsbildung und das ist natürlich auch für das Land negativ. Und es gibt eigentlich wahrscheinlich keine Firma auf der Welt, wo wesentliche leitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so negativ über diese Firma sprechen würden. Warum betonen Sie eigentlich immer, dass es Ihnen um die Menschen geht und uns um die Zahlen? Warum werten Sie Ihre politischen Mitbewerber mit solchen Aussagen einfach ab? Warum nehmen Sie uns nicht ab, dass es uns genauso selbstverständlich um die Menschen und um die Anliegen der Menschen geht? (Beifall)

Ich stehe auch hier draußen und sage, das ist eine relativ geradlinige Wahlkampfpropaganda des Herrn Haider, wenn ich mir seine Presseaussendungen in den letzten Tagen angesehen habe. Da gibt es kein einziges positives Wort über Oberösterreich. Sie sind fairerweise da draußen gestanden und haben immer wieder auch betont, dass die oberösterreichische Situation wesentlich besser ist, als die gesamtösterreichische und noch viel, viel besser als die gesamteuropäische Situation. Aber ich lese das in diesen Presseaussendungen nicht, sondern da wird nur ganz, ganz negativ über unser Land hergezogen. Das verunsichert die Menschen. Das ist eigentlich verantwortungslos und das lehnen wir in dieser Art und Weise ab. (Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Thema ist viel zu wichtig um zu polemisieren. (Zwischenruf Abg. Winterauer: "Warum polemisierst du dann?") Und Frau Kollegin Jahn! Sie haben richtigerweise einige Punkte angeschnitten, über die es wirklich wichtig ist, dass wir darüber nachdenken. Ich habe genau aufgepasst was Sie gesagt haben. Sie haben das Beispiel vom Tischler in der Umschulungsmaßnahme genannt. Und Sie haben gesagt, dieser Tischler ist zu einem Bürokaufmann umgeschult worden. Ich glaube auch dort müssen wir kritisch draufschauen. Wenn ich mir anschau, wie viele Menschen aus anderen Berufen gerade in Richtung Bürokaufmann oder Bürokauffrau umgeschult werden, dann kann das der Markt gar nicht mehr verkraften. Das heißt, wir müssen auch bei diesen Umschulungsmaßnahmen, so gut sie gemeint sind, einfach wirklich kritisch drauf schauen, wohin wir die Leute umschulen. Weil es keinen Sinn hat, wenn wir neuerliche Arbeitslosigkeit durch Umschulungsmaßnahmen prolongieren bzw. weiterentwickeln, weil diese Umschulungsmaßnahme neue Arbeitslose produziert.

Und der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haider hat in seiner Presseaussendung geschrieben, wir müssen unverzüglich in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren. Das ist richtig, das ist auch ein wesentlicher Punkt in diesem Antrag. Aber meine sehr geehrten Damen und Herren! Bitte übersehen wir nicht, dass gerade in Oberösterreich in Bildung viel investiert wird. In Bildung kann man nie genug investieren. Da gebe ich Ihnen vollkommen Recht. Aber es wird in den verschiedensten Bereichen sehr, sehr viel gemacht. Und wir wissen auch, dass die größten Probleme bei den Pflichtschulabgängern liegen, weil wir dort

selbstverständlich auch die höchste Arbeitslosenquote haben und daher auch dort in aller erster Linie Maßnahmen einsetzen müssen. Darüber hinaus gibt es aber in allen anderen Bereichen, bis zu den Fachhochschulen, bis zu den Universitäten wesentliche Bildungsinitiativen.

Das Zweite ist und das finde ich auch sehr unfair, wenn herausgearbeitet wird, es muss mehr in die Infrastruktur investiert werden. Ja natürlich muss in die Infrastruktur investiert werden. Aber Faktum ist, dass gerade in Oberösterreich ungeheuer viel in infrastrukturelle Maßnahmen in verschiedensten Bereichen, die heute schon erwähnt wurden, investiert wird. Und dass wir in Oberösterreich eine ausgesprochen hohe Investitionsquote haben. (Beifall)

Ich habe abschließend einen Wunsch. Dass bei Diskussionen zu einem so wichtigen Thema wie dem heutigen, nicht in aller erster Linie die nächsten Wahlen gesehen werden, sondern verstärkt die Anliegen der Menschen. Und die wünschen sich und von dem bin ich zutiefst überzeugt, dass nicht nur auf Plakaten das Wort gemeinsam affiziert wird, sondern dass gemeinsam an den Problemen und Herausforderungen dieses Landes gearbeitet wird und dazu lade ich Sie alle herzlich im Interesse der Menschen in unserem Lande ein. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Landesverfassung formuliert als Staatszielbestimmung: Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten schaffen, im Sinne der Vollbeschäftigung. Der Antrag bestätigt eigentlich das und fordert uns dazu auf, politische Rahmenbedingungen im Sinne der Verringerung der Arbeitslosigkeit weiter voranzutreiben. Aber nicht nur in Bezug auf Arbeitslosigkeit, sondern auch um zu schauen, dass es den Menschen in unserem Land besser geht. Dass wirtschaftlicher Erfolg, Standortpolitik und der wirtschaftliche Standort gesichert ist und wirtschaftlicher Erfolg auch für die Menschen genügend Einkommen und Absicherung bringt.

Gerti Jahn hat zuerst gefragt, tut die Politik genug um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen? Ich glaube in dem Bereich kann die Politik gar nicht zu viel tun. Ich glaube das ist ein ständiger Prozess. Wir sind immer aufgefordert und ich glaube das haben wir ja auch im Eid geleistet, alles daran zu tun, dass es Oberösterreich, dass die Weiterentwicklung von Oberösterreich für die Menschen in unserem Land weiter geht. Ich glaube hier müssen wir immer wieder schauen, sektorübergreifend, parteiübergreifend uns Gedanken zu machen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, strukturell und nachhaltig zu bekämpfen. Und nicht nur, wie ich vorher schon angesprochen habe, Symptombekämpfung zu machen.

Wenn man sich anschaut, was für unterschiedliche Arbeitslosigkeitsdefinitionen es gibt. Einerseits die konjunkturelle, wo es immer klar um Nachfrageschwäche geht, wo auch natürlich das Einkommen eine große Rolle spielt, auch das Gefühl der Sicherheit, der Absicherung eine Rolle spielt. Sind die Menschen bereit zu kaufen? Aber auch eine saisonelle Arbeitslosigkeit, wo man wirklich schauen muss, die Saisonarbeit, wie können wir das besser in den Griff bekommen? Wir haben ja sehr viele Bereiche, die von dieser Saisonarbeitslosigkeit betroffen sind. Und in den letzten Tagen hört man ja gerade auch aus der Baubranche, dass hier durch diesen langen Winter neue Herausforderungen für diese Branche, die ja nicht immer am besten dasteht, auch noch dazu kommen. Aber auch die Land- und Forstwirtschaft, die ja durch den langen Winter auch stark gefährdet ist, hier für die Menschen, die in der Land- und Forstwirtschaft arbeiten, genügend Absicherung zu haben, dass die auch wirklich ihr Einkommen erarbeiten können. Aber auch die Fremdenverkehrsberufe.

Wir müssen also schauen, dass wir nicht nur verstärkt investieren in Bereiche, die nur für eine Saison sind und das möchte ich einfach anschließen, man muss ja immer schauen, welche Investitionen leiste ich, welche Investitionen haben auch wirklich nachhaltig einen Sinn und führen zu nachhaltiger Beschäftigung. Nicht nur für die kurze Zeit des Erbauens und können wir uns nachher auch noch die Betreibung leisten. Es ist oft leicht, zum Beispiel einen Stadtsaal zu errichten, nur wenn nachher die Gemeinde immer wieder den Abgang tragen muss aus dem Gemeindehaushalt und dadurch eingeschränkt ist, einige Jahre später auch noch Investitionen zu tätigen, muss man sich vorher gut überlegen, wie investiere ich das Geld wirklich effizient und nachhaltig.

Aber auch bei den Angeboten, die wir gerade im Fremdenverkehr auch machen, geht es nicht darum den Wintertourismus alleine zu fördern oder den Sommertourismus, sondern darum Angebote zu schaffen, dass die Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, langfristig, ein ganzes Jahr, abgesichert sind, einen Job haben.

Ich weiß das von meinem eigenen Sohn, der immer wieder natürlich nur kurzzeitig arbeitslos gemeldet ist und das wirkt sich natürlich auf das Jahreseinkommen aus. Er ist 25 Jahre, kurz vor der Gründung der Familie, Wohnraumsuche und so weiter, da machen ein, zwei Monate Arbeitslosigkeit, auch wenn es nur Übergang ist, aber trotzdem, es ist ein Monat schon viel zu viel, weil da natürlich das Jahreseinkommen sich einschränkt.

Es gilt also daher den Wirtschaftsstandort Oberösterreich in vielen Bereichen nachhaltig abzusichern. Aber was macht die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes aus? Welche Unterschiede gibt es, einen attraktiven Wirtschaftsstandort Linz zu haben oder einen Wirtschaftsstandort im Mühlviertel? Wenn ich mir anschau, wie leicht oder wie schnell da Gemeinden untereinander in Konkurrenz kommen und mit Dumpingbodenpreispolitik versuchen Betriebe anzuziehen oder auch von anderen Gemeinden abzuwerben. Gott sei Dank kommt immer mehr Verständnis innerhalb der Gemeindepolitik, dass sie gemeinsam schauen, wo können wir sie ansiedeln und wie können wir sie am besten gemeinsam betreiben, damit nicht gegenseitig die Unternehmen wegkommen. Wir haben das im Bezirk Rohrbach vor einigen Jahren erlebt, wie aus der Gemeinde Rohrbach ein großer Betrieb weg und nach Öpping gegangen ist. Auch wenn wir aus Rohrbach und Berg gemeinsam natürlich profitieren von diesem großen Betrieb in Öpping, aber für den Gemeindehaushalt hat es doch nachhaltige Auswirkungen gehabt.

Wir Grüne wollen eine Wirtschaft, die so gestaltet ist, dass sich die Gesellschaft im Gesamten wirklich nachhaltig entwickeln kann. Und es braucht auch Rahmenbedingungen, Strukturen, die eine ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung ermöglichen. Ich glaube das können wir nicht voneinander trennen. Es braucht die ökonomische aber auch die ökologische und soziale Entwicklung. Und wir haben natürlich mehrere Standbeine. Ich glaube das brauche ich in diesem Gremium nicht erwähnen. Aber gerade in der Regionalentwicklung in den Gemeinden, in der ländlichen Region draußen brauchen wir neben diesen harten Standortfaktoren oft einen Schwerpunkt auch in Richtung weiche Standortfaktoren. Weiche Standortfaktoren genannt aus dem Grund, dass man einfach das weniger quantifizieren kann. Eine Straße kann ich ganz klar beurteilen, das ist ein Standortfaktor, den kann ich irgendwie messen, abwägen und so weiter, ich weiß auch, was das kostet. Aber ein Image einer Region, eine Haltung, ein Gefühl, dort bin ich zuhause, dort will ich meinen Betrieb, dort will ich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch wohnen lassen, das muss ausgebaut werden. Ein Image einer Region ist der Name, ist natürlich auch geprägt von einem Kultur- und Freizeitangebot, von einer Umweltqualität und vor allem, ob es Möglichkeiten

gibt, Innovationen dort auszuleben. Und ein Faktor ist immer mehr in den Vordergrund gerückt, wie ist das soziale Netzwerk, wie ist die Gesundheitsversorgung vor Ort, wie ist das Ausbildungsangebot dort, haben die Jugendlichen, die Kinder von diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in einem Betrieb die Möglichkeit, vor Ort qualitativ eine Ausbildung zu machen, gibt es genug Schulangebot und eben wie ist der Zugang zu Gesundheitsleistungen? Wir dürfen nicht die ländlichen Regionen aushungern im Bereich Gesundheit und Soziales, wir dürfen nicht immer alles zentrieren in einen Zentralraum, immer nur groß zum Beispiel Krankenhäuser schaffen, sondern wir müssen auch schauen, was braucht es trotzdem in der Region draußen für eine Basisleistung?

Und hier haben wir in der Spitalsreform glaube ich doch wesentliche Schritte gesetzt und ich hoffe, dass in der heute gegründeten Gesundheitsplattform genau diese Bestrebungen, dieses gemeinsame Planen von Krankenhausleistungen, aber auch vom niedergelassenen Bereich wirklich wichtige Fortschritte im Bereich der Regionen bringt. Also es muss einfach klar sein und das ist zum Abschluss mein Credo, wenn wir eine wirkliche Absicherung für unsere Menschen in Oberösterreich wollen, und ich glaube da sind wir uns alle einig, dann müssen wir eine Standortpolitik mit Augenmaß machen, die auf ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit setzt. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dr. Kepplinger.

Landesrat **Dr. Kepplinger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren, werte Besucherinnen und Besucher! Aus den Ausführungen aller hier, die sich zu Wort gemeldet haben, wurde klar, dass von allen Arbeitslosigkeit als öffentliches Übel gesehen wird, als ein Übel, das hohe individuelle und hohe gesellschaftliche Kosten verursacht. Wir wissen alle aus zahlreichen Untersuchungen, dass Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, psychische Probleme haben, dass sie gesundheitliche Probleme haben, dass sie Probleme in der Partnerschaft bekommen, ja dass sie sogar auch eine erhöhte Neigung zu Suizid haben. Die gesellschaftlichen Kosten sind auch ganz enorm. Da geht es natürlich um die ökonomischen Kosten, die Arbeitslosigkeit direkt verursacht in Form von Arbeitslosengeldern, aber man muss sich auch mittel- und längerfristig überlegen, welchen Verlust an Wohlstand, an gesellschaftlichem Wohlstand Arbeitslosigkeit verursacht. Daher ist, weil dieses Thema von so zentraler wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung ist, daher ist es ganz entscheidend, dass wir sehr vorsichtig mit diesem Thema umgehen, nämlich auch was die Analyse betrifft. Es ist völlig ungeeignet, zur Erklärung der Arbeitsmarktsituation lediglich eine oder ganz wenige Kennzahlen heranzuziehen, zum Beispiel nur die Arbeitslosenrate als Aggregatzahl. Es geht darum, dass man in dieses Thema viel tiefer einsteigt und die Problematik viel differenzierter sieht und ich möchte Ihnen dazu ein paar Facetten aufzeigen.

Man muss bei der Arbeitslosigkeit auch die Thematik betrachten, wie verteilt sich die Arbeitslosigkeit regional? Und wenn wir uns Oberösterreich anschauen, dann haben wir da eine relativ große Streuung. Ich sage jetzt nur die Zahlen, Jahresdurchschnittswerte des Jahres 2005. Da gibt es eine Streuung oberösterreichweit im Durchschnitt von drei Prozent. Es gibt aber Bezirke, wo es eine Streuung um 1,8 Prozent gibt, es gibt aber auch solche, wo die Streuung weitaus höher ist. Es sind die Bezirke, die bekannten Bezirke Schärding, Rohrbach und Ried, wo die Streuung also weit höher ist. Das heißt, wir haben das Problem, dass wir regional geballte Arbeitslosigkeit haben und daher muss man natürlich Programme, die man macht als Gegenstrategie, auch auf diese regionale Analyse aufsetzen. Und ich denke, wenn man hier zum Beispiel das Programm, das strategische Programm Oberösterreich 2010 an-

schaut, dann wird es glaube ich notwendig sein, auf Grund der Arbeitsmarktsituation hier vielleicht verschiedene regionalwirtschaftliche Nachjustierungen vorzunehmen.

Ein anderes Thema, das man auch sehen muss, ist die Schwankung der Arbeitslosigkeit im Zeitablauf. Auch da gibt es, wenn man sich die oberösterreichischen Bezirke anschaut, ganz enorme Unterschiede im Monatsvergleich. Da gibt es eine Schwankung zum Beispiel in Linz nur von 1,8 Prozentpunkten, es gibt aber eine Schwankung in Mühlviertler Bezirken bis hin zu 6,6 Prozent. Das heißt, das sind sicherlich Schwankungen, die saisonale Ursachen haben, aber sicherlich nicht nur saisonale Ursachen. Da geht es wahrscheinlich auch darum, dass in diesen Bezirken regelhafte Dienstverhältnisse einfach unterdimensional ausgeprägt sind, unterrepräsentiert sind und daher müsste man auch dort ansetzen, sowohl mit Maßnahmen der Nachfragestärkung aber auch mit ordnungspolitischen Eingriffen.

Ein dritter Punkt, den ich nennen möchte, der bezieht sich auf die Stellenandrangsziffer. Wenn man hier auch wiederum die Bezirke sich in Oberösterreich anschaut, dann variiert das arithmetische Mittel sehr, sehr stark. In Oberösterreich haben wir eine Variation von 4,9, das geht aber in Linz 3,5 bis hin in Rohrbach 11,6 zum Beispiel. Da haben wir auch wieder die Bezirke Rohrbach, Freistadt, Perg mit Abstrichen und auch Gmunden. Das heißt zum Beispiel, wenn wir uns die Arbeitslosenquote in Rohrbach und in Freistadt anschauen, die ist unterdurchschnittlich im Vergleich zum Oberösterreich-Schnitt, aber die Stellenandrangsziffern sind sehr, sehr hoch und weitaus unterdurchschnittlich. Was lernt man daraus? Wenn man in diesen Bezirken von Arbeitslosigkeit betroffen ist, dann hat man es sehr, sehr schwer, wieder einen Arbeitsplatz zu finden, das heißt, das ist ein Zeichen, dass die Wirtschaft relativ undynamisch ist, dass sie gewisse sklerotische Erscheinungen hat und dass es die Gefahr gibt, dass es zu demografischen Entleerungen dieser Regionen kommt. Also die Stellenandrangsziffer ist meiner Meinung nach auch eine wichtige Kennzahl, die man sich genau anschauen muss, um wirklich zu einer umfassenderen und wirklichkeitsnäheren Analyse zu kommen.

Oder ein anderes Thema ist zum Beispiel, es wurde heute auch schon erwähnt, die altersspezifische Arbeitslosigkeit. Auch da gibt es sehr negative Entwicklungen bei manchen Altersgruppen. Wir haben in der Gesamtzahl im Jahr 2005 im Vergleich zu 2004 eine Steigerung in Oberösterreich von sieben Prozent an zusätzlichen Arbeitslosen. Aber bei den Männern über 50 haben wir zum Beispiel ein Plus von 16,9 Prozent oder bei den Frauen über 50 auch weit überdurchschnittlich von 13 Prozent. Und diese starken Anstiege bei den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sind ganz eindeutig zuzuordnen, jetzt zeitlich hat das begonnen in der zweiten Jahreshälfte 2004, mit anderen Worten, als dann die Pensionsreform, und das war ja die Kritik, die beschäftigungspolitisch nicht abgedeckt worden ist, als diese Pensionsreform dann zu wirken begonnen hat, dann hat das entsprechend negative Auswirkungen gehabt, die man hätte eigentlich vorhersehen können, aber alle Hinweise, alle Warnungen sind diesbezüglich von der Bundesregierung nicht recht ernst genommen worden.

Ich glaube, wenn man sich diese Beispiele ansieht, dann kann man und soll man auch, Herr Kollege Stanek, soll man sich freuen darüber, dass wir in Oberösterreich relativ besser sind als in anderen Bundesländern. Wir sollen uns darüber freuen, dass wir auch in Österreich noch besser sind als andere Länder, aber wir sollen ja nicht den Fehler machen, dass wir vor unseren eigenen Problemen, die schon groß sind und die im Steigen begriffen sind, dass wir den Kopf in den Sand stecken und sozusagen den Menschen Sand in die Augen streuen. Wir müssen sehr, sehr sorgfältig mit dem Problem der Arbeitslosigkeit umgehen, in der Analyse sehr genau sein und dann auch ein abgestimmtes Maßnahmenbündel setzen. Ich bin

mir völlig im Klaren, dass man in einem Bundesland nur eingeschränkte Möglichkeiten hat, das ist völlig klar. Wir sind im Kontext zu sehen mit anderen Ländern, wir sind eingebettet in den Rahmen der Europäischen Union, aber es ist bei weitem nicht so, dass wir nichts machen können, gar nichts machen können. Wir müssen nur dem Thema Arbeitsmarkt, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wirtschaftspolitisch die Priorität Nummer eins einräumen. Und ich habe das Gefühl gehabt oder den starken Eindruck gehabt, dass das jedenfalls von der Bundesregierung in den letzten Jahren nicht entsprechend so gesehen wurde.

Ich glaube, wir müssen alles dafür tun, dass wir eine starke Nachfrage haben, dass die Unternehmen sozusagen nicht nur bei der Entlohnung ihrer Arbeitnehmer den Kostenfaktor sehen, sondern dass uns klar ist, dass aus dem volkswirtschaftlichen Zusammenhang diese Kosten der Unternehmen letztlich das Potential sind, aus dem die Nachfrage gespeist wird. Und daher sind diese ganzen Strategien, die da lauten Löhne runter, kürzen, rationalisieren, letztlich volkswirtschaftlich ein Gift für eine Belebung der Wirtschaft. Das heißt, expansive Lohn- und Beschäftigungspolitik, eine Abstützung der kaufkräftigen Nachfrage mit einer sinnvollen Steuerreform, das sind einmal Rezepte, die man sehr wohl auf Bundesebene auch verfolgen kann und wo wir massive Defizite dieser Bundesregierung ankreiden müssen. Und wir müssen, und da kann man auf Landesebene auch was tun, möglichst gut das Arbeitsangebot mit der Arbeitsnachfrage in Übereinstimmung bringen, das heißt, es muss eine Qualifikationspolitik geben im weitesten Sinn, nicht nur aktive Arbeitsmarktpolitik, sondern genauso schulische Aus- und Weiterbildung, die darauf abstellt, dass wir Qualifikationen produzieren, dass wir die Menschen mit Qualifikationen ausstatten, die ihnen am Arbeitsmarkt dann entsprechende Chancen einräumen.

In diesem Sinne bin ich sehr, sehr froh, dass es diese Diskussion hier gibt, dass wir als Landtag sozusagen auch ein Signal wiederum aussenden, dass uns als politische Verantwortungsträger in diesem Bundesland das Thema Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt als das prioritär, das zentral Wichtige erscheint und dass wir nicht nur verbal das Thema Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt rücken, sondern dass wir uns in unserer täglichen Praxis, in unserer täglichen politischen Praxis auch immer überlegen, was kann getan werden, damit wir das gesellschaftliche Übel Nummer eins Arbeitslosigkeit auch entsprechend in den Griff bekommen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Helga Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörer, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte gleich zu Beginn eines klarstellen, weil der Herr Landesrat Sigl gesagt hat, der Antrag ist von drei Parteien unterzeichnet worden und wird aber seines Wissens von allen vier Parteien mitgetragen. Ich darf in Erinnerung rufen, dass Dienstag eigentlich die dringlichen Anträge eingehen. Es ist der Antrag der Sozialdemokraten gekommen, den wir natürlich im Klub durchgearbeitet haben und wir sind gestern sehr überrascht worden, dass am Nachmittag jetzt plötzlich noch einmal ein dringlicher kommt, obwohl eigentlich die Frist schon abgelaufen war. Aber ich kann Sie beruhigen, das ist für uns der formale Grund gewesen, aber wir werden natürlich inhaltlich diesen Antrag mittragen, denn wir sagen oder wir sehen es auch so, dass es nicht nur um die Grundlage, wie meine Vorredner teilweise gesagt haben, der in der Oberösterreichischen Landesverfassung formulierten Staatszielbestimmung geht, sondern es geht bitte um Menschenrechte. Es geht um das Recht des Menschen nach Arbeit, das ja sehr wohl genau definiert ist. (Die Erste Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Viel ist schon gesagt worden von meinen Vorrednern und ich möchte nur eines sagen zu meinem Vorredner, zum Herrn Landesrat Kepplinger, ich möchte dir einerseits danken, dass du von der emotionalen Ebene, wo es nur um Schuldzuweisungen gegangen ist in der aktuellen Stunde, zu einer sachlichen Analyse beigetragen hast und ich möchte auf diesem Weg fortfahren. Ich glaube, das Thema ist zu ernst, um es aus parteipolitischen Gründen sage ich als Spielwiese einzusetzen und zu verwenden. Ich möchte mich etwas auf den Bereich der Bildung konzentrieren. Bildung von Kind an, Bildung im Kindergarten, Bildung in der Schule, aber auch bitte lebenslanges Lernen. Ich habe immer wieder den Eindruck, dass gerade lebenslanges Lernen ein sehr aktuelles Schlagwort ist, aber dass eigentlich Maßnahmen, Bildungsangebote nicht unbedingt immer mit den Bedürfnissen der Menschen, und da bin ich eben auch bei Vorrednern, in den Regionen übereinstimmen. Und ich bin auch nicht begeistert, wenn Umschulungen, und ich werde es auch gleich begründen, ganz stark eben vom Handwerk in kaufmännische Berufe gehen, weil wir wissen alle, dass gerade bei den Frauen primär drei Berufe im Vordergrund stehen, bei den Mädchen drei Lehrberufe, unter anderem eben auch der kaufmännische Bereich, dass wir dort Arbeitsmarktprobleme haben und dass vor allem auch das Einkommen nicht dementsprechend ist. Also ist schon die Frage, warum schule ich jemanden um in einen Markt, wo sehr wohl ein Angebot da ist, weil sehr viele junge Frauen in diesen Bereich drängen.

Das heißt, Beratung, Bildung, längerfristig gesehen, Berufsqualifikationen im Auge zu behalten wird unsere Aufgabe sein. Ich denke, wir haben die Zeit, einmal einen Beruf zu erlernen, in dem ich das ganze Leben dann beschäftigt bin, schon lange überwunden. Aber meiner Meinung nach und der Meinung der Freiheitlichen haben Fortbildung und Weiterbildung diesen Schritt nämlich, auch in den Köpfen der Bevölkerung, eigentlich nicht so schnell den Erfolg gebracht, wie wir es uns erwartet haben.

Und ich warne davor, immer nur, und ich gehe jetzt auch ein bisschen auf die Formulierung, auf die Begründung ein, in Gemeinplätze oder in Pauschalzuordnungen zu verfallen. Wenn ich hier wieder lese, viele Frauen können wegen mangelnder Vollzeit Arbeitsplätze oder fehlender Kinderbetreuungseinrichtungen häufig nur eine reduzierte Erwerbsarbeit ausüben, dann bin ich genau dort bei meinem Vorredner. Das ist natürlich ein lokales, ein regionales Problem. Ich kann nicht sagen, einfach in ganz Oberösterreich ist es ein Problem, sondern ich muss mir genau jetzt anschauen, wo sind die Probleme, die schon aufgezeigt worden sind, in Rohrbach oder wie immer. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Den ganzen Antrag lesen!") Ich habe den Antrag gelesen, Kollege Frais, und ich kann Sinn erfassend lesen, ich danke dir, dass du mich da jetzt unterstützt hast. Ich muss nicht die ganze Begründung vorlesen, sondern ich nehme mir das Recht heraus, das zu nehmen, was mir wichtig ist, und ich hoffe, du gestehst es mir zu. Danke.

Ich muss aber natürlich auch eines dazu sagen, dass wir schauen müssen, was Bildung betrifft, was machen wir mit den Jugendlichen, die aufgrund reduzierter schulischer Kapazitäten, die sie sich angeeignet haben, keinen Lehrplatz bekommen? Weil wenn ich mir die Ziffern anschau und sehe, wie viele Lehrplätze angeboten werden, und andererseits wie viele Jugendliche keinen Lehrplatz bekommen, dann müssen wir uns spezielle Bildungsmaßnahmen auch überlegen. Wo kann ich etwaige Defizite wieder aufarbeiten? Es war mir, und ich habe es hier in diesem hohen Haus schon einmal gesagt, nicht einmal möglich vom Landeschulrat eine Zahl zu bekommen, wie viele Jugendliche keinen Hauptschulabschluss haben. Wo sollen wir denn dann wissen, wo wir ansetzen sollen? Wer was braucht? Wenn ich nicht einmal weiß, wer aus diesem Segment raus gefallen ist, und daher vielleicht auch gar keine weiterbildende Ausbildung mehr machen kann.

Auf die Frauen bin ich schon eingegangen. Und natürlich ist es auch ganz wichtig, dass wir uns den älteren Arbeitnehmern zuwenden. Ganz klar, längere Lebenserwartung, Menschen, die sich auch mit 50, 60 und ich weiß wovon ich spreche, noch wohl fühlen und noch arbeitsbereit sind. Für die Gruppe müssen wir Arbeitsplätze schaffen, wir müssen aber genau so auch diejenigen schonen, die aufgrund ihrer beruflichen Belastung Defizite haben und nicht mehr in der Lage sind, manche Leistungen wirklich hundertprozentig zu erfüllen. Eines ist mir auch noch ein Anliegen, und ich gehe jetzt ganz kurz auf die aktuelle Stunde von zuerst ein. Kollege Sulzbacher, deine Ausführungen haben mich schon sehr irritiert. Weil für mich die Frage aufgetaucht ist, welche Funktion hat eigentlich ein Betriebsrat? Du hast dich hier hergestellt, und hast mehr oder weniger die Qualifizierung der Betriebsräte, die ja das Unternehmen beraten sollen und mitpartizipieren sollen bei der Entscheidung, eine Qualifizierung abgesprochen, und hast sie indirekt, ich bin mir schon klar, du hast es nicht wortwörtlich gesagt, mehr oder weniger gemeint, nun ja, die fachliche Kompetenz ist, so scheint es, nicht da, sondern der Wunsch nach dem Geld, eine gewisse Geldgier ist ein Beweggrund. Und das sind nicht meine Gewerkschafter fraktionsmäßig, aber ich als Freiheitliche sage, behandeln wir Betriebsräte nicht als Parteisoldaten, sondern als eigenverantwortliche Menschen, die in ihren Betrieben versuchen, das Beste zu machen, und ordnen wir sie nicht einer Partei zu. (Beifall)

Wir haben im Landtag auch schon einige Ansätze gemacht. Ich erinnere nur, wir haben beschlossen, Beleben des ländlichen Raums. Wir haben es mitgetragen, wir Freiheitlichen, wir werden natürlich auch sehr genau schauen, ob es eine Absichtserklärung war der zuständigen Ressorts, ob sich eh wirklich etwas bewegt, oder ob die Belebung des ländlichen Raums einschläft. Denn eines muss uns auch klar sein, den Menschen ein stundenlanges Pendeln zuzumuten ist eigentlich wirklich die letzte Alternative, wenn sie vor Ort keinen Arbeitsplatz bekommen. Viele von uns pendeln auch ein zu den Landtagssitzungen aus den Regionen, aber nicht tagtäglich in der Stoßzeit, und jeder von uns weiß, was an Lebensqualität verloren geht, wenn man eben lange Anfahrtswege zum Beruf hat. Daher, wir sind neugierig, wir Freiheitlichen, wir sind natürlich bereit, unsere Ideen mit einzubringen, dass eben der ländliche Raum belebt wird, dass es kein Schlagwort bleibt, sondern dass die Menschen in ihrer Region Arbeitsplätze finden und dass sie dann auch dort wieder Lebensqualität eben erlangen können, die durch das Pendeln verloren geht. Also, Schwerpunkte, Arbeit genug, die auf uns zukommt, und ich hoffe und wünsche mir, dass die Einigung, oder das Gemeinsame heute bei diesem Antrag auch in Zukunft sich in Inhalten umsetzt. Ich danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Bitte Frau Abgeordnete Mag. Jahn.

Abg. **Mag. Jahn:** Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Präsidentin! Ich freue mich wirklich, dass wir einen gemeinsamen Antrag hier zustande gebracht haben, weil es ein Signal vor allem gegenüber der Bundesregierung unmittelbar, sozusagen auch gegenüber denen, die in der EU Politik machen ist, und ich glaube auch tatsächlich, dass es einen wesentlichen Unterschied gibt zwischen dem Verständnis, das wir hier im Land haben, und dem, was eben die derzeitige Bundesregierung hat. Und wenn Herr Stanek sagt, warum nehmt ihr uns denn nicht ab, dass wir auch die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen, ich nehme das jedem einzelnen hier herinnen persönlich ab, nur das Problem ist ja, dass die Politik, die gemacht wird, so wie es Landesrat Kepplinger beschrieben hat, auf Einsparen, Kürzen, Abbauen im Wesentlichen ausgerichtet war. Und wenn die Frage ist, hat es nicht auch zur Zeit der SPÖ-Regierung Arbeitslosigkeit gegeben, selbstverständlich auch Zeiten hoher Arbeitslosigkeit. Es war nur immer im Vordergrund, an aller vorderster Stelle, das Ziel, Arbeitslosigkeit abzubauen. Zuletzt war das Ziel, Nulldefizit abzubauen, auch auf Kosten der Arbeitslosigkeit, auf Kosten steigender Arbeitslosigkeit, und genau diese Fragen, diese Unterschiede heraus zu

arbeiten, wo führt denn die Politik nicht dazu, dass tatsächlich zusätzliche Arbeitslosigkeit verhindert werden kann?

Lassen Sie mich noch auf ein paar Punkte eingehen, zu denen ich mich ursprünglich nicht melden wollte. Frau Eisenrauch, Sie sagen, zweifeln Sie denn die Daten des AMS an? Die sind doch vom Dr. Obrowski. Meine Daten sind auch Daten des AMS, auch Daten des Dr. Obrowski. Selbstverständlich wird dort die Arbeitslosigkeit, wissen Sie, wird eben ohne Schulungsteilnehmer ausgewiesen. Das ist in der Statistik in Österreich so vorgesehen. Und warum wir auch die Schulungsteilnehmer dazurechnen, hängt einfach auch damit zusammen, dass wir die Dimension, dass wir sehen müssen, welche Dimension haben wir, und für welche Dimension gilt es denn auch Vorsorge zu treffen.

Und ein Beispiel ist hier wieder die Jugendarbeitslosigkeit. Jemand hat gesagt, die ist zurückgegangen im Februar. Sie ist tatsächlich zurückgegangen. Einschließlich Schulungsteilnehmern ist sie aber um vier Prozent gestiegen. Und so gut eben Schulungen sind, und ich glaube, Sie haben es selber kritisiert, dieses Sonderprogramm der Bundesregierung. Wir waren ja sehr froh, dass es zusätzliche Mittel gibt, wir haben uns ja jahrelang, auch die Arbeiterkammer jahrelang dafür eingesetzt, dass es zusätzliche Mittel gibt. Und Tatsache ist aber, dass man vermuten muss, ich möchte es einmal so formulieren, dass dieses Sonderprogramm halt doch in erster Linie dazu vorgesehen ist, um über Kurzqualifizierungen auch statistische Effekte in der Arbeitsmarktstatistik zu erreichen. Es ist so. Ich möchte Ihnen eine Zahl noch sagen. 22.000 Jugendliche werden da geschult über diese neue Programm und der Durchschnitt der Kosten darf 3.700 Euro nicht übersteigen. Die Ausbildung für einen Lehrabschluss würde aber 18.000 Euro ausmachen. Dann stellen Sie sich vor, wie viele von denen die Möglichkeit bekommen, tatsächlich eine Ausbildung bis zum Berufsabschluss zu machen. Das werden in ganz Österreich ein paar hundert, vielleicht ein-, zweitausend sein. Und das ist der Hintergrund, warum ich das auch immer aufzeige, und ich möchte das ohne Emotion eigentlich tun.

Und zum Thema Teilzeitarbeit. Selbstverständlich ist Teilzeitarbeit eine ganz wichtige Möglichkeit für Frauen, Familie und Beruf zu vereinbaren. Das Problem ist, dass die Frauen eben aufgrund ihrer familiären Zuordnung vielfach gar keine andere Möglichkeit haben, als Teilzeit zu arbeiten, und dann ein Ergebnis ist, die Männer machen Karriere und die Frauen sind die Dazuverdienerin. Und das hat auch folgenden Effekt. Wenn die Frauen auf die Dazuverdienerrolle sozusagen weiterhin ausgerichtet sind, dann sind sie es auch, die im Alter Armut zu ertragen haben. Schauen Sie sich all diese Zahlen an, und jetzt sage ich nicht, man soll nie Teilzeit arbeiten, ganz im Gegenteil. Ich sage, Teilzeitarbeit muss bei der Pension entsprechend abgesichert sein, was hier noch fehlt, und ich sage, und darauf sollten wir die gemeinsamen Kräfte konzentrieren, schauen wir, dass Teilzeitarbeit in den Betrieben auf allen Qualifikationsebenen möglich wird, dass Teilzeitarbeit vor allem auch für Männer möglich wird. Denn dann erst, dann erst kann das Problem nicht mehr auf die DazuverdienerInnenrolle hin konzentriert werden. Dann haben Frauen und Männer in Teilzeitarbeit die Möglichkeit auch Karriere zu machen, auch Aufstieg zu machen, wie man es auch immer nennen will.

Und zuletzt noch zur AMAG. Sie lassen natürlich, verstehe ich, keine Gelegenheit aus, das Thema ein bisschen an zu ziehen. Sie tun uns damit aber nicht weh. Weil wir überzeugt davon sind, dass es entscheidend ist, dass es österreichisches Kernaktionärseigentum an so wichtigen Betrieben gibt, und die AMAG ist so ein zentraler regionaler Betrieb, ich bin selber aus dem Bezirk Braunau. Wenn die AMAG dort nicht mehr ist, dann fehlt sehr, sehr viel. Und es ist sogar ein Beispiel, selbst wenn es unter sozialdemokratischer Führung privatisiert worden ist, das eben zeigt, wenn man als Staat gänzlich die Anteile aus der Hand gibt, hat mei-

ne keine Möglichkeit mehr, keine Entscheidungsmöglichkeit. Und gerade aus diesem Grund ist aber damals die Mitarbeiterbeteiligung gegründet worden, diese Mitarbeiterstiftung war zu diesem Zweck. Und das Stiftungsrecht sagt nicht, dass diese Beteiligung den Mitarbeitern gehört, sondern das Stiftungsrecht sagt, die Begünstigten sind die Mitarbeiter, aber ausgelegt wurde diese Mitarbeiterstiftung ausschließlich dazu, dauerhaft hier Vermögen in Arbeitnehmerhand zu halten. Und hätte es diese Mitarbeiterbeteiligung nicht gegeben, hätte Herr Hammerer seinen Anteil bereits längst an die ALCOA in den USA verkauft. Und jetzt kann man noch sagen, nun ja, was ist, wenn es an die ALCOA verkauft wird, an die USA, vielleicht ist das die richtige Perspektive? Ich kann es auch den Mitarbeitern nicht verübeln, wenn viel Geld kurzfristig auch zu verdienen ist, und die verdienen alle nicht sehr viel Geld. Also, da ist noch einmal ein bisschen ein Unterschied zu uns, denke ich mir. Ich kann es ihnen nicht verübeln, wenn sie sagen, ich möchte jetzt das Geld haben. Nur die andere Variante heißt Ausverkauf. Und eines frage ich Sie hier, es gibt nämlich einen zweiten Beteiligten, das ist die Firma Constantia, das ist ein österreichischer Konzern, ein Verpackungskonzern, der abhängig ist davon, ob er einen guten Liefervertrag mit der AMAG hat. Und deshalb hat er sich damals beteiligt an der AMAG. Und ich frage wirklich, wollen Sie, dass dieses österreichische Unternehmen den Einfluss auf die AMAG verliert? Und mit 40 Prozent verliert sie ihn im Wesentlichen, wenn die ALCOA 60 Prozent hat. Es geht um die Frage, Ausverkauf der AMAG an einen US-Konzern oder nicht? Und die Firma Constantia hat den Mitarbeitern ein hervorragendes Angebot jetzt gemacht. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Und hat ein Vorkaufsrecht auf die Anteile des Herrn Generaldirektors Hammerer!", Zwischenruf Landesrat Dr. Kepplinger: "Aber nicht um 350 Millionen Euro!") Das Angebot an die Mitarbeiter ist, die Mitarbeiterbeteiligung mit ihrem jetzigen Wert zu sichern. Das heißt, wenn sie in zwei, drei, fünf Jahren dann zu dem Ergebnis kommen, wir haben einen Beteiligungsfonds dann als Land und die Mitarbeiter brauchen daher diese Rolle nicht mehr wahrzunehmen, dann können sie zu dem jetzigen Wert auch nachher noch verkaufen. Zusätzlich wird es eine Sonderdividende geben, zusätzlich wird es ein Vetorecht geben für die Beschäftigten, wenn die Firma Constantia verkaufen würde. Und das ist ein Angebot, wovon ich doch hoffe und ausgehe, dass die Mitarbeiter dieses Angebot auch annehmen werden. Es ist ein sehr gutes Angebot, und unsere Seite hat das sehr, sehr unterstützt.

Und zuletzt noch einen Satz zur voest, weil sie auch immer hergehen und sagen, wir wären die gewesen, die hier das große Theater gemacht hätten. Hätte sich die SPÖ damals nicht so sehr eingesetzt, dann wäre die voest an Stronach verkauft worden, das wissen Sie, das wissen Sie alle. (Unverständliche Zwischenrufe) Und vor allem, ich möchte jetzt diese Debatte nicht auf der emotionalen Ebene führen. Tatsache ist, dass die voest an Stronach verkauft werden sollte, und es ist Gott sei Dank gelungen, das zu ändern. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Ach Sie waren das, das ist wirklich interessant. Waren Sie in Wien und haben das verhindert? Reden wir von den Fakten!") Aber, lassen Sie mich noch zum letzten Satz kommen. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Das hat sogar der Herr Oberchristl zugegeben!") Ich glaube, dass viele - (Zwischenruf Landesrat Dr. Kepplinger: "Weil er von uns Druck gekriegt hat!") - ich glaube, dass viele von Ihnen zuletzt auch den Profil-Artikel von Herrn Eder gelesen haben. Der Generaldirektor der voest. Der Generaldirektor der voest hat jetzt das erste Mal das Problem einer möglichen feindlichen Übernahme trotz der jetzigen Absicherung geschildert. Und um diese Fragen geht es. Es geht nicht darum einen Hickhack zu machen, ob wir ohnehin auch privatisiert hätten und so weiter und so fort. Es geht um die Frage, sichern wir unsere Unternehmen, unseren wenigen Großunternehmen, die wir haben, durch öffentliche Beteiligungen ab. Und wenn man sie nicht durch öffentliche Beteiligungen absichert, zeigt selbst das Beispiel das AMAG, dass du kaum mehr Einfluss hast, sie abzusichern. Dankeschön. (Beifall)

Erste Präsidentin: Weitere Wortmeldungen gibt es nicht mehr. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 839/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen, und zwar zunächst zur Beilage 824/2006, das ist der Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Grundverkehrsgesetz 1994 geändert wird (Oö. Grundverkehrsgesetz-Novelle 2006). Darüber berichten wird der Herr Abgeordnete Franz Schillhuber.

Abg. **Schillhuber:** Beilage 824/2006, Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Grundverkehrsgesetz 1994 geändert wird (Oö. Grundverkehrsgesetz-Novelle 2006). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 824/2006.)

Der Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Grundverkehrsgesetz 1994 geändert wird (Oö. Grundverkehrsgesetz-Novelle 2006) beschließen.

Erste Präsidentin: Danke. Ich eröffne die Wechselrede und erteile dir das Wort.

Abg. **Schillhuber:** Geschätzte Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete! Das Grundverkehrsgesetz regelt in Oberösterreich vor allem die Grundstücksverkäufe sowohl im Bauland wie im Grünland, wie auch Wohnungsvermietungen. Ich möchte mich vor allem mit dem grünen Grundverkehr, mit dem Grundverkehr von landwirtschaftlichen Grundstücken beschäftigen. Bisher war es so, dass eigentlich die Bewirtschaftungsverpflichtung die Auflage war, unter welchen Bedingungen Grundverkehrsgeschäfte mit landwirtschaftlichen Grundstücken in Oberösterreich durchgeführt werden. Durch einen Entschluss des EUGH, des europäischen Gerichtshofes, mussten diese Eintragungen durchgeführt werden und es genügt jetzt der Bewirtschaftungsnachweis. Ich glaube, dass auch mit diesem Bewirtschaftungsnachweis gesichert ist, dass landwirtschaftliche Grundstücke von der Landwirtschaft in Zukunft durchgehend bewirtschaftet werden. Es ist so, dass jetzt eigentlich durch das Einstiegsrecht, das über den Siedlungsfonds, aber auch von interessierten Landwirten wahrgenommen werden kann, geregelt ist, dass Grundstücke in oberösterreichischer Hand bleiben werden.

Ich gehe davon aus, dass diese Regelungen auch in den kommenden Jahren erfolgreich für die oberösterreichische Landwirtschaft eingesetzt werden können. Ich hoffe, dass mit dieser Regelung, und wir haben in den Ausschüssen lange darüber diskutiert, die EU-Konformität dieses Gesetzes gegeben ist. Und ich danke Landesrat Dr. Josef Stockinger für sein Bemühen dieses Gesetz auf neue Schienen zu bringen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Wortmeldungen? Bitte Frau Abgeordnete Wageneder.

Abg. **Wageneder:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer/innen! Ich möchte noch kurz etwas ergänzen. Bei den landwirtschaftlichen Anwesen soll es weiterhin darum gehen, darum haben wir ja dieses Recht jetzt eingeschränkt, wenn nicht die Selbstbewirtschaftung ist, dass das wenigstens vier Wochen an der Amtstafel angeschlagen werden muss und dass die Bäuerinnen und Bauern auch die Möglichkeit haben noch nach dem ortsüblichen Preis anzubieten, damit die landwirtschaftlichen Grundstücke und Forstgrundstücke weiterhin unseren Bauern und Bäuerinnen möglichst erhalten, weil

diese brauchen auch diese Grundstücke um ausreichend ihre Einkommen zu sichern. Es ist ja auch noch möglich, dass Bauern andere Marktnischen erschließen oder wie wir schon immer wieder auch diskutieren auch in Ökoenergieprojekte einsteigen.

Zusätzlich ist uns ein zweiter Punkt bei dieser Novelle zum Grundverkehrsgesetz wichtig, und zwar er betrifft die Regelungen für Menschen, die nicht EU-Bürger/innen sind. Diese mussten in der Vergangenheit bei Mietverträgen ab zehn Jahren um Genehmigung ansuchen und das widerspricht jetzt derzeitigen EU-Richtlinien. Außerdem war das für die Wohnungswerber/innen ein sehr erheblicher Aufwand und diese Kosten, diese Sonderverfahren, hatten sie ausschließlich selbst zu tragen. Aber nicht nur für die Wohnungswerber/innen ergaben sich hier zusätzliche Kosten, sondern auch für die Behörden mussten 800 Verfahren hier abgewickelt werden und diese Verfahren werden in Zukunft entfallen. Und diese Regelung verhinderte auch keineswegs eine Gettoisierung. Dieses Ziel wurde damit absolut nicht erreicht. Ja, diese Novelle bringt einerseits doch einen gewissen Schutz für unsere landwirtschaftlichen Grundstücke. Sie schützt diese vor dem Ausverkauf und bringt eine Gleichstellung für unsere Drittstaatsangehörigen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Herr Klubobmann Mag. Steinkellner bitte.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Gesetz ist schlecht, das Gesetz ist schlecht für uns Oberösterreicher, weil es Folgendes, was Frau Kollegin Wageneder jetzt gerade angesprochen hat, eben noch mehr aufmacht. Anstelle dass wir rechtzeitig eingreifen um eine Gettoisierung zu verhindern, anstelle dass wir befristete Mietverträge sehr wohl auch grundverkehrsbehördlich genehmigen, um zu verhindern, dass dann nachher im Schulbereich plötzlich eine quasi Schulwanderung in den jeweiligen Sprengeln stattfindet, (Zwischenruf Abg. Wageneder: "Da wird sich nichts ändern!") lässt man jetzt mit diesem Gesetz, mit dieser Gesetzesänderung zu, dass neue Gettos sich bilden können, anstelle dass man im Grundverkehr wirklich eingreift und sagt, dass ist nicht gesund, wenn über 30 Prozent, 40 Prozent, 50 Prozent Ausländer in einem Stadtteil, in einem Straßenzug leben und wir haben dann nachher die Probleme im Schulbereich, macht man jetzt Tür und Tor auf. (Zwischenruf Abg. Wageneder: "Das kann man damit nicht regeln!")

Unsere freiheitlichen Anträge, die wir genau in die Gegenrichtung gestellt haben, wurden selbstverständlich hier von der Mehrheit abgelehnt. Man soll sich einmal überlegen, wenn man in einem derartigen Stadtteil lebt, in einem derartigen Wohnblock lebt, wie man sich dann fühlt, wenn plötzlich das Eigentum entwertet ist, wenn plötzlich die Umgebung eine andere wird. Man kann sich das in Wien anschauen, aber man kann es sich auch in einzelnen Stadtteilen sehr wohl in Oberösterreich in Linz oder in Wels ansehen. Und wir verleugnen das Problem, wir verneinen es, wir tun so als gäbe es das nicht. (Zwischenruf Abg. Wageneder: "Das haben wir bisher auch nicht verhindern können!")

Der Herr Landesschulratspräsident hat in dieser Woche eine Pressekonferenz gegeben, wo er jetzt plötzlich auch der Ansicht ist, dass es nicht so weitergehen kann, dass also Gruppen wirklich den Schulsprengel wechseln, weil in der jeweiligen eigenen Schule so wenige Kinder sind, die der deutschen Muttersprache ausreichend mächtig sind. Das kann doch nicht sein, dass wir zulassen, dass unsere Kinder entsprechende Nachteile haben. Und was machen wir als Oberösterreichischer Landtag? Wir machen das Grundverkehrsgesetz auf, dass sogar die unbefristeten Mietverträge jetzt nicht mehr genehmigungspflichtig wären. Nein, der richtige Schritt wäre, auch befristete Mietverträge sehr wohl grundverkehrsbehördlich zu genehmigen, weil dann hätten wir ein Instrumentarium, sehr wohl einzugreifen.

Aber auch unsere Bauern hier im Landtag verstehe ich absolut nicht. Das was hier jetzt gemacht wird, dass man aufmacht, dass jeder nur mehr wie der Kollege bereits vorhin gesagt hat, nachweisen kann, dass bäuerlich bewirtschaftet wird. Wissen Sie was es bedeutet? Wie einfach es sein wird nunmehr für einen Genkonzern, der also hier einen Versuchsballon starten möchte, sehr wohl jetzt Grundeigentum zu erwerben oder erwerben zu lassen und dann einmal zu testen wie ernst ist es dem Oberösterreichischen Landtag gegen Gentechnik aufzutreten? Ich denke, dass wir sehr wohl Interesse haben sollten, eine strenge Grundverkehrsregelung zu haben, dass wir beim Mietbereich eine strenge Regelung haben sollten, aber auch in der Information und Transparenz bin ich enttäuscht darüber, dass es keine Unterstützung gegeben hat, dass wenigstens alle Bauern wissen, wenn bäuerlicher Grund verkauft wird. Wer garantiert denn, dass die Information, so wie sie in diesem Gesetz vorgesehen ist, wirklich an alle interessierten Bauern geht? Wäre es da nicht richtig und fair, alle Bauern über die eigene Landwirtschaftszeitung der Landwirtschaftskammer zu informieren? Auch dieser Abänderungsantrag wurde abgelehnt. Keine Transparenz, Türen auf, dass jeder mieten kann, Tür auf, dass jeder bäuerlichen Grund kaufen kann. Wir werden sehen, was damit passiert. Die Freiheitlichen lehnen diesen Antrag ab. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Klubobmann Trübswasser.

Abg. **Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren! Ich möchte die Diskussion nicht unnötig verlängern, aber einerseits verstehe ich ja den Kollegen Steinkellner, der weil Kollege Aspöck heute aus Krankheitsgründen fehlt gewissermaßen vertreten möchte. Ich verstehe es auch deswegen, weil gerade ein Volksbegehren läuft, das, läuft ist überbetrieben, das etwas wenig Beachtung hat, aber ich möchte trotzdem, trotz dieses Verständnisses ein paar Sätze dazu sagen, was Kollege Steinkellner hier gesagt hat. Was du gesagt hast, Kollege Steinkellner, ist so der klassische Fall des verbalen Rundumschlags mit unscharfen Begriffen, um Emotionen zu wecken und genau dort in das Ziel zu treffen, wo sich dieser dumpfe und nicht genau fassbare Begriff Fremdenfeindlichkeit konzentriert. So ist es, denn die Ausländer gibt es genau so wenig wie die Linzer oder die Mühlviertler oder die Steyrer oder sonst was. Wir haben es mit Menschen zu tun.

Und warum ich herausgegangen bin, ist nicht die politische Auseinandersetzung, ich möchte nur festhalten Günther, dass von Menschen grundsätzlich keine Gefahr und keine Entwertung eines Objektes ausgeht. Was du hier gesagt hast, dass durch die Anwesenheit von Menschen Objekte oder Stadtviertel entwertet werden, ist menschenverachtend, in dem Fall fremdenfeindlich und rassistisch. Das halte ich hier fest und möchte (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Der Vorwurf des Rassismus bedarf eines Ordnungsrufes! Das kann es nicht sein!") dich in dieser Äußerung wirklich außerhalb jenes Kreises stellen, der diesen Landtag eint. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Das kannst du Gott sei Dank nicht, Herr Oberlehrer!" Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Schenner.

Abg. **Schenner:** Sehr geehrte Frau - Aha, geht ein bisschen weiter. Ich warte lieber bevor es mich zusammenfährt. - (Erste Präsidentin: "Mit technischen Dingen muss man umgehen können!") Muss man aufpassen. Ja, ja meine Frau sagt auch immer, dass ich da ein bisschen patschert bin. (Erste Präsidentin: "Ich glaube, jetzt geht es!")

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn sie ein Eigentümer eines landwirtschaftlichen Grundstückes sind und beabsichtigen, das zu

verkaufen, dann können sie es nach dieser gesetzlichen Bestimmung, die wir heute beschließen, nicht einfach an den Bestbieter verkaufen, sondern es gibt dafür Einschränkungen. Wenn das Grundstück kleiner als 5.000 Quadratmeter ist, dann ist zumindest erforderlich, wenn sie einen Käufer haben, der das selbst bewirtschaftet, dass er nachweist, dass es weiterhin bewirtschaftet wird. Wenn es größer als 5.000 Quadratmeter ist, kann es ihnen sogar passieren, dass jemand anderer dieses Grundstück erwerben möchte und sie haben dann als Eigentümer nur die Wahl entweder das zu einem ortsüblichen Preis zu verkaufen oder es sich zu behalten. Also wir gehen, und ich glaube, da sind wir uns alle einig, davon aus, dass es da um eine Einschränkung eines Eigentumsrechts aus öffentlich-rechtlichem Interesse geht. Und ich möchte gleich dazusagen, dass die öffentlich-rechtlichen Interessen, die im Grundverkehrsgesetz angeführt sind, nämlich eine leistungsfähige und gesunde bäuerliche Land- und Forstwirtschaft zu erhalten oder etwa Spekulationen mit landwirtschaftlichen Grundstücken zu vermeiden, dass diese öffentlich-rechtlichen Gründe, die da angeführt werden, für uns überzeugend und ausreichend sind und dass wir daher dieser Änderung zustimmen.

Ich möchte damit auch sagen, dass wir entsprechend konsequent sind. Und ich wünsche mir natürlich oder ich würde mir wünschen, dass diese Konsequenz auch bei anderen Fragen, wo es um Fragen des Eigentums geht, an den Tag gelegt wird. Wenn der Kollege Hingsamer zum Beispiel, der jetzt gerade nicht da ist, aber der zu unserem Antrag das letzte Mal gesprochen hat, wenn der Kollege Hingsamer diese zwei Rahmenbedingungen hat. Entweder er muss ein Grundstück über 5.000 Quadratmeter nicht an den Bestbieter, sondern an den verkaufen, wenn er es verkaufen möchte, der den ortsüblichen Preis zahlt oder er muss dulden, dass, wenn es einen Meter Schnee hat, jemand mit den Langlaufskiern über seine Wiese fährt, muss ich sagen, ist, glaube ich, das Langlaufschifahren über die Wiese schon eine geringere Einschränkung seines Eigentumsrechts als das was wir heute beschließen. Und daher würde ich mir halt wirklich wünschen, dass man diese Konsequenz auch in anderen Bereichen hat und nicht nur dort, wo es in das ideologische Kastl passt und dort wo es nicht hineinpasst, da wird mit absurden Argumenten wie mit geförderten Eigentumswohnungen oder Picknick in einer frisch aufwachsenden Wiese das halt ad absurdum geführt. Also wenn öffentliche Interessen, dann würde ich bitten, nicht nur die öffentlichen Interessen, die aus dem Bereich der Landwirtschaft kommen, sondern auch die öffentlichen Interessen, die andere Menschen haben.

Das Zweite: Die Befürchtung, dass da jetzt ausländische Konzerne gentechnische Experimente veranstalten, die habe ich eigentlich nicht, weil problemlos kaufen kann man ja nur unter 5.000 Quadratmeter. Und ich glaube, auf einem halben Hektar, ich weiß ja nicht, du bist ja eher der Spezialist, aber auf einem halben Hektar wird man keine großen gentechnischen Experimente in der Landwirtschaft als amerikanischer Gentechnikkonzern anstreben können.

Und auch zur Frage, ob man also etwas regeln soll in Bezug auf das Zusammenleben der Menschen, die in Österreich geboren sind oder zugezogen sind, im Grundverkehr, kann ich mir nicht vorstellen, dass diese Lösung, die du, Kollege Steinkellner, da angezogen hast, über den Grundverkehr in irgendeiner Weise etwas bringen würde. Abgesehen von den menschlichen Argumenten, die der Kollege Trübswasser schon gebracht hat, würde ich mir wünschen als jemand, der auch Gesetze vollziehen muss in einem anderen Beruf, dass ein Gesetz immer auch vollziehbar ist.

Und wie sollte ein Gesetz formuliert werden, das dann menschlich, gerecht, transparent und für die Beamten, die es anwenden müssen, auch durchschaubar ist, um da in irgendeiner

Form eine Lösung zu finden? Wir haben jetzt die befristeten, die unbefristeten Mietverhältnisse drinnen gehabt. Na, was war die Folge? Man ist halt einfach auf befristete Mietverhältnisse gegangen, wenn man die auch noch hinein gibt, dann geht man auf die Untermietverhältnisse, wenn man die auch noch hinein gibt, dann geht man auf die Dienstwohnungen und wenn man die auch noch hinein gibt, geht man auf Prekarien oder Bittleihen. Man kann ein gesellschaftliches Problem in diesem Punkt, meiner Meinung nach, nicht mit solchen, jedenfalls nicht mit dem Grundverkehrsgesetz, regeln, sondern das ist eine Frage von Integrationsvereinbarungen, von Integrationsleitbildern und von gelebter Integration. (Unverständliche Zwischenrufe) Bitte? Das kann man auf jeden Fall, ja.

Erwähnen möchte ich noch, dass wir selbstverständlich auch gesagt haben, dass in jeden Fall eine Zustimmung des Gemeindevorstandes bei der Abgabe eine Stellungnahme der Gemeinde zu aufwendig ist, noch dazu wo man nur 14 Tage Zeit dazu hat, dass wir aber auch verlangt haben, dass der Bürgermeister dann die anderen Mitglieder des Gemeindevorstandes informiert, dass eine Anfrage, die über diesen Grundverkehr gekommen ist, denn sie sollten ja wissen was da passiert, was verkauft wird. Und sie haben ja immer noch die Möglichkeit über den Gemeinderat gegen den Bescheid, der dann erlassen wird von der Grundverkehrskommission, einen Einspruch zu machen.

Und ebenfalls erinnern daran möchte ich, dass wir in den Unterausschussberatungen darum gebeten haben, dass man nach zwei Jahren in etwa eine Evaluierung dieses Gesetzes macht. Einerseits wie viel haben wir uns erspart durch den Wegfall der Mietverträge, andererseits welcher Mehraufwand ist entstanden durch die Regelung, wenn der Käufer nicht gleich selbst der Bewirtschafter ist und insgesamt welche Folgen dieses Gesetz gehabt hat, um es eventuell nachzujustieren. Wir werden unter diesen Bedingungen der Gesetzesvorlage zustimmen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster und vorläufig letzter Redner - bitte ja, gehen Sie nur vor - Herr Dr. Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair:** Werte Präsidentin, meine Damen und Herren, Kollege Trübswasser! Auch wenn ihr immer wieder versucht bei Themen, die ihr negiert oder die nicht in eure Weltanschauung passen, sofort mit einer scharfen Rassismuskeule zu antworten, so werden wir nicht müde werden, die Themen so anzusprechen wie sie anzusprechen sind, nämlich der Sache auf den Grund zu gehen und die Probleme anzusprechen, die bestehen. Und was ist denn das Problem, um das es geht? Es ist, dass die Integration nicht nachkommt mit der in den letzten Jahren stattgefundenen umgehenden Zuwanderung. Das ist eine Tatsache. Und was wir vermeiden wollen aus den verschiedensten Gründen ist, dass es keine Gettoisierung gibt, dass es keine Parallelgesellschaften gibt, dass es keine Entwicklung gibt, die den sozialen Frieden in unserer Heimat stört. Und um das geht es und nicht um Fremdenfeindlichkeit oder um die Anschuldigung, Menschen sind die Ursache, wenn eine Region oder ein Stadtteil nicht dem entspricht was wir uns vorstellen. Nein, nicht die Menschen sind schuld an der Entwicklung, sondern eine Politik, die sich nicht Tatsachen stellt. Und daher haben wir unsere Anträge eingebracht, die alle negiert wurden, nämlich eine Änderung des Grundverkehrsgesetzes, wo wir festlegen wollten wie hoch der maximale Ausländeranteil in einem Wohnobjekt oder in einem Stadtviertel sein darf. Das war die Beilage 813, ein Initiativantrag, wo wir das Thema einfach vom Grund her diskutieren und betrachten wollten oder den Antrag, wo es um die Quote für die Niederlassung von Ausländern geht, auch wieder bezogen auf Wohnobjekte und Stadtviertel. Das war ein Antrag mit der Beilagennummer 498 in dieser Legislaturperiode. Oder den Abänderungsantrag zur Grundverkehrsgesetznovelle 2006, wo es um die Veröffentlichung in der von der Landwirtschaftskammer für Oberöster-

reich ausgegebenen Zeitschrift "Der Bauer" geht, wenn es eben um den Erwerb durch Nichtselbstbewirtschafter geht.

Wir haben die Anträge eingebracht, um Probleme, sich entwickelnde Probleme zu vermeiden, dass wir endlich beginnen, die Probleme dort zu sehen, wo sie wirklich sind. Noch einmal, das hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun, sondern es hat damit zu tun, unsere Lebensqualität, das Miteinander der Menschen, die in Österreich sind, zu sichern und um nicht eine Entwicklung in soziale Unruhen zu ermöglichen.

Ich kann nur eines vielleicht zum Abschluss sagen, wer immer glaubt, dass die Integration ausreichend ist und der Zuzug nicht überbordert, der möge sich einmal in meine Ordination in Wels im Bahnhofsviertel begeben und soll sich die Probleme, die sich hier im Sozialbereich, im Gesundheitsbereich, in der Kommunikation häufen, was da für eine Entwicklung auf uns zukommt.

Ich sage nur eines. Menschen können zu uns kommen, wenn sie eine Chance haben, sich hier integrieren zu können. Menschen sollen nicht zu uns kommen, wenn sie im Ghetto landen, wenn sie enturzelt sind und keine Chance haben, ihrer Entwurzelung Herr zu werden, weil das Problem für die ganze Gesellschaft ein zu großes ist. (Unverständlicher Zwischenruf) Das sollte man einmal objektiv betrachten und nicht aus einer ideologischen Brille. Es geht um die Menschen, die hier sind und um die Menschen, die zu uns kommen wollen und hier eine Zukunft haben sollen. Sonst haben sie sie nämlich nicht. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich bitte jetzt Herrn Landesrat Dr. Stockinger als nächsten Redner zum Rednerpult. Er ist der vorläufig letzte Redner.

Landesrat **Dr. Stockinger:** Geschätzte Frau Präsidentin, hoher Landtag! Der Oberösterreichische Landtag und Oberösterreich generell hat eine gute Tradition, eine sehr vorsichtige und besonnene Vorgangsweise im Zusammenhang mit dem Grundverkehr in den letzten zwölf Jahren praktiziert. Ich erinnere daran, 1994, ein Jahr vor dem EU-Beitritt, haben wir auch in Entsprechung der öffentlichen Diskussion und der vielen Ängste, die es damals gegeben hat, wird nun in einem gemeinsamen Europa Grund und Boden, die schönsten Flecken unseres Landes, das Salzkammergut, interessante landwirtschaftliche Flächen, werden die Gegenstand für internationale Käufer, werden wir einen Ausverkauf unseres Landes, unserer Landschaft, unserer schönsten Landschaften in Oberösterreich riskieren und befürchten müssen. (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Schenner.) Kollege Schenner, du sagst es. Wir haben dann eine sehr strenge Regelung beschlossen, einvernehmlich und haben gesagt, gut, wir respektieren diese Ängste und zeigen der Bevölkerung, dass wir eine Antwort darauf haben. Und die EU hat uns für fünf Jahre diese übervorsichtige Gangart in Sachen Grundverkehr zugestanden.

Was hat sich herausgestellt? Dass die Ängste unbegründet waren. Sage ich auch in Richtung FPÖ, die Ängste unbegründet waren und wir nicht feststellen konnten, dass der Zuzug mehr worden ist, dass es einen Ausverkauf gegeben hat oder dass es bewusst von deutschen, holländischen, französischen Käufern, von wem immer, Versuche gegeben hat, heimischen Interessenten zu verdrängen.

Wir haben daher 2002 in Konsequenz und nach einer ehrlichen Analyse und Diskussion eine sehr große Überarbeitung des Grundverkehrsrechtes gemacht, eine große Novelle, und hier einen Schritt, eigentlich zwei Schritte wieder zurücknehmen können. Wir haben gesehen, diese übervorsichtige, sehr rigide und strenge Handhabung ist nicht notwendig. Wir konnten

Bürokratie abbauen, Bewilligungs- und Genehmigungspflichten zurücknehmen und den Grundverkehr wieder öffnen. Übrigens damals auch die Anzahl der Grundverkehrskommissionen reduzieren, sehr viel Bürokratie und auch Kosten für den Bürger wegbringen, insgesamt 25.000 Verwaltungsverfahren, die eine Belastung für die Verwaltung waren, für die Kommissionen waren, aber auch Kosten für die Bürger gebracht haben, wegbringen und hier eine neue Regelung zugrunde legen.

Wir werden heute mit der Zustimmung der drei größeren Landtagsfraktionen einen nächsten Schritt in der Weiterentwicklung des oberösterreichischen Grundverkehrsrechts machen müssen, für den ich dankbar bin aus zwei Gründen: Weil zum einen eine weitere Entbürokratisierung stattfindet und sinnlose Verfahren, die bisherigen Genehmigungspflichten von Mietverträgen waren sinnlose Verfahren, 800 im Jahr, sinnlose Verfahren wegbringen.

Kollege Steinkellner! Es ist das Grundverkehrsrecht absolut ungeeignet, Zuwanderungspolitik oder Integrationspolitik zu machen oder in irgendeiner Form zu glauben, eine Durchmischung der Bevölkerung oder eine strengere Handhabung der Zuwanderung erreichen zu können. Wir können mit der Genehmigung von Mietverträgen nicht das ersetzen, was die Aufenthaltsgenehmigung, was die Beschäftigungsgenehmigung, überhaupt die Grundregeln für die Zuwanderung ausmachen. Das wäre ein verkehrter Ansatz, das wäre der falsche Hebel und darum sage ich auch ganz klar, das was ihr da vorgeschlagen habt, das mag ein wenig populistisch auf dem Papier klingen und euch gut in den Kram und in die momentane Debatte in die Wiederprofilierung der FPÖ auf Strache-Kurs passen, aber es ist völlig ungeeignet und ziemlich sinnlos, das ins Verkehrsgesetz rein zu nehmen, was ihr vorgeschlagen habt.

Und der zweite Schritt, der ist mir besonders wichtig. Der eine ist die Entbürokratisierung und ein vernünftiger Wegfall von Genehmigungspflichten, die sinnlos waren und der zweite Schritt ist eine Reaktion auf höchstgerichtliche Urteile. Der EuGH hat gesagt, die Selbstbewirtschaftungsverpflichtung, die wir bisher in unserem Grundverkehrsgesetz vorgesehen haben bei landwirtschaftlichen Grundstücken ist nicht mehr weiter aufrecht erhaltbar. Daher haben wir uns ein neues System überlegt. Aus meiner Sicht ein fast besseres System, denn offen gestanden, auch die frühere Selbstbewirtschaftungspflicht hat Umgehungsmöglichkeiten gehabt. Was tust du denn, wenn er dir erzählt, er tut selbst bewirtschaften und drei Jahre später tut er es nicht mehr? Da ist die neue Regelung, der neue Schlüssel für die Spekulationsbremse, den wir gemeinsam gefunden haben, ein viel besserer, nämlich eine Eintrittsmöglichkeit von bäuerlichen Interessenten, eine Möglichkeit, dass lokale Interessenten oder der landwirtschaftliche Siedlungsfonds quasi Interesse für dieses Grundstück bekunden und dann die Grundverkehrskommission nicht nur die Möglichkeit, sondern die Verpflichtung hat, den Spekulationskauf an einen nicht bäuerlichen Grundeigentümer, der nicht selbst bewirtschaftet, nicht zu genehmigen und damit diesen Vertrag nicht rechtsgültig werden zu lassen.

Ich glaube, dass diese Regelung eine sehr geeignete, eine sehr brauchbare, wirklich Spekulationsbremse ist, die auch praxisgerecht ist aus zwei Gründen, weil der örtliche Interessent und auch der landwirtschaftliche Siedlungsfonds diesen Zugang hat und weil es wirklich uns gelungen ist, jetzt sehr rasch und sehr pragmatisch diese gute Ersatzregelung, würde fast sagen, diese fast bessere Neuregelung des Prinzips Bauernland in Bauernhand im Landesgrundverkehrsgesetz durchzusetzen.

Ich sage zur Diskussion um den Ausländergrundverkehr zum Schluss noch eines auch in aller Klarheit, die Bestimmungen, die strengen Bestimmungen des Ausländergrundverkehrsrechts für Käufe, für Wohnungskäufe, Liegenschaftskäufe, Hauskäufe bleiben unangetastet

aufrecht. Hier ist es wichtig, die Dinge nicht zu vermischen. Die Ausländergrundverkehrskommissionen bleiben in diesem Bereich, den Rückzug gibt es ausschließlich im Bereich der Mietverträge und dort haben sich diese Genehmigungspflichten ohnehin für sinnlos und nur ein bürokratisches, belastendes Instrument erwiesen.

Ich möchte mich zum Schluss recht herzlich bedanken für die einmütige, (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Bauernzeitung!") fast einmütige Beschlussfassung und ich glaube, dass mit dieser Novelle ein weiterer guter Schritt dafür gesetzt wird, dass der Grundverkehr in Oberösterreich ein Instrument ist, das auch noch einen gewissen Regelungscharakter und eine Leitmöglichkeit hat. Danke schön. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Es gibt keine Wortmeldung mehr. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Wenn Sie dem Antrag zur Beilage 824/2006 zustimmen, bitte ich Sie, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 825/2006. Das ist der Bericht des Ausschusses für Umweltangelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Umweltschutzgesetz 1996 geändert wird. (Oö. Umweltschutzgesetz-Novelle 2006). Ich bitte die Frau Abgeordnete Schwarz darüber zu berichten.

Abg. **Schwarz:** Beilage 825/2006. Das ist der Bericht des Ausschusses für Umweltangelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Umweltschutzgesetz 1996 geändert wird (Oö. Umweltschutzgesetznovelle 2006). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 825/2006.)

In einer Unterausschusssitzung haben wir mit allen Fraktionen beraten unter der Begleitung von der Fachabteilung, wo ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen möchte an die Fachabteilung für die Erarbeitung und auch für die Erklärungen, die dazu geführt haben, dass wir zwar wesentliche Inhalte verstanden haben, aber wir zur Auffassung gekommen sind, das Umweltschutzgesetz ist in Ordnung und wir werden dem zustimmen können, aber verständlich und für uns leicht lesbar ist es sicher nicht. Da hat uns aber natürlich auch der Verfassungsdienst klar gelegt, wir müssen uns an die rechtlichen Bedingungen halten und es sind diese Gesetze einfach zu machen und zu ändern, auch wenn es uns nicht immer ganz verständlich erscheint und sehr viele Fremdwörter drinnen sind.

Der Ausschuss für Umweltangelegenheiten beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Umweltschutzgesetz 1996 geändert wird, (Oö. Umweltschutzgesetz-Novelle 2006) beschließen.

Erste Präsidentin: Danke. Ich eröffne die Wechselrede und bitte den Herrn Abgeordneten Steinkogler um seine Rede.

Abg. **Steinkogler:** (Zwischenruf Abg. Winterauer: "Wir beschließen es auf jeden Fall, auch wenn wir es nicht verstehen!") Ich glaube, das Umweltschutzgesetz ist auch für einen Goise-rer verständlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Frau Präsidentin! Das oberösterreichische Umweltschutzgesetz, hat meine Vorrednerin schon gesagt, ist ein Anpassungsbedarf

durch die Rechtsentwicklung. Die Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie, der Umweltlärmmrichtlinie, der Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie und der Seveso II-Änderungsrichtlinie. Dadurch sind wir wieder im grünen Bereich, das heißt in der Harmonisierung mit den bundesgesetzlichen Bestimmungen und wir sind dadurch auch wieder EU-konform und werden im Umweltschutz auch in Zukunft, wenn auch einige Wörter nicht verständlich sind, aber im Großen und Ganzen verständlich sind, an vorderster Front auch in Österreich und in Europa als Oberösterreich mitspielen können. Deshalb stimmt die ÖVP-Fraktion dieser Gesetzesnovelle zu. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Makor-Winkelbauer. Bitte.

Abg. Makor-Winkelbauer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die vorliegende Novelle des Umweltschutzgesetzes ist dem Grunde nach, es ist schon gesagt worden, unspektakulär, weil sie ein Nachvollziehen von einer großen Zahl an EU-Richtlinien ist. Sie sind im Wesentlichen Verbesserungen.

Ich will nur ein paar Worte noch dazu sagen, was die schwere Verständlichkeit betrifft. Es ist ja nicht nur das, dass einige Fachbegriffe notwendig sind, die drinnen sind, sondern es ist alleine die Tatsache, dass durch das relative oder eigentlich wortgetreue Nachvollziehen der Richtlinien, was aber notwendig ist, um die nötige Rechtssicherheit, so habe ich das verstanden, auch herzustellen. Weil wenn man in jedem Gesetz, wenn man das nachvollzieht, andere Definitionen, Formulierungen verwendet, wird die ganze Sache etwas unübersichtlich und dient mit Sicherheit nicht der Rechtssicherheit. Dass diese Querverweise und die Vollziehung, die auch andere Landesgesetze betreffen, wie ich denke etwa an das Straßengesetz oder an die Bauordnung, wo wiederum dieselben Richtlinien nachvollzogen werden müssen, dazu führt, dass in der Tat ein Umweltschutzgesetz, meine sehr geehrten Damen und Herren, das womöglich ein Bürger, der sich nicht täglich damit beschäftigt, einmal hineinschaut, weil er sich ein Bild darüber machen will, was macht denn das Land Oberösterreich zum Umweltschutz, wahrscheinlich verzweifeln lassen wird. Verzweifeln lassen wird eben deswegen, nicht nur weil eben einige Fachtermina drinnen sind, die nicht nachvollziehbar sind, sondern weil es zu Ausführungen und Detailbestimmungen kommt, die noch dazu, wo man selbst nicht genau wird sagen können, ob sie jemals für Oberösterreich in Anwendung gelangen, weil sie einfach theoretische Bestimmungen sind bei manchen Anlagen etwa, dass das etwa für den Normalbürger, der nicht täglich sich damit beschäftigt, mit Sicherheit schwer lesbar ist.

Ich sage aber gleichzeitig dazu, dass es nicht daran liegt, dass wir etwa im Unterausschuss schlecht gearbeitet hätten oder dass der Verfassungsdienst daran Schuld ist, sondern es ist ein grundsätzliches Problem, mit dem man sich einmal deswegen beschäftigen sollte, weil es gemeinsame Bemühungen der letzten Legislaturperiode gegeben hat, Rechtsbereinigungen zu machen, Gesetze abzuschaffen, verständlicher zu formulieren, zu gendern, damit auch die Geschlechterformulierung passt, aber sie letztendlich nicht mehr lesbar sind, weil sie so kompliziert sind. Darüber sollte man sich wirklich ernsthaft auch einmal unterhalten, weil es zwar der Rechtssicherheit dient, wenn es so kompliziert ist, für manche, aber der Nachvollziehbarkeit für den Normalbürger sicher kein guter Dienst damit erwiesen wird. Nichts desto trotz wird die Sozialdemokratie dem Gesetz zustimmen. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Brunmair.

Abg. Dr. Brunmair: Meine Damen und Herren, werte Präsidentin! Die praktische Umweltpolitik in Oberösterreich hat ja gute Tradition oder leistet gute Arbeit. Das kann man zumindest für die letzte und diese Legislaturperiode, wo ich sozusagen das Ganze verfolgen kann, kann ich sagen und ich glaube, da stimmen alle überein. Ich nehme an, dass wir dieses sehr wohl sehr komplizierte oder relativ schwer zu lesende Umweltschutzgesetz, das uns hier die EU vorgibt, dass das uns nicht sozusagen hindern wird, weiterhin gute praktische Umweltpolitik zu machen. Inhaltlich sind natürlich Dinge, wie die Umweltinformation oder die Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie, und vor allem auch die Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie ganz was Wesentliches. Es geht in erster Linie also bei diesem Gesetz eben um die Information und um die Aufklärung der Menschen, der Bürger, was Umweltprobleme und im Bereich Lärm auch wesentliche Gesundheitsprobleme für die Menschen bedeutet. Also ich glaube, ein kompliziertes Gesetz, aber wenn wir in der Praxis der Umweltpolitik so weiterarbeiten wie bisher, dann werden wir auch dieses Gesetz verdauen und so werden auch wir zustimmen.

Erste Präsidentin: Danke. Ich habe keine Wortmeldung mehr. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte die Mitglieder des Landtages, die dem Antrag zur Beilage 825/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir behandeln die Beilage 833/2006. Das ist der Initiativantrag betreffend Ökoenergien und Energieeffizienz als nationales und europäisches Forschungsziel. Ich bitte Herrn Kollegen Makor-Winkelbauer darüber zu berichten.

Abg. Makor-Winkelbauer: Bericht der Beilage 833/2006, Initiativantrag betreffend Ökoenergien und Energieeffizienz als nationales und europäisches Forschungsziel. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 833/2006.)

Erste Präsidentin: Und es wird beantragt, dem zuzustimmen? (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: "Wenn es leicht geht!") Ich eröffne darüber die Wechselrede und sehe keine Bereitschaft zu diesem Tagesordnungspunkt zu reden. Dann schließe ich sie wieder und lasse abstimmen. Es ist die Beilage 833/2006, wenn sie ihr zustimmen, bitte ich ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Das ist einstimmig angenommen.

Wir behandeln die Beilage 836/2006, das ist der Initiativantrag betreffend Semesterteilung im Maturajahr abschaffen und Maturavorbereitung verbessern. Da bitte ich den Herrn Klubobmann Dr. Fraiss.

Abg. Dr. Fraiss: Bericht der Beilage 836/2006, Initiativantrag betreffend Semesterteilung im Maturajahr abschaffen und Maturavorbereitung verbessern. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 836/2006.)

Die Oberösterreichische Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass

1. die in zahlreichen Schulversuchen positiv erprobte Aufhebung der Semesterteilung im Maturajahr generell auf gesetzlicher Basis für alle mit Matura abschließenden Schulen verankert wird und
 2. eine mindestens einwöchige Vorbereitungszeit für die schriftliche Matura eingeführt wird.
- Ich ersuche, Frau Präsidentin, um Zustimmung.

Erste Präsidentin: Danke. Meine Zustimmung haben Sie, die des Plenums frage ich jetzt ab, wenn es keine Wortmeldung gibt? Dann lasse ich über den Antrag 836/2006 abstimmen, wenn sie dafür sind, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Danke, das ist einstimmig angenommen.

Wir behandeln die Beilage 837/2006, das ist der Initiativantrag betreffend die Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten im Sinne europäischen Subsidiaritätsprinzip. Da bitte ich den Herrn Abgeordneten Kapeller zu berichten.

Abg. **Kapeller:** Bericht der Beilage 837/2006, Initiativantrag betreffend die Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten im Sinne europäischen Subsidiaritätsprinzip. (liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 837/2006.)

Die Oberösterreichische Landesregierung wird ersucht, ein Konzept zur Stärkung der regionalen Selbstbestimmungsmöglichkeiten innerhalb der EU sowie einen Katalog jener Aufgaben zu erarbeiten und dem Oö. Landtag vorzulegen, die im Sinne europäischen Subsidiaritätsprinzips von den Staaten und Regionen besser wahrgenommen werden können. Ich bitte um Zustimmung.

Erste Präsidentin: Danke, Herr Abgeordneter. Auch dazu gibt es keine Wortmeldung. Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen und bitte sie, wenn sie der Beilage 837/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden. Ich bedanke mich.

Wir behandeln die Beilage 838/2006, das ist die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den allfälligen Austritt der EnergieAG aus der Energieallianz. Darüber wird für den Herrn Landeshauptmann der Herr Landesrat Dr. Stockinger berichten, bitte.

Landesrat **Dr. Stockinger:** Ich darf über diese Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung berichten.

Die Oberösterreichische Landesregierung beantragt, der hohe Landtag möge beschließen: die Oberösterreichische Landesregierung wird im Fall der Aufkündigung der Energieallianz durch die EnergieAG Oberösterreich ermächtigt das Aktienpaket der EnergieAG bestehend aus den Zwischenscheinen 7, 8, 9 und 10 verbrieft in 1,900.001 Stammaktien, das entspricht einer Beteiligung von 25 Prozent plus einer Aktie, gemäß den Bestimmungen der Aktionärsvereinbarung vom 15.3.2002 von den Energieallianzpartnern zurückzukaufen und den erforderlichen Rückkaufpreis, das ist ein voraussichtlicher Betrag von 475 Millionen Euro durch Kreditoperationen im Sinne des Art. 1 Ziffer 2 des Landtagsbeschlusses zum Voranschlag 2006 im erforderlichen Ausmaß zu bedecken.

Für den Fall, dass bis zum 31.12.2006 mit der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft ein schriftliches Einvernehmen über eine Veräußerung des vorhin genannten Aktienpakets an die Österreichische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft erzielt worden ist, für diesen Fall wird die Oberösterreichische Landesregierung ermächtigt, ein Aktienpaket der EnergieAG bestehend aus 25 Prozent plus einer Aktie am stimmberechtigten Stammaktiengrundkapital der EAG zumindest zu jenem Preis zu veräußern, zu dem der Rückkauf von der Energieallianz erfolgt ist.

Ich bitte für diese beiden Beschlüsse um die Zustimmung.

Erste Präsidentin: Danke, Herr Landesrat Stockinger. Sie haben den Antrag bzw. die Anträge gehört, die in der Beilage 838/2006 zusammengefasst sind. Wenn sie dem ihre Zu-

stimmung geben, bitte ich sie um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Im Verlauf der heutigen Sitzung ist die Beilage 840/2006 eingelangt. Es handelt sich hier um den Initiativantrag betreffend das Oö. Landes- und Gemeindedienstrechtsänderungsgesetz 2006. Diese Beilage soll dem bereits bestehenden gemischten Ausschuss, der sich aus dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung und dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten zusammensetzt, zugewiesen werden, hiezu brauche ich einen Geschäftsbeschluss des Landtags, darüber gibt es keine Wechselrede. Und ich bitte sie, wenn sie der Zuweisung der Beilage 840/2006 an den gemischten Ausschuss zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Folgende Initiativanträge sind noch eingelangt, die den zuständigen Ausschüssen zuzuweisen sind: Das ist die Beilage 828/2006, Initiativantrag betreffend die Aufnahme von Hypothekendarlehen durch Wohnbauförderungswerber, 844/2006, Initiativantrag betreffend die Unterstützung pflegender Angehöriger, diese Beilagen weise ich dem Sozialausschuss zur Vorberatung zu. Die Beilage 841/2006, Initiativantrag betreffend die beschäftigungs- und volkswirtschaftlichen Effekte eines verpflichtenden Wehr- oder Sozialdienstes für Frauen, die Beilage 842/2006, ist ein Initiativantrag betreffend einen Bericht der Landesregierung über Maßnahmen zur Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich, diese Beilagen werden dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen. Beilage 843/2006, Initiativantrag betreffend eine mehrjährige Gesamtförderungsstrategie, der Ausschuss für Finanzen erhält diese Beilage. Beilage 845/2006, Initiativantrag betreffend einen Bericht der Landesregierung über die Einschaltung von Werbeinseraten, der Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten wird das beraten. Die Beilage 846/2006, Initiativantrag betreffend eine Berichtspflicht des Verbindungsbüros des Landes Oberösterreich zur EU in Brüssel, erhält der Ausschuss für EU-Angelegenheiten. Dauert nur mehr eine Minute. Die Beilage 847/2006, Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Objektivierungsgesetz geändert wird, das erhält der Ausschuss für Verfassung und Verwaltung. Und die Beilage 848/2006, Initiativantrag betreffend eine neue Winterdienstregelung, diese Beilage erhält der Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten zur Vorberatung.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Ich sage Ihnen noch, dass in etwa gut über 3.000 Menschen kürzer oder länger uns heute übers Internet zugesehen haben. Ich wünsche Ihnen einen schönen Nachmittag und Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 15 Uhr 49 Minuten.)